

Prof. Dr. Constantin Goschler
Marcus Böick, M.A.

Ruhr-Universität Bochum
Fakultät für Geschichtswissenschaften
Historisches Institut
Professur für Zeitgeschichte



Studie zur

Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt

im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Bochum, 9. November 2017

Einleitung

1. Die „Wiederentdeckung“ von Treuhandanstalt und Transformation	3
2. Die „Treuhand“: Eine erinnerungskulturelle „Bad Bank“ des Ostens?	10
3. Zu dieser Studie: Fragestellung, Methodik, Gliederung	15

Erster Teil: Diskursanalyse

Die Treuhandanstalt zwischen Kritik, Affirmation und Skandal	18
1. Akteure: Politik, Wissenschaft, Öffentlichkeit, Gesellschaft?	20
1.1 Bundesregierung und Treuhandanstalt: selbstverteidigende Affirmation	20
1.2 Opposition und Gewerkschaften: Strukturpolitik oder Generalkritik?	23
1.3 Medien: tagespolitische Versachlichung und langfristige Skandalisierung	26
1.4 Wissenschaft: Auftragsforschung und Deskription	28
1.5 Ostdeutsche Reflexionen als Desiderat	31
1.6 Autobiographische Retrospektiven	33
1.7 Zwischenfazit: Akteursgruppen und Grundmotive	34
2. Konjunkturen: Phasen und Dynamiken vor und nach 1994	35
2.1 Phase der beschleunigten Etablierung: das Jahr 1990	35
2.2 Phase des konfliktreichen Alltags: die Jahre 1991/92	38
2.3 Phase der Politisierung und Skandalisierung: die Jahre 1993/94	41
2.4 Phase des Vermächtnisstreits: die Jahre nach 1995 bis zur Gegenwart	44
2.5 Zwischenfazit: Phasen und Wandlungsdynamiken	46
3. Themen: Kontroversen und Spannungsfelder	48
3.1 Ursachenzuschreibungen: „DDR-Erbe“ versus Treuhand-Politik	48
3.2 Geschwindigkeiten: „Schocktherapie“ versus „Gradualismus“	50
3.3 Steuerungslogiken: „Staat/Politik“ versus „Markt/Ökonomie“	52
3.4 Referenzmodelle: „Übertragung“ versus „Alternativen“	53
3.5 Vermächtnisse: „Erfolg“ versus „Scheitern“	55
3.6 Zwischenfazit: polarisierte Spannungsfelder	57
4. Fazit: Ein „Knotenpunkt“ in der Umbruchsgesellschaft	58

Zweiter Teil: Interview- und Umfragestudie

Die Treuhand als erinnerungskultureller und biographischer Bezugspunkt	61
1. Qualitative Experteninterviews: Nähe und Distanz zur Treuhand	62
1.1 Westdeutsche Treuhand-Führungskräfte:	
„Helden“ der Transformation in einer postheroischen Gesellschaft	64
1.2 Ostdeutsche Treuhand-Mitarbeiter: prekäre Verarbeitungsstrategien	68
1.3 Experten im Umfeld der Treuhand: differenzierende Distanzierungen	71
1.4 Zwischenfazit: Experten zwischen Identifikation und Abgrenzung	76
2. Quantitative Umfragerhebungen: Rückblicke auf die Treuhand	78
2.1 Zu Methodik, Durchführung und Umfang der Befragungen	79
2.2 Die „Kenntnisfrage“ zur Treuhandanstalt	86
2.3 Begriffliche Assoziationen und „Schlagworte“	87
2.4 Bewertungsmuster im Vergleich	92
2.5 Zwischenfazit: generationelle und herkunftsbezogene Differenzen	103
3. Fazit: Erinnerungsgemeinschaften mit eigenen Wahrheiten	106
Schluss	
1. Die Treuhandanstalt im Rauchnebel der jüngsten Zeitgeschichte	110
2. Ergebnisse: diskursive Erstarrungen, prekäre Biographien und unverarbeitete Umbruchserfahrungen	111
3. Empfehlungen: Differenzierung, Pluralisierung und Historisierung	118
Literatur- und Quellenverzeichnis	122
Abbildungsverzeichnis	136

Einleitung

1. Die „Wiederentdeckung“ von Treuhandanstalt und Transformation

Die Treuhandanstalt ist wieder da. Aber war sie je wirklich „verschwunden“? Zumindest im Osten Deutschlands war sie das, wie diese Studie zeigen wird, wahrscheinlich zu keinem Zeitpunkt. Allerdings ist diese besondere und besonders umstrittene Organisation spätestens nach dem Jahr 2000 weitgehend aus dem Blick nationaler Öffentlichkeiten und wissenschaftlicher Diskussionen geraten. Doch gegenwärtig erlebt die Treuhandanstalt eine Art „dritte Welle“ allgemeiner Aufmerksamkeit: Nach den intensiv und hochemotional zwischen Ost und West geführten Debatten der Zeitgenossen in den frühen 1990er-Jahren sowie ihrer zeitlich nachlaufenden sozial-, wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Erforschung in den späten 1990er-Jahren rückt die Organisation derzeit vermehrt in den Fokus der hiesigen Zeitgeschichtsforschung, die sich nun der noch kaum historiographisch untersuchten „allerjüngsten“ Zeitgeschichte nach 1989/90 zuwendet.¹

Für diese neuerliche Aufmerksamkeit gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Ganz allgemein befördern die wachsende zeitliche Distanz und auch ein generationeller Wandel ein neuerliches Interesse an der noch kaum beleuchteten Gründungsphase der „Berliner Republik“, also der unmittelbaren Vorgeschichte unserer Gegenwart. Gerade deutsche Zeithistoriker/innen folgen dabei in der Regel einem 30-Jahre-Rhythmus, der sich pragmatisch aus der bundesdeutschen Archivgesetzgebung ergibt, die allerdings bei den komplizierten wie umfangreichen Hinterlassenschaften der Treuhandanstalt an ihre Grenzen stößt.² Doch es sind gerade auch hochaktuelle Dynamiken, die den neuerlichen Rückblick

¹ Hierzu jüngst als entsprechende Überblicke: Thomas Großbölting, Christoph Lorke (Hgg.): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017; Ulrich Mählert (Hg.): Die DDR als Chance. Stand und Perspektiven zeithistorischer Forschung zur SED-Diktatur und zum geteilten Deutschland, Berlin 2016; Konrad H. Jarausch (Hg.): United Germany: Debating Processes and Prospects, New York 2013.

An dieser Stelle gilt unser herzlicher Dank allen Mitarbeiter/innen und Beteiligten dieses Forschungsprojekts, ohne die dieses Vorhaben in der kurzen Zeit schwerlich realisierbar gewesen wäre. Wir danken daher insbesondere Katharina Eger, Teresa Preuschoff und Julia Reus. Für intensive Lektüre und ausführliches Feedback gilt unser Dank unseren Kollegen Bernd Faulenbach, Christopher Kirchberg und Marcel Schmeer. Für ihre tatkräftige und sachkundige Mithilfe bei der Analyse und Auswertung des statistischen Teils dieser Studie ist schließlich Kirsten Schorning vom Lehrstuhl für Stochastik der Ruhr-Universität Bochum herzlich zu danken.

² Vgl. Katrin Verch: Sicherung, Bewertung und Übernahme des Schriftgutes der Volkseigenen Betriebe der DDR ab 1990, in: Archiv und Wirtschaft 44 (2011) 4, S. 177-186.

auf die turbulente Zeit nach dem Ende des Realsozialismus in Europa katalysieren. So hat insbesondere die globale Wirtschafts- und Finanzkrise nach 2007/08 den nach dem Zusammenbruch seiner letzten großen Systemalternative scheinbar kaum noch ernsthaft in Zweifel gezogenen Glauben an die vermeintliche Überlegenheit, Universalität und Stabilität des westlichen „Finanzmarktkapitalismus“ erschüttert, auch wenn gerade Deutschland bislang gestärkt aus der Krise hervorging.³ Zudem hat die noch immer schwelende Euro-Krise ab 2012 dieses ökonomische Grundvertrauen weiter beeinträchtigt, wobei interessanterweise gerade im Falle Griechenlands die Treuhandanstalt auf europäischer Ebene wieder zum institutionellen Vorbild für die Privatisierung von Staatseigentum avancierte.⁴

Daneben geraten gerade langfristige politische, kulturelle und gesellschaftliche Konstellationen in Ostdeutschland mit dem neuerlichen Aufkommen rechtspopulistischer Protestbewegungen und fremdenfeindlicher Ausschreitungen wieder stärker ins allgemeine, sprich: nationale beziehungsweise wissenschaftliche Blickfeld. Doch diese ostdeutsche „Differenz“ wird nicht mehr in erster Linie, wie noch in den 1990er-Jahren ganz selbstverständlich,⁵ direkt als unmittelbare *Folge* von DDR beziehungsweise SED-Diktatur *vor* 1989/90 wahrgenommen und gedeutet. Vielmehr rückt die postsozialistische „Erfahrungswelt“ einer krisenhaften Umbruchs- und Transformationszeit *nach* 1990 in den Fokus der Aufmerksamkeit und mit ihr einschneidende Phänomene wie die hohe Massenarbeitslosigkeit, massive Abwanderung und chronische Überalterung gerade in „abgehängten“ ländlichen Regionen sowie eine hartnäckige Politik(er)verdrossenheit beim Wahlvolk östlich der Elbe.⁶

Ein älterer, parteipolitisch aufgeladener und geschichtspolitisch grundierter Deutungsstreit flackert dabei erneut wieder auf. Im Kern geht es um die Frage, ob die Geschichte der „Wiedervereinigung“ beziehungsweise der „Einheit“ – selbst

³ Siehe insbesondere Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

⁴ „Eine Treuhand für Griechenland“, in: Süddeutsche Zeitung, 23.5.2011, S. 17.

⁵ Vgl. dazu summarisch die Standardwerke: Alexander Thumfart: Die politische Integration Ostdeutschlands, Frankfurt/Main 2002; Klaus von Beyme, Wolfgang Merkel (Hgg.): Demokratie in Ost und West, Frankfurt/Main 1999.

⁶ Vgl. dazu auch Heiko Greiling u.a.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, 4. Aufl., Frankfurt/Main 2015; Wolfgang Schluchter, Peter Quint (Hgg.): Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach, Weilerswist 2001.

elementare Grundbegriffe sind stark politisch besetzt und umstritten⁷ – und insbesondere ihrer gesellschaftlichen beziehungsweise kulturellen Folgen in Ost und West als eine *neo-patriotische Erfolgs- und Heldengeschichte* oder als *antikapitalistisches Schauermärchen* zu erzählen sei. Während die außenpolitische Absicherung der Einigung im unmittelbaren Anschluss an die „Friedliche Revolution“ zumeist als Helmut Kohls staatsmännisches „Meisterstück“ gilt,⁸ erscheinen gerade das dramatische wirtschaftliche Umbruchsszenario in Ostdeutschland sowie die hiermit aufs Engste verknüpften gesellschaftlichen beziehungsweise kulturellen Konflikte zwischen Ost und West bei der „inneren Einigung“ als veritabler Schatten, ja „Achillesferse“ in der Bilanz des „Kanzlers der Einheit“.⁹ Besonders markant blitzte dieser noch immer schwelende Deutungskonflikt jüngst in den ausführlichen Rückblicken nach dem Tode Helmut Kohls am 16. Juni 2017 auf, als etwa die notorisch Kohl-kritische *tageszeitung* den allgemeinen, sehr wohlmeinenden Gedenkkonsens zum „Kanzler der Einheit“ symbolisch dadurch durchbrach, indem sie auf der Titelseite ein frisches Grabgebäude als die (von Kohl im Sommer 1990 versprochenen) „blühenden Landschaften“ drastisch in Szene setzte – und damit einen Sturm der Entrüstung auslöste.¹⁰ Kohls Tod wird, das ist unschwer zu prognostizieren, die zeithistorische Diskussion über die Frühphase der maßgeblich von ihm mitgestalteten „Berliner Republik“ weiter befeuern – und damit auch die geschichtswissenschaftlichen Debatten über die Treuhandanstalt, den von ihr

⁷ Vgl. Raj Kollmorgen: Wende - Umbruch – Beitritt. Ostdeutsche Transformation und ihre Verortung im postsozialistischen Raum, in: Großbötting, Thomas u.a. (Hgg.): Das Ende des Kommunismus. Die Überwindung der Diktaturen in Europa und ihre Folgen, Essen 2010, S. 151-176; sehr kritisch demgegenüber: Hannes Bahrmann, Christoph Links (Hgg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – eine Zwischenbilanz, Berlin 2005.

⁸ Vgl. Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands - ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, 2. Aufl., Bonn 2003; Andreas Apelt u.a. (Hgg.): Der Weg zur Deutschen Einheit. Mythen und Legenden, Berlin 2010 sowie die vier offiziellen Darstellungen bei: Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989, Stuttgart 1998; Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998; Wolfgang Jäger, Michael Walter: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90, Stuttgart 1998; Werner Weidenfeld: Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Stuttgart 1998.

⁹ Siehe dazu differenziert: Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.

¹⁰ Vgl. hierzu: Thomas Fricke: Falsche Lehren aus Einheit und Euro, in: Spiegel Online, 23.6.2017, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/helmut-kohl-euro-und-einheit-irrlernen-aus-kohls-vermaechtnis-a-1153632.html> [letzter Aufruf 15.7.2017].

vorgenommenen Wirtschafts- und Gesellschaftsumbau sowie das hieraus resultierende, langfristige „Vermächtnis“. Dieses Ereignis verstärkt damit einen in den letzten Jahren einsetzenden Trend einer neuerlichen Annäherung an eben diesen einst ungemein umstrittenen Gegenstand: 2012 gelang dem Journalisten Dirk Laabs insbesondere in Ostdeutschland ein aufsehenerregender Publikumserfolg mit seinem skandalgesättigten Enthüllungsbuch zum „Deutschen Goldrausch“,¹¹ das sogar in Form einer mehrteiligen TV-Serie nach US-Vorbild spektakulär verfilmt werden sollte.¹² Auch in den ostdeutschen Regionen, insbesondere in Thüringen und Sachsen, setzten weitere publizistische Projekte zur „Aufarbeitung“ der örtlichen Treuhand-Geschichte(n) beziehungsweise der dortigen Niederlassungen ein, über deren konkrete Aktivitäten man in der Forschung bislang so gut wie nichts weiß.¹³

Auch das politische Berlin hat das zeitweise weitgehend abwesende Thema unlängst als durchaus bewährtes geschichtspolitisches Kontrastmittel wieder für sich entdeckt. Im einstigen Streit über Treuhand und Wirtschaftsumbau agierten die parteipolitischen Lager in den frühen 1990er-Jahren wohlsortiert nach gängigen Rechts-Links-Schemata. Im Frühjahr 2016 erfolgte die Ausschreibung zur vorliegenden Überblicksstudie durch das Bundeswirtschaftsministerium beziehungsweise durch die dort ansässige Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. In den folgenden Monaten zog dann auch das für die Treuhandanstalt damals federführend zuständige Bundesfinanzministerium nach, das zusätzliche Personalmittel für das Bundesarchiv zur Erschließung der bis dato noch kaum erfassten, sehr umfangreichen und überaus komplexen Treuhand-Überlieferung bereitstellte.¹⁴ Ende des vergangenen Jahres wurde zudem bekannt, dass das Bundesfinanzministerium die Finanzierung eines

¹¹ Dirk Laabs: Der deutsche Goldrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand, München 2012; dazu im Anschluss etwa auch: Klaus Behling: Die Treuhand. Wie eine Behörde ein ganzes Land abschaffte, Berlin 2015.

¹² Der Bericht über eine entsprechende Pressemitteilung ist noch abrufbar, der gegenwärtige Sachstand bleibt jedoch unklar: http://www.stimme.de/deutschland-welt/panorama/tlsch/television/tv_ticker/Geschichte-der-Treuhand-wird-als-Serie-verfilmt:art136635.3435182 [letzter Aufruf: 15.7.2017].

¹³ Dietmar Grosser u.a. (Hgg.): Treuhand in Thüringen. Wie Thüringen nach der Wende ausverkauft wurde, Essen 2013; gleichermaßen sehr kritisch: Sebastian Fink u.a.: Wem gehört der Osten? Die großen Deals der deutschen Einheit, Halle 2015.

¹⁴ Dieser gesamte Vorgang wurde bislang noch nicht einer weiteren Öffentlichkeit vorgestellt, aber bei einer Gesprächsrunde mit dem Bundesarchiv-Präsidenten und interessierten Historikern unter Vermittlung der Ostbeauftragten Iris Gleicke im Juni 2016 erläutert.

umfangreichen Projekts des in München und Berlin ansässigen Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) zur Erforschung der „Geschichte der Treuhandanstalt“ mitübernommen hat.¹⁵ Sinnfälliger Ausdruck einer neuerlichen Aneignung dieser bislang wenig beachteten Zeitetappe ist zudem ein erst im Mai 2017 beschlossenes und vom Bundesforschungsministerium großzügig finanziertes Forschungsprogramm zur DDR-Geschichte, welches neue Verbundprojekte gerade auch zur „Transformation“ systematisch fördern soll.¹⁶ Zeithistorische Forschung in diesem Feld muss also diese institutionell-förderpolitischen Zusammenhänge stets offen mitreflektieren, und dies gilt selbstredend auch für die hier vorgelegte Studie.

Die beschriebenen geschichtspolitischen Impulse aus dem politischen Raum korrelieren mit einer aufkommenden Forschungskonjunktur, bei der die Zeitgeschichte die bislang noch kaum beachtete Etappe nach der bisher traditionell sehr scharf gezeichneten „Zäsur“ von 1989/90 vermehrt in den Blick zu nehmen beginnt.¹⁷ Neben einem jüngst von Thomas Großbölting und Christoph Lorke herausgegebenen Sammelband zur „Vereinigungsgesellschaft“, der zahlreiche, meist in einem frühen Stadium befindliche Forschungsprojekte vorstellt,¹⁸ ließ die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Jahr 2016 zahlreiche prominente Fachvertreter zu neuesten Trends der DDR-Geschichte zu Wort kommen. Dort erscheint die jüngste Zeitgeschichte nach 1989/90 nunmehr als konsequente Erweiterung bisheriger (DDR-)Forschungen, um insbesondere der in den letzten Jahren in eine Sinn- und Schaffenskrise geratenen DDR-Geschichtsschreibung zu einer als notwendig erachteten Blutauffrischung zu verhelfen.¹⁹

¹⁵ Pressemitteilung des Instituts für Zeitgeschichte Berlin/München vom 6.12.2016, <http://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/artikel/datum/2016/12/06/geschichte-der-treuhandanstalt/> [letzter Aufruf 15.7.2017].

¹⁶ Der Ausschreibungstext des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gibt hierzu als Themenbereich an: „Transformation: Aufarbeitung des Unrechts, heutige soziale Lage von Opfern des DDR-Regimes, Demokratieverständnis, Umgang mit Freiheiten, bürgerschaftliches Engagement, gesellschaftliche Konsequenzen der ökonomischen, sozialen, demographischen, politischen und kulturellen Transformationen und des Strukturwandels seit den Jahren 1989/90, Wirtschafts- und Sozialstruktur, Erwerbsverläufe.“; vgl. die offizielle BMBF-Ausschreibung unter <https://www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-1366.html> [letzter Aufruf 15.7.2017].

¹⁷ Dazu generell mit Hinweisen auf weiterführende Literatur: Marcus Böick, Angela Siebold: Die Jüngste als Sorgenkind? Plädoyer für eine jüngste Zeitgeschichte als Varianz- und Kontextgeschichte von Übergängen, in: Deutschland Archiv 1 (2011), S. 105-113.

¹⁸ Großbölting/Lorke: Deutschland nach 1990.

¹⁹ Mählert: DDR als Chance.

Stärker auf die spezifischen Eigendynamiken der postsozialistischen Etappe setzt demgegenüber das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschungen (ZZF), das – selbst ein institutionelles „Kind“ dieser Zeit – in einer großformatigen Ausstellung zum „Alltag Einheit“ gemeinsam mit dem Deutschen Historischen Museum (DHM) nach neuen Erzählformen und eigenständigen Perspektiven suchte.²⁰ Dieses Vorhaben ist auch zu verstehen im Kontext eines gegenwärtig am ZZF aufgebauten, neuen Forschungsschwerpunkt zu einer „langen Geschichte der Wende“.²¹ Auch das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) fasst seine Forschungsbemühungen in einem entsprechenden Cluster zu „Transformationen der neusten Zeitgeschichte“ zusammen.²² Einige Aufmerksamkeit hatte im Jahr 2014 bereits ein Buch von Philipp Ther erregt, der im vergleichenden, zeithistorischen Blick den Entwicklungen eines „neoliberalen Europa“ in Mittelosteuropa nachspürte.²³ Während Ther aus einer transnationalen, eher kritischen Perspektive schreibt, hatte Andreas Rödder einige Jahre zuvor bereits eine umfassende, nationalzentrierte „Geschichte der deutschen Wiedervereinigung“ vorgelegt, die als ein erstes umfangreiches zeithistorisches Deutungsangebot für den deutschen „Fall“ gelten kann.²⁴ Als weitere Pioniere können zudem Christoph Kleßmann, Charles S. Maier, Konrad A. Jarausch oder Gerhard A. Ritter gelten, die bereits ebenso frühzeitig eine entsprechende Historisierung dieses Forschungsfeldes eingefordert oder auch selbst betrieben haben.²⁵

²⁰ Vgl. Jürgen Danyel: Alltag Einheit. Porträt einer Übergangsgesellschaft [Begleitpublikation zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam], Berlin 2015; Jürgen Danyel: Ein Fall fürs Museum?, in: APuZ 33/34 (2015), S. 26-35; Alexander Koch, Martin Sabrow (Hgg.): Experiment Einheit. Zeithistorische Essays. Göttingen 2015; perspektivisch weiterführend auch Frank Bösch (Hg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970-2000, Göttingen 2015.

²¹ Vgl. dazu die ZZF-Projekthomepage: <https://zzf-potsdam.de/de/forschung/linien/die-lange-geschichte-der-wende-lebenswelt-systemwechsel-ostdeutschland-vor-waehend> [letzter Aufruf 15.7.2017]

²² Vgl. auch die entsprechende Projekthomepage des Instituts für Zeitgeschichte: <http://www.ifz-muenchen.de/forschung/transformationen-in-der-neuesten-zeitgeschichte/> [letzter Aufruf 15.7.2017]

²³ Philipp Ther: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.

²⁴ Siehe Rödder: Deutschland einig Vaterland; ders.: Geschichte der deutschen Wiedervereinigung, München 2011.

²⁵ Christoph Kleßmann: "Deutschland einig Vaterland"? Politische und gesellschaftliche Verwerfungen im Prozess der deutschen Einigung, in: Zeithistorische Forschungen 8 (2009) 1, S. 85-104; Gerhard A. Ritter: Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Geschichte der deutschen

Insgesamt, so soll diese kurze Trendschau verdeutlichen, rücken die Zeit nach 1989/90 und mit ihr natürlich auch Treuhandanstalt und Wirtschaftsombau vermehrt in den Fokus zeithistorischer Aufmerksamkeit; aber auch Politik und Öffentlichkeit scheinen diese lange Zeit aus dem Fokus geratene „Frühzeit“ der „Berliner Republik“ wieder für sich entdeckt zu haben. Bezeichnenderweise – und dies ist selbst ein Ausdruck der zeitgenössischen Politisierungen – hat sich in Deutschland bislang noch kein Epochenbegriff für die Zeitspanne nach der „Friedlichen Revolution“ beziehungsweise der „Wende“ umfassend etablieren können.²⁶ Während die „Transformation“ einer stark adaptiv-modernisierungstheoretisch orientierten Sozialwissenschaft entstammt und die behandelten Vorgänge beziehungsweise Strukturen aus einer Makroperspektive betrachtet,²⁷ hebt der „Postsozialismus“ demgegenüber kritische, kulturwissenschaftliche Umbruchperspektiven gerade auf der Mikro-beziehungsweise Subjekt-Ebene hervor.²⁸ Daneben stehen zahlreiche stark politisch geprägte und besetzte Leitbegriffe neben dem nüchternen Rechtsterminus des „Beitritts“ oder der unbestimmten Formel einer „Nachwendezeit“ zur Disposition: Etwa die „(Wieder-)Vereinigung“ oder den „Prozess“ der „(inneren) Einigung“ aus eher konservativer,²⁹ Termini wie „Anschluss“ oder „Übernahme“ demgegenüber aus linker beziehungsweise

Einigung, München 2009; Gerhard A. Ritter: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, 2., erw. Aufl., München 2007; Charles S. Maier: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt/Main 1999; Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit. 1989-1990, Frankfurt/Main 1995.

²⁶ Als Überblick hierzu: Beate Ihme-Tuchel: Wende, Implosion, Umbruch, Revolution oder "Refolution" in der DDR. Versuche zur Einordnung eines historischen Großereignisses 15 Jahre danach, in: Wagner, Helmut (Hrsg.): Europa und Deutschland - Deutschland und Europa, Münster 2005, S. 322-334.

²⁷ Exemplarisch hierfür die versammelten Beiträge in: Hartmut Esser (Hg.): Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Wiesbaden 2000; Roland Czada, Gerhard Lehmbuch (Hgg.): Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik, Frankfurt/Main 1998.

²⁸ Vgl. hierzu: Helmut Wiesenthal: Erfolge und Misserfolge im Postsozialismus - Erträge und Lehre der vergleichenden Transformationsforschung, in: Blum, Ulrich (Hg.): 20 Jahre Deutsche Einheit. Von der Transformation zur europäischen Integration, Halle 2010, S. 417-432; exemplarisch die verschiedenen Beiträge bei Rainer Zoll (Hg.): Ostdeutsche Biographien. Lebenswelt im Umbruch, Frankfurt/Main 1999; Hans Joas, Martin Kohli (Hgg.): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt/Main 1993.

²⁹ Vgl. etwa Klaus Schroeder: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, München 2006; Klaus Schroeder: Der Preis der Einheit. Eine Bilanz, München 2000 oder auch einzelne Beiträge bei Clemens Vollnhals (Hg.): Jahre des Umbruchs. Friedliche Revolution in der DDR und Transition in Ostmitteleuropa, Göttingen 2011.

kritischer Perspektive.³⁰ Der von Jürgen Kocka bereits 1994 vorgeschlagene Begriff einer „*Vereinigungskrise*“ bietet schließlich den Vorzug einer gewissen Offenheit und Mehrdeutigkeit zwischen kritischen und affirmativen Interpretationen.³¹ Neben diesen terminologischen Grundsatzfragen erscheint zudem die Frage ungeklärt, ob sich entsprechende Forschungen ganz auf Ostdeutschland konzentrieren und damit den (vermeintlich stabilen) alten „Westen“ weitgehend unberücksichtigt lassen sollten.³² Auch mögliche Endbeziehungswise Abschlusspunkte dieser jüngsten Forschungsbemühungen erscheinen bislang noch sehr fluide: Zur Auswahl stünden unter anderem die „Auflösung“ der Treuhandanstalt beziehungsweise die zweite Bundestagswahl Ende 1994, die Ablösung der Kohl-Regierung im Jahr 1998 oder die Terroranschläge vom 11. September 2001.³³ Es ist letztlich zu erwarten, dass gerade auch jüngste politische Entwicklungen (insbesondere die deutlichen Wahlerfolge von Rechtspopulisten in Ostdeutschland) und die damit einhergehenden Diskussionen um fortbestehende Ost-West-Differenzen und deren Ursachen diesen Forschungstrend künftig noch verstärken werden.

2. Die „Treuhand“: Eine erinnerungskulturelle „Bad Bank“ des Ostens?

Die grob skizzierte Wieder- beziehungsweise Neuentdeckung von Treuhandanstalt und Transformation kommt nicht von ungefähr. In den postsozialistischen Übergangs- und Umbruchkonstellationen im soeben vereinten Deutschland erwies sich die im Frühjahr 1990 noch durch die letzte SED-Regierung nach Diskussionen am Zentralen Runden Tisch ursprünglich zur „Bewahrung“ beziehungsweise zur „Verteilung“ des „Volksvermögens“ an die Bevölkerung eingerichtete Treuhandanstalt insbesondere ab 1991 als hochumstrittenes Referenzobjekt öffentlich ausgetragener politischer, ökonomischer sowie gesellschaftlicher Kontroversen und damit verknüpfter kultureller Konflikte

³⁰ Vgl. exemplarisch: Inge Stephan, Alexandra Tacke (Hgg.): *NachBilder der Wende*, Köln 2008; Rolf Reißig: *Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung*, Berlin 2000; insgesamt ist die Begriffsvielfalt als Panorama auch gut sichtbar bei Klaus-Dietmar Henke (Hg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009.

³¹ Jürgen Kocka: *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*, Göttingen 1995.

³² Dies wird auch in einigen Beiträgen etwa bei Mählert: *DDR als Chance* teils sehr kritisch diskutiert.

³³ Dazu v.a. auch jüngst Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 1238-1252.

zwischen Ost und West.³⁴ Diese vor allem nach der raschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in hohem und höchstem Maße umkämpfte und umstrittene Organisation, der seit dem Juni 1990 mit dem „Treuhand-Gesetz“ die umfassende „Entstaatlichung“ der durch langfristige Strukturdefizite geschwächten und kurzfristige Umstellungsdynamiken erschütterten Zentralplanwirtschaft und ihrer tausenden Betriebe in eine funktionsfähige Marktwirtschaft aufgetragen worden war, agierte im Mittelpunkt eines schon bald umfassend diagnostizierten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Krisenszenarios.³⁵ Die „Treuhand“ war und ist, wie im Rahmen dieser Studie zu zeigen sein wird, ein zentraler diskursiver „Knotenpunkt“ der mit der „inneren Einigung“ verknüpften Konflikte und Kontroversen; bis heute prägt sie insbesondere subjektive Erinnerungspraktiken in Ostdeutschland.³⁶

Der erinnerungspolitische Wahrnehmungs- und Deutungsstreit um die Treuhandanstalt erscheint so als integraler Bestandteil von bis in die Gegenwart noch nicht grundlegend aufgearbeiteten kulturellen Differenzen und identitären Abgrenzungen zwischen zwei (allerdings bereits in zahlreichen Arealen kaum noch voneinander abgrenzbaren) Teilgesellschaften in Deutschland.³⁷ Zwar haben sich die gerade im Streit über die Organisation materialisierenden Ost-West-Gegensätze fast drei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR – insbesondere bei den Angehörigen der jüngeren, nachgeborenen Generationen – merklich abgeschliffen

³⁴ Im Allgemeinen weiterführend hierzu: Marcus Böick: *Manager, Beamte und Kader in einer Arena des Übergangs. Eine Ideen-, Organisations- und Erfahrungsgeschichte der Treuhandanstalt und ihres Personals, 1990-1994*, Diss. Bochum 2015. Die Dissertation wird im Juli 2018 im Wallstein-Verlag erscheinen.

³⁵ Vgl. allgemein zur (Organisations-)Geschichte der Treuhandanstalt: Marc Kemmler: *Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums*, Frankfurt/Main 1994; Hartmut Maaßen, Wolfgang Seibel: *Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000*, Frankfurt/Main 2005; Wolfram Fischer u.a. (Hgg.): *Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen. Forschungsberichte*, Berlin 1993; Roland Czada: *Die Treuhandanstalt im politischen System der Bundesrepublik*, in: *APuZ* 43/44 (1994), S. 31-42.

³⁶ Vgl. dazu einführend: Thomas Ahbe: ‚Ostalgie‘ als Laienpraxis in Ostdeutschland. Ursachen, psychische und politische Dimensionen, in: Timmermann, Heiner (Hg.): *Die DDR in Deutschland*, Berlin 2001, S. 781-802.

³⁷ Dazu im Überblick als umfassende Ergebnissammlung langjähriger sozialwissenschaftlicher Forschungsbemühungen: Heinrich Best, Everhard Holtmann (Hgg.): *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, Frankfurt/Main 2012; pointiert: Laurence McFalls: *Die kulturelle Vereinigung Deutschlands: Ostdeutsche politische und Alltagskultur vom real existierenden Sozialismus zur postmodernen kapitalistischen Konsumkultur*, in: *APuZ* 51 (2001) 11, S. 23-29.

und grundsätzlich an tagesaktueller Schärfe verloren. Doch zeigen sich insbesondere bei den ostdeutschen „Erlebnisgenerationen“ innerhalb der gegenwärtigen gesamtdeutschen „Erinnerungskultur“ eingekapselte und kaum öffentlich, politisch oder wissenschaftlich verhandelte oder systematisch untersuchte Konfliktzonen zwischen Ost und West.³⁸ Die nach dem abrupten Ende des „Kalten Krieges“ in zeitgenössischer Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit intensiv geführten geschichtspolitischen Auseinandersetzungen über die DDR, das SED-Regime beziehungsweise die Staatssicherheit sowie deren mögliche Folgewirkungen finden,³⁹ zumindest bei zahlreichen Ostdeutschen über 40 Jahren, ihr bislang kaum ergründetes symbolisches Gegenstück in einer Art von negativem „Gründungsmythos“ der „Berliner Republik“. Für diesen spielt der ausnehmend kritische Rückblick auf das „unheilvolle“ Wirken der Treuhandanstalt nach 1990 erinnerungskulturell eine, wenn nicht sogar *die* argumentative Schlüsselrolle: die „Treuhand“ erscheint in diesem Wahrnehmungshorizont als zentrales (Negativ-)Symbol einer umfassenden, regelrecht schockartigen Überwältigung „des“ Ostens durch „den“ Westen.⁴⁰

Die gegenwärtige Rückschau auf die tiefgreifenden Umbrüche der frühen 1990er-Jahre erweist sich dabei allerdings als eigentümlich ambivalent, wie vor allem anhand der im Folgenden behandelten Befragungs- und Umfrageergebnisse herausgearbeitet werden soll. Einerseits werden die beträchtlichen individuellen beziehungsweise kollektiven *Abbruchserfahrungen* nach dem rapiden Zerfall des Realsozialismus, die sozialpsychologisch mit endemischer Arbeitslosigkeit, individuellen Abstiegs- und Ohnmachtsdeutungen sowie prekären Ost-West-

³⁸ Als eindrückliche Beispiele vgl. Andreas Willisch (Hg.): *Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen*, Berlin 2012; Monika Wohlrab-Sahr: *Systemtransformation und Biographie: Kontinuierungen und Diskontinuierungen im Generationenverhältnis ostdeutscher Familien*, in: Rehberg, Karl-Siebert (Hg.): *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004*, Teil 2, Frankfurt/New York 2006, S. 1058-1072.

³⁹ Als Überblick vgl. Bernd Faulenbach, Franz-Josef Jelich (Hgg.): *„Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989*, Essen 2006; Aleida Assmann: *Der lange Schatten der Vergangenheit: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, 2. Aufl., München 2014.

⁴⁰ Exemplarisch in der populären Literatur: Peter Michael Fritsch: *Verraten und Verramscht. Das erste Buch zur Treuhand*, Berlin 1992; Olaf Baale: *Abbau Ost. Lügen, Vorurteile und sozialistische Schulden*, München 2008; Ralph Hartmann: *Die Liquidatoren. Der Reichskommissar und das wiedergewonnene Vaterland*, 3. erg. u. aktual. Aufl., Berlin 2008; Klaus Huhn: *Raubzug Ost. Wie die Treuhand die DDR plünderte*, Berlin 2009.

Asymmetrien assoziiert werden,⁴¹ verdichtet im antikapitalistischen Bild eines expansiv-überwältigenden westdeutschen „Kolonialkapitalismus“, bei dem gerade die „Treuhand“ als omnipräsent-allmächtige „Kolonialbehörde“ eine herausragende wie ungemein negativ besetzte Rolle spielt.⁴² Auf der anderen Seite jedoch werden aber zugleich auch die eindeutig positiv konnotierten *Aufbruchserfahrungen* nach 1989/90 umfassend artikuliert und anerkannt – die gewonnenen politischen beziehungsweise biographischen Freiheiten, das umfassend erweiterte Konsum- und Freizeitangebot sowie die insgesamt deutlich gesteigerte Lebensqualität.⁴³ In der langfristigen subjektiven Rückschau erweisen sich die nach 1989/90 vollzogenen Umbrüche damit als eigentümlich janusköpfig: Geschichten von geglückten Aufbrüchen und Erfolgen stehen so nahezu unvermittelt, bisweilen bruchlos neben Narrativen eines von tiefgreifenden Abbrüchen und Entwertungen infolge einer rigiden „Übernahme“ des Ostens durch den Westen. Die Wege in die krisengeschüttelte „Vereinigungsgesellschaft“ erscheinen somit ausgesprochen ambivalent, gleichermaßen in ihren retrospektiven Wahrnehmungs- und Deutungshorizonten geprägt von individuellen beziehungsweise kollektiven Auf-, Um- und Abbrüchen.⁴⁴

Die Treuhandanstalt repräsentiert in dieser fragmentierten Erinnerungskonstellation prominent die problematischen „Schattenseiten“ der nach dem Ende des SED-Regimes praktizierten Transformationspolitik in der Sphäre eines forcierten postsozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsumbaus von der Plan- zur Marktwirtschaft. Im nach wie vor stark auf die Zeit des Nationalsozialismus bezogenen Erinnerungshaushalt der Gegenwart erscheint sie,⁴⁵ zumindest was die mittleren und älteren Generationen innerhalb

⁴¹ Vgl. Daniela Dahn: *Demokratischer Abbruch. Von Trümmern und Tabus*, Reinbek bei Hamburg 2005; Wolfgang Engler: *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, Berlin 2002; Hans-Joachim Maaz: *Das gestürzte Volk oder die unglückliche Einheit*, Berlin 1991; Tilmann Moser: *Vorsicht Berührung. Über Sexualisierung, Spaltung, NS-Erbe und Stasi-Angst*, Frankfurt/Main 1992; generell auch: Bahrmann/Links: *Am Ziel vorbei*.

⁴² Hierzu vor allem: Wolfgang Dümcke, Fritz Vilmar (Hgg.): *Kolonialisierung der DDR*, 3. Aufl., Münster 1996; Rüdiger Liedtke (Hg.): *Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen*. München 1993; Michael Schneider: *Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie*, Berlin 1990.

⁴³ Vgl. etwa Andreas Apelt (Hg.): *Aufbrüche und Umbrüche. 20 Jahre deutsche Einheit – Zeitzeugen ziehen Bilanz*, Halle (Saale) 2010.

⁴⁴ Dazu weiterführend und vertiefend die Beiträge in Großbölting/Lorke: *Deutschland nach 1990*.

⁴⁵ Vgl. im Überblick: Martin Sabrow u.a. (Hgg.): *Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte*, Bonn 2007; Pamela Heß: *Geschichte als Politikum. Öffentliche und private Kontroversen um die Deutung der DDR-Vergangenheit*, Baden-Baden 2014; Michael Meyen: „Wir

der ostdeutschen (Teil-)Gesellschaft⁴⁶ betrifft, sukzessive zu einer Art Erinnerungspolitischen „Bad Bank“ avanciert, während sie im Westen – wenn überhaupt – eher abstrakt mit den als deutlich zu hoch empfundenen „Kosten“ der „Einheit“ verknüpft wird.⁴⁷ Dies erscheint letztlich als bemerkenswerte, langfristige Fortsetzung ihrer schon zeitgenössisch von Sozialwissenschaftlern und heftig angegriffenen Treuhand-Mitarbeitern beschriebenen Rolle als „Schutzschild“ beziehungsweise „Blitzableiter“ für das nach 1990 ostwärts „übertragene“ bundesdeutsche Gesellschafts-, Wirtschafts- und Politikmodell.⁴⁸

Diesem latent negativen „Image“ der Organisation in den ostdeutschen Erlebnissgenerationen konträr gegenüber steht eine offizielle beziehungsweise insbesondere unter ehemaligen beteiligten Akteuren aus Treuhandanstalt und Politik gefestigte Geschichtserzählung, die eben diese krisenhaften Transformationsvorgänge in deren Umfeld gleichsam als durchaus schmerzhaft, aber gleichwohl im Grunde nötige und alternativlose Umgestaltungsprozesse begreift und verteidigend als patriotisches Projekt beschreibt. Diese einstigen Angehörigen der (westlichen) „Transfer-Eliten“, deren individuelle Deutungen im Rahmen dieser Studie gleichermaßen zu behandeln sind, haben zumeist die selbst erlebte „Treuhand-Zeit“ beziehungsweise ihr Engagement im „Osten“ als außergewöhnlich-abenteuerlichen biographischen Höhepunkt mit weitläufigen Gestaltungs-, Handlungs- und Entscheidungsspielräumen erlebt.⁴⁹ Die fortgesetzte Kritik in Ostdeutschland ruft daher in aller Regel entsprechend starken Widerspruch oder Resignation hervor. Die einstigen, zumeist westdeutschen „Manager“ der Transformation bilden, wenn man so will, somit eine eigene „Erinnerungsgemeinschaft“, deren retrospektive Wahrnehmungs- und

haben freier gelebt“. Die DDR im kollektiven Gedächtnis der Deutschen, Bielefeld 2013; David Clarke; Ute Wölfel (Hgg.): Remembering the German Democratic Republic. Divided memory in a United Germany, Basingstoke u.a. 2011.

⁴⁶ Zu Begriff und Konzept ausführlich aus soziologischer Perspektive: Raj Kollmorgen: Ostdeutschland: Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft, Wiesbaden 2005.

⁴⁷ Exemplarisch für diesen Publikationszweig: Wolfgang Herles: Wir sind kein Volk. Eine Polemik, München 2005; Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit, vollst. überarb. u. erw. Taschenbuchausg., Reinbek bei Hamburg 2006.

⁴⁸ Wolfgang Seibel: Die „Treuhand“ als „Winkelried“. Privatisierungsagentur und Stabilisierungsfaktor, in: Wehling, Hans-Georg (Hg.): Deutschland Ost – Deutschland West. Eine Bilanz, Opladen 2002, S. 199-221.

⁴⁹ Dazu die verschiedenen Zeitzeugen-Berichte in: Birgit Breuel, Michael Burda (Hgg.): Ohne historisches Vorbild. Die Treuhandanstalt 1990 bis 1994. Eine kritische Würdigung, Berlin 2005.

Deutungshorizonte stark von denjenigen der allermeisten betroffenen Ostdeutschen abweichen, ja im ausgesprochenen Gegensatz zu ihnen stehen.⁵⁰

Kurzum: Die in den frühen 1990er-Jahren im Zuge der „Vereinigungskrise“ etablierten Politisierungen und Polarisierungen des Wirtschafts- und Gesellschaftsumbaus in der ehemaligen DDR prägen individuelle wie kollektive Reflexionen bis in die Gegenwart hinein; eine Vermittlung zwischen diesen beiden Polen beziehungsweise den hierum gruppierten „Erinnerungsgemeinschaften“ findet nicht beziehungsweise nur kaum statt. Affirmative Geschichtsbilder eines alternativlosen „Erfolges“ sowie (teil-)gesellschaftliche Gegenerzählungen eines dramatischen „Scheiterns“ existieren so weitgehend unvermittelt nebeneinander. Diese eigentümliche erinnerungskulturelle Konstellation, in der die Treuhandanstalt durchaus als eine Art spezifisch umstrittener „Erinnerungsort“ betrachtet werden kann, gilt es im Folgenden umfassend und systematisch zu beschreiben.⁵¹

3. Zu dieser Studie: Fragestellung, Methodik, Gliederung

Die in Politik, Wissenschaft, Öffentlichkeit und Gesellschaft bis in die jüngste Gegenwart hinein geführten Auseinandersetzungen zur Treuhandanstalt, ihren zeitgenössischen Privatisierungs- und Abwicklungsaktivitäten sowie ihrem langfristigen soziostrukturellen und soziokulturellen „Vermächtnis“ erweisen sich als nachhaltig fragmentiert, politisiert und polarisiert. Zentrales Anliegen dieser Studie ist daher eine erste *grundlegende Inventur* der mit der „Treuhand“ verbundenen medienöffentlichen Diskurslandschaft sowie der hiermit verknüpften Deutungen auf individueller beziehungsweise kollektiver Ebene. Es sollen dabei aus knapp drei Jahrzehnten Distanz grundlegende Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster identifiziert und sodann in ihrer Formierung und weiteren Entwicklung beschrieben werden. Auf diese Weise wird der übergeordneten Leitfrage nachgegangen, welchen konkreten historischen „Ort“ die Treuhandanstalt und der von ihr betriebene Wirtschafts- und Gesellschaftsumbau

⁵⁰ Dazu ausführlich: Böick: Manager, Beamte und Kader.

⁵¹ Vgl. zu diesem mittlerweile breit etablierten Konzept: Étienne François, Hagen Schulze (Hgg.): Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bände, München 2001; Martin Sabrow (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009; Stefan Berger, Joana Seiffert (Hgg.): Erinnerungsorte: Chancen, Grenzen und Perspektiven eines Erfolgskonzeptes in den Kulturwissenschaften, Essen 2014.

nach 1990 in der gegenwärtigen Erinnerungslandschaft zur zeithistorisch noch kaum erforschten Frühphase der „Berliner Republik“ einnehmen.⁵²

Im Rahmen dieser Studie wird hierfür einer Reihe von problemorientierten Fragestellungen nachgegangen, um das betreffende Diskursfeld beziehungsweise die hiermit verbundenen Erinnerungskonfigurationen erstmals überblicksweise zu vermessen: Wie, durch welche Akteure und auf welche Weise rückte die Treuhandanstalt nach 1990 in den Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit? Warum wurde gerade dieses Gebilde zur zentralen Referenz der (teil-)gesellschaftlichen Konflikte zwischen Ost und West? Wie veränderten sich diese Auseinandersetzungen im weiteren Zeitverlauf bis hin zur Gegenwart? Welche spezifischen Themen und Konfliktfelder wurden dabei schwerpunktmäßig verhandelt? Wie wird das langfristige „Vermächtnis“ dieser Organisation gegenwärtig in unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten auf individueller wie kollektiver Ebene retrospektiv gedeutet? Welche möglichen Langzeitfolgen haben diese etablierten Wahrnehmungsmuster für die gegenwärtige Erinnerungslandschaft in Deutschland, insbesondere in auch Ostdeutschland? Zugespitzt: Für welche Menschen sind die Treuhandanstalt, ihre Aktivitäten und ihr „Erbe“ noch immer ein relevantes Thema, für welche spielt sie hingegen keine wesentliche Rolle mehr?

Dabei soll es im Folgenden gerade nicht darum gehen, die zeitgenössischen politischen, medialen oder wissenschaftlichen Diskurse sowie deren gesellschaftlichen (Gegen-)Erzählungen fortzuschreiben und auf ihre inhaltliche „Richtigkeit“ hin zu prüfen.⁵³ Diese Studie will und kann die Arbeit der Treuhandanstalt nicht in diesem Sinne als „erfolgreich“ oder „gescheitert“ bewerten – dies muss letztlich Aufgabe der nunmehr einsetzenden zeithistorischen Forschungen und damit der hiermit verknüpften, möglichst vielstimmigen Diskussionen sein. Gemessen am Anspruch, eine erste erinnerungskulturelle „Inventur“ in puncto „Treuhand“ und „Transformation“ vorzunehmen, erscheint konzeptionell daher eine pragmatische Synthese von

⁵² Dazu als zeitgenössischem Entwurf: Johannes Gross: Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1995; ferner Manfred Görtemaker: Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung, Bonn 2009.

⁵³ Weiterführend zu dieser zeithistorischen Debatte Rüdiger Graf, Kim Priemel: Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 59 (2011) 4, S. 479-495; Bernhard Dietz, Christopher Neumaier: Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Zeitgeschichte. Werte und Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 60 (2012) 2, S. 293-304.

geschichts- und sozialwissenschaftlichen Zugängen sinnvoll. Im *ersten Teil* dieser Studie soll eine *systematische Diskursanalyse* die wesentlichen Akteure, zeitliche Konjunkturen und thematische Spannungsfelder der zeitgenössischen Diskussionen exemplarisch ausleuchten; es soll dabei letztlich um (Trans-)Formationen im Reden und Denken über die Treuhandanstalt in verschiedenen öffentlichen Räumen beziehungsweise diskursiven Arenen der „Berliner Republik“ gehen. Die Verknüpfung dieser *Diskurse* mit langfristigen individuellen beziehungsweise kollektiven Gedenk- und Erzählpraktiken soll im Anschluss Schwerpunkt des *zweiten Teils* sein. Dabei werden zum einen *qualitative Experteninterviews* mit vormals aktiv involvierten Zeitzeuginnen beziehungsweise Akteuren geführt und ausgewertet, um so zentrale Grundmuster retrospektiver Selbstbeschreibungen der früheren (Treuhand-)Experten zu erfassen. Andererseits sollen demgegenüber *quantitative Zufallsbefragungen* helfen, grundlegende Tendenzen kollektiver gesellschaftlicher Fremdzuschreibungen in spezifischen Gruppen zu erfassen. *Drittens* wird schließlich ein knappes Fazit die wesentlichen Resultate dieser erinnerungskulturell ausgerichteten Bestandsaufnahme zusammenfassen und bündeln.

Erster Teil:

Diskursanalyse.

Die Treuhandanstalt zwischen Kritik, Affirmation und Skandal

Die seit 1990 angehäufte Menge an verschiedentlichen Äußerungen und gegensätzlichen Aussagen zu Treuhandanstalt und Transformation erweist sich auf den ersten Blick als nahezu unüberschaubar. Die sich im Blick der allermeisten Zeitgenossen regelrecht „schockartig“ vollziehenden gesellschaftlichen Umbrüche in den frühen 1990er-Jahre fanden so ihren vielfältigen Widerhall beziehungsweise ihre Reflexion in hochgradig disparaten, von unterschiedlichen Akteuren auf sehr impulsive Weise geführten Diskussionen und Debatten. Im Folgenden sollen die grundlegenden Gewebemuster dieser gesellschaftlichen Kontroversen nachgezeichnet werden. Historiographisch-pragmatisch wird hierbei von einem „Diskurs“ ausgegangen, also einem sich bald nach 1990 formierenden Feld von zeitgenössischen Denk- und Sagbarkeiten, welches spezifischen Regeln („Dispositiven“) unterliegt und durch zentrale Begrifflichkeiten bestimmt ist.⁵⁴

Die sich in diesem „Diskurs“ formierenden beziehungsweise formierten Wahrnehmungs- und Deutungshorizonte unterliegen, gerade auch in (post-)revolutionären Konstellationen, spezifischen Transformationen. Es ist also eine Prämisse dieser Studie, dass sich um den Komplex „Treuhand/Wirtschaftsumbau“ ein eigenes diskursives Netz beziehungsweise Feld entwickelt hat, das sich in verschiedenen öffentlichen, politischen beziehungsweise gesellschaftlichen Arenen formiert und artikuliert. Dieses *Diskursfeld* wurde *erstens* durch benennbare Akteure geprägt. Es fanden *zweitens* spezifische Entwicklungen und Verschiebungen im Zeitverlauf statt. Allerdings wurde dieses Feld *drittens* zugleich auch durch spezifische thematische Spannungsfelder geprägt, die sich auch auf Dauer als weitgehend stabil erwiesen haben.

⁵⁴ Vgl. einführend: Philipp Sarasin: *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*, Frankfurt/Main 2003; Achim Landwehr: *Historische Diskursanalyse*, 3. Aufl., Frankfurt/Main 2008; Reiner Keller: *Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms*, 3. Aufl., Wiesbaden 2010. Eine umfassende methodische Diskussion der hier gewählten Methodik und Zentralbegriffe soll an dieser Stelle unterbleiben. Besonders wäre der hier pragmatisch genutzte „Diskurs“-Begriff noch weiter zu problematisieren. Dennoch erscheint, gerade aus einer pragmatischen Perspektive, die Verwendung dieses Konzepts mit Blick auf die Treuhand-beziehungsweise Wirtschaftsumbau-zentrierten Diskussionen durchaus vertretbar.

Ausgehend von diesen methodischen Vorüberlegungen sollen in der Folge wesentliche Grundzüge des zeitgenössischen Redens und Nachdenkens über die „Treuhand“ überblicksweise nachgezeichnet werden, um auf diese Weise besser verstehen zu können, warum gerade diese Organisation zu einem zentralen diskursiven „Knotenpunkt“ in einem weitreichenden Geflecht an (Inter-)Diskursen im Kontext der postsozialistischen Umbrüche nach 1990 wurde.⁵⁵ Die empirische Grundlage für den ersten Teil dieser Untersuchung bildet ein sehr heterogenes Materialkorpus von über 500 zwischen 1990 und 2017 erschienenen Publikationen (v.a. wissenschaftlicher, journalistischer beziehungsweise autobiographischer Herkunft) sowie einer mehrere zehntausend Einzelartikel umfassenden Sammlung aus der fortlaufenden medienöffentlichen Berichterstattung zu Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau.⁵⁶ Im Modus einer problemorientierten *Diskursanalyse* wird im folgenden Studienteil daher ein explorativer Überblick über *Akteure* (1.), *Phasen und Konjunkturen* (2.) sowie *Themen und Kontroversen* (3.) gegeben.

⁵⁵ Dazu im Überblick: Raj Kollmorgen u.a. (Hgg.): *Diskurse der deutschen Einheit: Kritik und Alternativen*, Wiesbaden 2011; Raj Kollmorgen: *Diskurse der deutschen Einheit*, in: *APuZ* 31-32 (2010), S. 6-13; Thomas Ahbe u.a. (Hgg.): *Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990*, Leipzig 2009.

⁵⁶ *Treuhandanstalt* (Hg.): *Dokumentation 1990-1994*. Medienarchiv, 10 CDs, Berlin 1994.

1. Akteure: Politik, Wissenschaft, Öffentlichkeit, Gesellschaft?

Das Feld der an den Auseinandersetzungen um die Treuhandanstalt teilnehmenden Akteure hat sich nach 1990 zügig ausdifferenziert und im Kern auch frühzeitig polarisiert. Im Folgenden sollen die an den Debatten teilnehmenden Gruppierungen beziehungsweise Strömungen identifiziert und in ihren jeweiligen Grundpositionen beschrieben werden. Auf einer engeren bundespolitischen Ebene sahen sich dabei affirmative Positionierungen (*Bundesregierung* und *Treuhandanstalt*) kritischen Deutungsmustern (*Opposition* und *Gewerkschaften*) gegenüber. In den nationalen beziehungsweise auch regionalen *Medien* wurde die Organisation, neben einer durchaus vorhandenen, alltäglichen Sachberichterstattung, vor allem ab 1991/92 bevorzugt im investigativen Darstellungsmodus einer oft kritischen Skandalisierung behandelt. Demgegenüber konzentrierten sich die im Bereich der zeitgenössischen *Wissenschaft* veröffentlichten ökonomischen, sozial- und rechtswissenschaftlichen Publikationen schwerpunktmäßig auf die differenzierende Analyse von spezifischen Sach- und Detailfragen. Da die genannten Positionen sich bevorzugt (aber nicht ausschließlich) auf die Deutungen und Wahrnehmungen westdeutscher Autorinnen und Autoren beziehen, ist auf die meist kritischen Perspektivsetzungen aus beziehungsweise in *Ostdeutschland*, hier etwa im Bereich der Regionalmedien, noch gesondert einzugehen. Eine letzte, in sich sehr heterogene Gruppe bilden diejenigen *Zeitzeugen*, die vor allem in den letzten Jahren eine wachsende Zahl an autobiographischen Reflexionen zur Treuhandanstalt vorgelegt haben, die in ihren individuellen Rückblicken die verschiedenen Aspekte und Perspektiven im Modus des Biographischen zumeist reaktualisieren.

1.1 Bundesregierung und Treuhandanstalt: selbstverteidigende Affirmation

Die grundlegende Positionierung der Bundesregierung und der Treuhandanstalt im öffentlichen Raum blieb bis 1994/95 insgesamt in aller Regel defensiv-reaktiver Natur. Die von CDU/CSU und FDP getragene **Bundesregierung**, und hier vor allem das für die Rechts- und Fachaufsicht über Treuhandanstalt zuständige **Bundesfinanzministerium** sowie auch das **Bundeswirtschaftsministerium**, beschränkten sich zumeist auf allgemein gehaltene Solidaritätsadressen und beließen hierdurch der Treuhandanstalt weitgehende Selbst- und

Eigenständigkeit, was ihr medienöffentliches Agieren und Reagieren anbelangte. Der erste und einzige Besuch Bundeskanzler Helmut Kohls bei der Treuhandanstalt im Frühjahr 1992 erscheint hierfür exemplarisch.⁵⁷ Erst nach 1993, in den später noch zu beschreibenden Debatten um den Erhalt „industrieller Kerne“, verfolgte die Bundesregierung im Bereich des Wirtschaftsumbaus in markanter Weise eigene Positionen.⁵⁸

Die **Treuhandanstalt** selbst baute seit dem Herbst 1990 einen sich sukzessive professionalisierenden PR-Bereich (beziehungsweise ein eigenes „Direktorat Kommunikation/Medien“) auf, welcher mit einer wachsenden Fülle und Palette an Informations- und Medienangeboten auf die tendenziell negative Presse- und Skandalberichterstattung umfassend zu reagieren suchte. Im Kern stand dabei das zumeist prekäre „Image“ der umstrittenen Organisation im Fokus der öffentlichkeitsorientierten Bemühungen. Das mediale Angebot der Treuhand hatte sich bis spätestens Ende 1991 umfassend entfaltet: Neben einem eigenen, in zehntausender Auflage erscheinenden Wirtschafts-Fachmagazin (*Treuhandanstalt Informationen*) legte diese eine große Zahl an mehreren hundert Pressemitteilungen, professionell gestalteten Werbekampagnen, regelmäßigen Pressekonferenzen und exklusiven Interviews führender Mitarbeiter sowie verschiedenen Service-Angeboten für professionelle Medienvertreter vor.⁵⁹

Die Treuhand-PR verfolgte dabei einerseits eine kurzfristige *Strategie der reaktiven Krisenkommunikation*, die sich auf die (Gegen-)Aufklärung zu diskutierten Skandalfällen oder gegenwärtig stattfindenden Protest- oder Konfliktfällen bezog.⁶⁰ Andererseits lassen sich bereits nach 1992 deutliche Züge einer langfristig angelegten Kommunikationsstrategie erkennen, die geschichtspolitisch auf das historische „Vermächtnis“ der Treuhandanstalt und

⁵⁷ Vgl. den Abdruck des Redemanuskripts: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur Namensgebung des Detlev-Rohwedder-Hauses: Entschlossen Sanieren, 16.1.1992, in: Treuhandanstalt: Dokumentation, Bd. 1, S. 120f.

⁵⁸ Vgl. dazu: Bundesministerium der Finanzen/Bundesministerium für Wirtschaft: Konzept der Bundesregierung zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern, 21.6.1993, in: Treuhandanstalt: Dokumentation, Bd. 11, S. 717-737.

⁵⁹ Die insgesamt 21 Ausgaben der zwischen Mai 1991 und Dezember 1994 regelmäßig erscheinenden „Treuhandanstalt Informationen“ sind sämtlich im auf CD-ROM veröffentlichten Medienarchiv der Treuhandanstalt erhalten.

⁶⁰ Vgl. dazu weiterführend: Marcus Böick: „Aufstand im Osten“? Sozialer und betrieblicher Protest gegen die Treuhandanstalt und Wirtschaftsombau in den frühen 1990er-Jahren, in: Bingen, Dieter u.a. (Hgg.): Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989, Wiesbaden 2011, S. 167-185.

ihrer Aktivitäten bezogen waren: Als Schlussstein dieser Bemühungen kann – neben der bereits 1992 erfolgten Veröffentlichung eines eigenen „Firmenstagebuchs“ (*Treuhand intern*)⁶¹ – die Ende 1994 unter großem Zeitdruck zusammengestellte und sämtlichen öffentlichen Bibliotheken in Deutschland kostenfrei angebotene Herausgabe einer 15-bändigen Dokumentensammlung (*Treuhandanstalt Dokumentation, 1990–1994*) gelten, die auf mehr als zwölftausend Druckseiten ausgewählte Materialien aus den verschiedenen Arbeitsbereichen für künftige wissenschaftliche beziehungsweise journalistische Bearbeitungen versammeln sollte.⁶²

Auf inhaltlicher Ebene verfochten sowohl Treuhandanstalt als auch die Bundesregierung an marktliberalen und teils staats skeptischen Grundsätzen ausgerichtete Deutungsmuster, die die von der Organisation durchgeführten Privatisierungen, Entlassungen und Schließungen mithilfe genuin betriebswirtschaftlicher Argumente beziehungsweise Kennziffern zu erklären und als weitgehend „alternativlos“ zu rechtfertigen suchten. Diese marktaffinen Muster folgten dabei weitgehend den bereits in den 1980er-Jahren verbreiteten und aus den USA beziehungsweise Großbritannien kommenden marktliberalen Grundüberzeugungen, die einen möglichst vollständigen Rückzug des Staates aus unternehmerischen Aktivitäten zumal im industriellen Sektor propagierten.⁶³ Die Erfolgsbilanz der Treuhandanstalt sollte gerade an der Schnelligkeit eben dieser energischen „Entstaatlichung“ mithilfe umfassenden statistischen Materials nachgewiesen und kommuniziert werden. Die Treuhand selbst berief sich daher stets auf die große Zahl der von ihr durchgeführten Privatisierungen, vor allem in den Jahren 1991/92, und hob ferner bevorzugt erfolgreiche Beispielfälle heraus.⁶⁴ Demgegenüber wurden die auftretenden Krisenerscheinungen (Arbeitslosigkeit, Abwanderung) sowie wiederholte Fehlschläge (Korruption, Kriminalität) naturgemäß kaum ausführlich thematisiert.⁶⁵

⁶¹ Birgit Breuel (Hg.): *Treuhand intern*, Frankfurt/Main u.a. 1993.

⁶² Treuhandanstalt (Hg.): *Dokumentation 1990-1994*, 15 Bde., Berlin 1994.

⁶³ Dazu als Überblick und Einführung: Norbert Frei, Dietmar Süß (Hgg.): *Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren*, Göttingen 2012.

⁶⁴ Exemplarisch: „Positive Ergebnisse für Stahlstandorte“, in: *Treuhandanstalt Informationen*, 10. Ausg., Januar 1992, S. 1; „Schweriner Privatisierungen zu 72 Prozent an Ostdeutsche“, in: *Treuhandanstalt Informationen*, 15. Ausg., August 1992.

⁶⁵ Vgl. „Die Treuhandanstalt sorgt sich um ihren Ruf“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 8.10.1991; „Ein wilder Osten wird nicht zugelassen“, in: *Treuhandanstalt Informationen*, 7. Ausg., November 1991, S. 5f.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die kurzfristige wie affirmative Krisen-PR zeitgenössisch relativ wenig an der überwiegend kritischen beziehungsweise skandalisierenden Grundtendenz der medienöffentlichen Berichterstattung zu ändern vermochte. Die von der Treuhandanstalt parallel zu ihrem vor allem 1991/92 forcierten Privatisierungs- beziehungsweise Abwicklungskurs betriebene Öffentlichkeitsarbeit hatte damit den Charakter einer reaktiven Selbstverteidigung im öffentlichen, politischen und gesellschaftlichen Raum; diese sollte so das laufende Privatisierungsgeschäft im öffentlichen Meinungsstreit gewissermaßen abschirmen. Langfristig jedoch haben insbesondere die von der Treuhandanstalt in Eigenregie veröffentlichten Materialien, Dokumente, Statistiken und die hierbei produzierten affirmativen Deutungsmuster, gerade auch mit Blick auf den bislang noch immer stark eingeschränkten Zugang zu den Treuhand-Aktenbeständen, einen nachhaltigen Einfluss auf nachgelagerte sozial- wie geschichtswissenschaftliche Reflexionen entfalten können.⁶⁶

1.2 Opposition und Gewerkschaften: Strukturpolitik oder Generalkritik?

Im scharfen Gegensatz zu diesen affirmativen Deutungen fielen die öffentlichen Positionierungen aus den Reihen der politischen Opposition zumeist überwiegend skeptisch bis fundamental kritisch aus. In der **Sozialdemokratie** verfestigte sich, nach einer Phase intensiver innerer Konflikte um die (wirtschaftliche) Einigung seit dem Frühjahr 1990 – in der sich linker und pragmatischer Parteiflügel sowie ost- und westdeutsche Sozialdemokraten gegenüberstanden –,⁶⁷ eine betont skeptische Linie gegenüber der von christliberaler Bundesregierung und Treuhandanstalt ab dem Herbst 1990 umgesetzten, forcierten Privatisierungs- und Abwicklungspraxis in der ostdeutschen Industrie. Die Sozialdemokraten forderten demgegenüber in verschiedenen Initiativen eine deutlich stärkere Gewichtung struktur- beziehungsweise industriepolitischer Aspekte im zunehmend krisenhaft verlaufenden Prozess des Übergangs von der Plan- zur

⁶⁶ Vgl. dazu vor allem Fischer u.a.: Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen.

⁶⁷ Vgl. Ilse Fischer (Hg.): Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90, Bonn 2009; auch Oskar Lafontaine: Deutsche Wahrheiten. Die nationale und die soziale Frage, München 1992; Peter Glotz: Der Irrweg des Nationalstaats, Stuttgart 1990; Daniel Friedrich Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006.

Marktwirtschaft, wobei vor allem ostdeutsche SPD-Vertreter wie Manfred Stolpe, Regine Hildebrandt oder Wolfgang Thierse öffentlich als prominente Treuhand-Kritiker auftraten.⁶⁸ Insgesamt blieb jedoch in den Reihen der Sozialdemokratie die grundsätzliche Notwendigkeit einer umfassenden Systemtransformation von der Plan- zur Marktwirtschaft letztlich unbestritten.

Merklich systemkritischer agierten demgegenüber das nach der Bundestagswahl vom Dezember 1990 allerdings deutlich dezimierte **Bündnis '90/Die Grünen**. Die westdeutschen Grünen-Vertreter lehnten etwa insbesondere die vollständige „Übernahme“ durch beziehungsweise den „Anschluss“ der DDR an die Bundesrepublik als unzulässige „Kolonialisierung“ des Ostens im Geiste von deutschem (Neo-)Nationalismus und kapitalistischen „Konzerninteressen“ grundsätzlich ab.⁶⁹ Auch die im „Bündnis 90“ versammelten Angehörigen vormaliger ostdeutscher Dissidentengruppen griffen, sich teils auf eigene Reformentwürfe zur „Verteilung“ des „Volksvermögens“ an die ostdeutsche Bevölkerung aus dem Jahr 1989/90 beziehend, vor allem die umfassende „Enteignung“ der Ostdeutschen durch Treuhand und Bundesregierung immer wieder scharf an. Letztlich kam den Grünen im hier untersuchten Diskursfeld jedoch, auch infolge ihrer Wahlniederlage im Jahr 1990, eine relativ randständige Position zu.

Für die **PDS** erscheint demgegenüber gerade die fundamentale Treuhand- und damit auch scharfe Kapitalismus- beziehungsweise Systemkritik in den frühen 1990er-Jahren als ein zentrales Element der eigenen Positionierung und Etablierung im sich neuformierenden Parteiensystem, insbesondere in Ostdeutschland. Die spezifische Identitätsfindung als vorgeblich einzig legitime „Sachwalterin“ ostdeutscher Interessen war dabei für die SED-Nachfolgepartei aufs Engste mit beständigen öffentlichen Protesten und scharfen politischen Attacken gegen einen „kapitalistisch“ motivierten „Ausverkauf“ einer (an sich zumindest in Teilen als durchaus wettbewerbs- und konkurrenzfähig erachteten) DDR-Industrie durch das westdeutsche „Treuhand-Regime“ verknüpft. Treuhand

⁶⁸ Vgl. exemplarisch: „Stolpe kritisiert Treuhandanstalt“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.12.1992; „Thierse befürchtet im Osten eine Entindustrialisierung“, in: Tagesspiegel, 27.12.1991; „Stolpe beklagt „finstersten Manchesterkapitalismus“ im Osten“, in: Tagesspiegel, 28.3.1991; „Revolution in die Betriebe“, in: Die Welt, 28.3.1991.

⁶⁹ Vgl. „Neuregelung des Treuhand-Gesetzes gefordert“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.3.1991; „Treuhandanstalt sollte vorrangig sanieren“, in: Neue Zeit, 28.3.1991; sowie insgesamt dazu Regina Wick: Die Mauer muss weg - die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012.

und Bundesregierung erschienen hier bevorzugt als willfährige Sachwalterinnen westdeutscher Konzern- und Kapitalinteressen, denen vor allem an der Ausschaltung unliebsamer Konkurrenz im Osten gelegen sei. Gerade die ausgesprochene Gegnerschaft zur Treuhandanstalt, die ihrerseits heftige rechtliche Eigentumskonflikte mit der Partei um das von ihr verwaltete Parteivermögen ausfocht, erwies sich für die PDS in den frühen 1990er-Jahren als (gegen-)kulturelle Identitäts- und somit politische Lebensversicherung.⁷⁰

Gleichermaßen verfolgten die ab Mitte 1990 weitgehend von westdeutschen Funktionären dominierten **Gewerkschaften** einen weitgehend Treuhandkritischen Kurs, der sich besonders in den intensiven Auseinandersetzungen des Frühjahrs 1991 manifestierte. Es waren dabei vor allem tarifpolitische Konflikte um das ostdeutsche Lohnniveau, die etwa die IG Metall zu vehementen Protesten gegen die Treuhandanstalt als größter Eigentümerin beziehungsweise Arbeitgeberin in der Metallindustrie trieb. Im Kern agierten gerade die Gewerkschaften jedoch strukturell in einem eigentümlichen Ost-West-Gegensatz: Einerseits verfolgten sie vehement eine Hochlohn-Strategie, um im Interesse ihrer westdeutschen Stammklientel die Entstehung eines ostdeutschen Niedriglohnsektors zu verhindern; andererseits sollten auch die dortigen Arbeitnehmerinteressen am Erhalt der gefährdeten Betriebe Berücksichtigung finden, der jedoch teils durch höhere Lohnabschlüsse weiter gefährdet wurde. Insgesamt favorisierten die Gewerkschaften, ähnlich und häufig in Überschneidung mit der Sozialdemokratie, langfristige struktur- und industriepolitische Alternativen zum kurzfristig forcierten Privatisierungskurs der Treuhandanstalt sowie generell eine stärkere Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen im Umbauprozess. Öffentliche Treuhand-Kritik gepaart mit klandestinem Pragmatismus in der Sache, etwa bei konkreten Privatisierungs- und Abwicklungsverhandlungen, erscheinen so für das gewerkschaftliche Agieren im öffentlichen Raum während der Treuhand-Zeit charakteristisch.⁷¹

⁷⁰ Vgl. hierzu als neuere Veröffentlichung: Ulla Plener (Hg.): Die Treuhand - der Widerstand in Betrieben der DDR - die Gewerkschaften (1990 - 1994), Berlin 2011; sowie die autobiographischen Rückblicke auf diese Zeit bei: Christa Luft: Treuhandreport. Werden, Wachsen und Vergehen einer deutschen Behörde, Berlin 1992; Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998.

⁷¹ Siehe dazu demnächst weiterführend: Marcus Böick: Konflikte, Kooperation und Alltagspraxis. Beziehungsgeschichten von Treuhandanstalt und Gewerkschaften, in: Brunner, Detlev u.a. (Hgg.): Einheit und Transformation. Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess, ersch. Berlin 2017.

Insgesamt erscheint gerade die politische Linke in Deutschland in den frühen 1990er-Jahren wirtschaftspolitisch, aller teilweise extensiv formulierten, öffentlichen (Treuhand-)Kritik zum Trotz, grundsätzlich in der Defensive gegenüber marktliberalen beziehungsweise staatskeptischen Grundströmungen, die nach dem abrupten Kollaps der realsozialistischen Planwirtschaften erhebliche Dominanz beanspruchen konnten.⁷² Die intensive Auseinandersetzung mit dem von der Treuhandanstalt verfolgten Ansatz einer umfassenden wie beschleunigten Entstaatlichung der ostdeutschen Industrie (und der hiermit verbundenen gesellschaftlichen Konsequenzen) bot hier zunächst einen zentralen Ansatzpunkt für politischen Widerspruch und mögliche wirtschaftspolitische Neuorientierungen. Dabei reichte das Spektrum von im Grundsatz systemimmanent-pragmatischen Auseinandersetzungen bei der SPD und den Gewerkschaften bis hin zu systemkritisch-fundamentalen Protestinitiativen aufseiten der sich im gesamtdeutschen Parteiensystem erst etablierenden PDS.⁷³

1.3 Medien: tagespolitische Versachlichung und langfristige Skandalisierung

Ein systematischer Überblick über die sehr breite, ab dem Sommer 1990 einsetzende Medienberichterstattung zur Treuhandanstalt und ihren Aktivitäten ist vor allem durch die Überlieferung des internen Presseauschnittarchivs (*Treuhandanstalt-Medienarchiv*) möglich.⁷⁴ Generell lassen sich verschiedene Modi beziehungsweise Grundachsen der journalistischen Auseinandersetzung mit der Organisation unterscheiden, wobei die auffindbaren Wahrnehmungen und Wertungen zugleich auch die seinerzeit noch vergleichsweise stark ausgeprägte politische Tektonik der Medienlandschaft reflektieren: Zum einen war die **liberal-konservative Wirtschaftspresse** (z.B. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Welt*, *Wirtschaftswoche*, *Focus*) durch eine betont sachorientierte Berichterstattung

⁷² Vgl. als selbstkritische, zeitgenössische Diagnose: Schneider: Die abgetriebene Revolution; Jürgen Habermas: Die nachholende Revolution, Berlin 1990; Jürgen Habermas: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Berlin 1998.

⁷³ Vgl. im Überblick: Uwe Jens, Wilhelm Krelle (Hgg.): Der Umbau. Von der Kommandowirtschaft zur öko-sozialen Marktwirtschaft, Baden-Baden 1991; Rüdiger Liedtke: Wir privatisieren uns zu Tode. Wie uns der Staat an die Wirtschaft verkauft, Frankfurt/Main 2007; Rudolf Hickel, Jan Prieue: Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung, Frankfurt/Main 1994.

⁷⁴ Treuhandanstalt: Dokumentation Medienarchiv.

geprägt, die sich bevorzugt mit einzelnen Betrieben oder Branchen beschäftigte. Diese Berichterstattung war in ihrer Grundtonalität neutral bis verhalten-wohlwollend eingestellt und teilte dabei, im Modus der Sachlichkeit, durchweg marktliberale beziehungsweise staats-skeptische Grundüberzeugungen, die auch Bundesregierung und Treuhandanstalt zur konzeptionellen Begründung ihrer Transformationspolitik ins Feld führten. Demgegenüber positionierte sich das **linksliberale sowie linksalternative Spektrum** der überregionalen Presselandschaft (z.B. *Spiegel, Zeit, FR, SZ, taz*) meist Treuhand-skeptisch bis -kritisch. Eine Sonderrolle kam der **ostdeutschen Regionalpresse** zu, die sich vorwiegend kritisch bis offen für hiesige Betriebe parteinehmend mit den jeweiligen Aktivitäten der Treuhand in ihren jeweiligen Regionen auseinandersetzte.⁷⁵

Neben der tagesaktuellen, tendenziell politisch formierten Berichterstattung etablierte sich in der professionellen Medienöffentlichkeit bereits seit 1991 das Grundmotiv einer *skandalisierenden Auseinandersetzung* mit der Organisation, ihrem Personal und insbesondere einem rasch anwachsenden Kanon an „Skandalfällen“. Neben einschlägigen Boulevardmedien (z.B. *Bild, Express*) waren es **investigativ arbeitende (Wirtschafts-)Journalisten**, die den Buchmarkt mit einer schnell anwachsenden Kaskade an Treuhand-Skandalgeschichten versorgten.⁷⁶ In wechselnder Intensität rückten dabei vor allem spezifische Aspekte wie Kriminalität (u.a. das Attentat auf Detlev Rohwedder) oder Korruptions- und Betrugsfälle in den Fokus dieser medialen Auseinandersetzungen. Es war das Deutungsmuster einer skandalträchtig-geheimnisumwitterten „Treuhand“, das sich langfristig im retrospektiven Blick professioneller Medienschaffender (wie etwa Michael Jürgs oder zuletzt auch Dirk Laabs) etablieren und auch bis in die Gegenwart erhalten konnte.⁷⁷

⁷⁵ Vgl. Wochenzeitung Die Wirtschaft (Hg.): *Kombinate. Was aus ihnen geworden ist. Reportagen aus den neuen Ländern*, Berlin 1993; Wochenzeitung Die Wirtschaft (Hg.): *Privatisierte. Was aus ihnen wird. Reportagen aus den neuen Ländern*, Berlin 1994.

⁷⁶ Exemplarisch hierfür: Heinz Suhr: *Der Treuhandskandal. Wie Ostdeutschland geschlachtet wurde*, Frankfurt/Main 1991; Peter Christ, Ralf Neubauer: *Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder*, Berlin 1991; Otto Köhler: *Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte*, München 1994; Dieter Kampe: *Wer uns kennenlernt, gewinnt uns lieb. Nachruf auf die Treuhand*, 2. Aufl., Berlin 1994.

⁷⁷ Michael Jürgs: *Die Treuhändler. Wie Helden und Halunken die DDR verkauften*, 2. Aufl., München 1997; ferner natürlich jüngst auch: Laabs: *Der deutsche Goldtausch*.

Bilanzierend erweist sich die medienöffentliche Beschäftigung mit der Treuhandanstalt dabei als stark durch mediale Darstellungslogiken im Modus einer „Skandalisierung“ und vor allem langfristig durch zyklische Aufmerksamkeitskonjunkturen geprägt: Während die bis 1993/94 vor allem eine sachorientierte, politisch aber stark polarisierte Einzelfallberichterstattung die kontinuierlich berichtende Tagespresse bestimmte, blieben nach der „Auflösung“ der Treuhandanstalt ab 1995 auf entsprechende Jahrestage bezogene und insbesondere auf Skandale fokussierte Retrospektiven ein bevorzugter Modus der Thematisierung. Die andere Seite dieser Medaille bildet, gewissermaßen als journalistisches Gegenstück, der mediale Darstellungsmodus eines dezidiert „entskandalisierenden“ Rückblicks.

Eine ergänzend hervorzuhebende Sonderrolle kommt schließlich ausgewiesenen **liberalen Autoren** zu, die sich vor allem in liberalkonservativen Medien, aber auch sehr prominent in der wissenschaftlich-ökonomischen Diskussion zu Wort meldeten. Gewissermaßen konträr zu den Positionen von PDS und anderen linken Treuhand-Kritikern, erschien das als „bürokratisch“ attackierte „Treuhand-Regime“ hier als späte „Rache“ der sozialistischen „Staatswirtschaft“ an der bundesdeutschen Marktwirtschaft. Die von der Treuhandanstalt praktizierte Privatisierungspolitik über meist diskrete Einzelverhandlungen wurde, gerade auch aus der Perspektive unterlegener Investoren, als ineffizient, intransparent und langwierig attackiert. Gerade für diese kleinere, aber durchaus im öffentlichen Raum vernehmliche Gruppe an liberalen Kritikern, zu denen auch prominente Ökonomen wie Hans-Werner Sinn, der mit seinem bereits 1991 veröffentlichten Buch „Kaltstart“ die Diskussionen bis in die Gegenwart mitbestimmt, zu zählen sind, bot die Treuhandanstalt letztlich noch immer zu viel „Staat“ und zu wenig „Markt“.⁷⁸

1.4 Wissenschaft: Auftragsforschung und Deskription

Als zentrale Institution des postsozialistischen Wirtschaftsumbruchs in Ostdeutschland zog die Treuhandanstalt bereits zeitgenössisch auch das ausgeprägte Interesse zahlreicher sozial-, wirtschafts- und

⁷⁸ Vgl. hierzu Gerlinde Sinn, Hans-Werner Sinn: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, 3. überarb. Aufl., München 1993; exemplarisch zudem Horst Siebert: Das Wagnis der Einheit. Eine wirtschaftspolitische Therapie, Stuttgart 1992.

rechtswissenschaftlicher Forscherinnen und Forscher auf sich. Bemerkenswert ist dabei die eindeutig strategisch ausgerichtete Wissenschaftsförderpolitik der Treuhandanstalt selbst: Diese legte 1992/93, unter dem unmittelbaren Eindruck massiver politischer Kontroversen, öffentlicher Kritik und gesellschaftlicher Proteste, ein eigenes „**Forschungsprojekt Treuhandanstalt**“ auf, in dem knapp zwei Dutzend renommierter westdeutscher Ökonomen, Juristen und Sozialwissenschaftler empirische Kurzstudien zur „Praxis“ der Organisation anfertigen sollten. Neben einer entsprechenden Finanzierung gewährte man der handverlesenen Forschergruppe exklusiven Zugang zu internen Dokumenten oder ermöglichte ihnen Interviews mit führenden Treuhand-Mitarbeiter/innen. Bereits 1993 mündete diese Auftragsforschung in eine umfassende Veröffentlichung mit dem sprechenden Titel „Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen“.⁷⁹ Demnach setzte gerade dieses wissenschaftliche Großforschungsprojekt, das zudem eine ganze Reihe von weiteren akademischen Qualifikationsarbeiten nach sich zog,⁸⁰ einen dominanten Grundton in den zeitgenössischen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zur Treuhandanstalt, indem es die hochumstrittene Debatte durch deskriptive, bevorzugt ökonomische Detailanalysen zu differenzieren suchte und letztlich die Treuhand gegen die übermäßig scharfe öffentliche und politische Kritik verteidigte.

Die **zeitgenössischen Treuhand-Forschungen** folgten insgesamt spezifischen, eher kleinteilig dimensionierten disziplinären Leitperspektiven: Während sich Wirtschaftswissenschaftler bevorzugt an betriebswirtschaftlichen Fallkonstellationen sowie übergeordneten volkswirtschaftlichen Wirkungszusammenhängen bei der von der Treuhand praktizierten Massenprivatisierung interessiert zeigten,⁸¹ setzten sich Juristen insbesondere mit den rechtlichen Spezifika der Umbruchssituation und ihren zahlreichen normativen Anomalien in der Praxis auseinander.⁸² Politik- und Sozialwissenschaftler untersuchten demgegenüber die besondere Funktion der

⁷⁹ Vgl. Fischer u.a.: Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen.

⁸⁰ Kemmler: Entstehung der Treuhandanstalt; Christopher Freese: Die Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt. Strategien und Verfahren der Privatisierung in der Systemtransformation, Frankfurt/Main 1995; Hartmut Maaßen: Transformation der Treuhandanstalt. Pfadabhängigkeiten und Grenzen einer kompetenten Führung, Wiesbaden 2002.

⁸¹ Vgl. hierzu etwa Horst Albach, Peter Witt (Hgg.): Transformationsprozesse in ehemals Volkseigenen Betrieben, Stuttgart 1993; Martin Heidenreich (Hg.): Krisen, Kader, Kombinate. Kontinuität und Wandel in ostdeutschen Betrieben, Berlin 1992.

⁸² Siehe dazu exemplarisch die rechtswissenschaftlichen Beiträge in Fischer u.a.: Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen.

Übergangsorganisation im sich wandelnden politischen System und ergründeten deren Bedeutung für die (Teil-)Gesellschaften der vereinten Bundesrepublik.⁸³ Letztlich wurde diese zeitgenössische Treuhand-Forschung – von wenigen Ausnahmen wie etwa dem ostdeutschen Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler abgesehen⁸⁴ – fast exklusiv von westdeutschen Wissenschaftlern bestimmt und klang nach dem Ende der Treuhand mit einer gewissen Verzögerung bis zum Ende der 1990er-Jahre wieder ab. Die Treuhandanstalt galt nunmehr als abgeschlossener, hochspezifischer, ja im Grunde „kontaminierter“ Einzelbeziehungsweise Sonderfall, der sich kaum für eine gegenwartswissenschaftliche Theorie- oder Hypothesenmodellierung zu eignen schien,⁸⁵ sodass nur wenige, bereits frühzeitig aktive Treuhand-Forscher wie Wolfgang Seibel oder Roland Czada ihr Engagement auch langfristig weiterführten.⁸⁶ Auch die ökonomischen Forschungsbemühungen einer Gruppe von Wissenschaftlern um Karl-Heinz Paqué knüpft an diese Forschungstraditionen an und widmet sich intensiv der Analyse der Privatisierungsvorgänge.⁸⁷

Diese gegenwartswissenschaftlichen Forschungsaktivitäten und die hier entwickelten differenziert-affirmativen Deutungen beeinflussten langfristig auch die allmählich einsetzenden **zeitgeschichtswissenschaftlichen Annäherungen** an die Treuhandanstalt, die gegenwärtig noch bevorzugt im Kontext von

⁸³ Vgl. programmatisch Bernhard Giesen, Claus Leggewie: Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin 1991; Karl-Siegbert Rehberg: "Großexperiment" und Erfahrungsschock. Zu einer Forschungsinitiative über das Zusammenwachsen der Deutschen, in: Esser, Hartmut (Hg.): Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Wiesbaden 2001, S. 11–27.

⁸⁴ Vgl. etwa Jörg Roesler: Die Treuhandpolitik. Verkauf und Abwicklung statt Sanierung und Umwandlung mit dem Ergebnis einer weitgehenden Deindustrialisierung des Ostens, in: Bahrmann, Hannes; Links, Christoph (Hgg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit - eine Zwischenbilanz, Berlin 2005, S. 93–106 sowie als weiterführender Überblick: Jörg Roesler: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch, 1970–2000, Bonn 2003.

⁸⁵ Für eine entsprechend ausführliche Zwischenbilanz vgl. Stephan Weingarz: Laboratorium Deutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozeß als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften, Münster/Hamburg 2003; Astrid Lorenz (Hg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften, Opladen u.a. 2011.

⁸⁶ Vgl. Wolfgang Seibel: Wenn ein Staat zusammenbricht. Über die Frühgeschichte und Funktion der Treuhandanstalt, in: Frei, Norbert; Süß, Dietmar (Hgg.): Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren, Göttingen 2012, S. 184–207; Roland Czada: Das Erbe der Treuhandanstalt, in: Depenheuer, Otto; Paqué, Karl-Heinz (Hgg.): Einheit - Eigentum - Effizienz. Bilanz der Treuhandanstalt, Berlin/Heidelberg 2012, S. 125–146.

⁸⁷ Hierzu demnächst auch als Überblick: Günther Heydemann, Karl-Heinz Paqué (Hgg.): Planwirtschaft – Privatisierung – Marktwirtschaft: Wirtschaftsordnung und -entwicklung in der SBZ/DDR und den Neuen Bundesländern 1945–1994, ersch. Göttingen 2017.

großangelegten Gesamtdarstellungen erfolgt, in denen auch die Frühgeschichte der „Berliner Republik“ thematisiert wird.⁸⁸ Auch hier finden sich, mit Blick auf die „Vereinigungskrise“, eher affirmativ grundierte Deutungen, die die Aktivitäten der Treuhandanstalt und ihre Folgewirkungen aus einer übergeordneten Makro-Perspektive als weitgehend alternativloses Ausnahmeszenario beschreiben.⁸⁹ Diese ausgeprägte Übernahme von Befunden und Deutungen aus der damaligen Forschung erscheint auch als Folge der komplexen Überlieferungssituation, die zeithistorische Forschungen bislang in erheblichen Maße eingeschränkt hat. Es bleibt zu hoffen, dass die jüngsten, 2017 vom Bundesfinanzministerium angestoßenen Projekte zur archivalischen Erschließung und zeithistoriographischen Erforschung der lange unzugänglichen Treuhand-Bestände zukünftig zu einer differenzierten Historisierung gerade auch der zeitgenössischen Diskurse beitragen werden.

1.5 Ostdeutsche Reflexionen als Desiderat

Ein markantes Charakteristikum des hier untersuchten Diskursfeldes ist die nur geringfügig ausgeprägte öffentliche beziehungsweise wissenschaftliche Präsenz **ostdeutscher Autor/innen**, zumindest in den Räumen der nationalen sowie überregionalen Medien- sowie wissenschaftlichen Fachöffentlichkeiten – und dies insbesondere auch in den frühen 1990er-Jahren. Mit Ausnahme der parteipolitischen Kontroversen, in der sich insbesondere aufseiten von SPD, PDS aber teilweise auch innerhalb der CDU Ostdeutsche zumeist kritisch zu den Aktivitäten der Treuhand und vor allem ihren gesellschaftlichen Konsequenzen äußerten,⁹⁰ blieben dezidiert ostdeutsche Perspektiven und Deutungen in aller Regel auf die entsprechenden Regionalmedien beschränkt und damit weitgehend minoritär. Es waren dabei vor allem aus der ehemaligen DDR stammende

⁸⁸ Vgl. dazu Herbert: Geschichte Deutschlands, S. 1143-1158; Andreas Wirsching: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, S. 68f.; Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 730f.; demgegenüber die „kritische“ Ausnahme: Axel Schildt, Detlef Siegfried: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 474ff.

⁸⁹ Dazu die Beiträge v.a. der damals beteiligten Zeitzeugen in Otto Depenheuer, Karl-Heinz Paqué (Hgg.): Einheit - Eigentum - Effizienz. Bilanz der Treuhandanstalt, Berlin/Heidelberg 2012.

⁹⁰ Vgl. exemplarisch Thomas Falkner: Absturz in die Marktwirtschaft. Der schwere Weg durch die ostdeutsche Wirtschaftskrise, München 1994.

Lokaljournalisten sowie sich öffentlich äussernde Betriebsräte und Betroffene, die sich meist mit Blick auf konkrete Fallkonstellationen sehr kritisch zu Wort meldeten.⁹¹

Im Feld der (Landes-)Politik traten Ostdeutsche durchaus als Treuhand-Kritiker in Erscheinung – etwa die brandenburgische SPD-Sozialministerin Regine Hildebrandt.⁹² Mittel- und langfristig etablierte sich zudem ein im weiteren Umfeld der PDS angesiedeltes Genre ausgesprochen Treuhand-kritischer, merklich verschwörungstheoretisch ausgerichteter und polemischer Literatur aus einer dezidiert ostdeutschen (Opfer-)Perspektive.⁹³ Als markante Ausnahme von der Regel kann der vormalige Vorsitzende der SPD-Volkskammerfraktion Richard Schröder gelten, der sich bereits frühzeitig als engagierter Verteidiger der umstrittenen Organisation gegenüber seinen ostdeutschen „Landsleuten“ positioniert hatte und bis in die Gegenwart für einen anderen, deutlich positiveren Blick auf die Organisation wirbt. Er verweist dabei insbesondere auf das von der Treuhandanstalt im Sommer 1990 vorgefundene, hochproblematische „Erbe“ der DDR-Planwirtschaft sowie die gleichermaßen hierauf bezogenen, in dieser Lesart aber stark überzogenen Erwartungen in der ostdeutschen Bevölkerung.⁹⁴

Letztlich erscheint der relative Mangel an öffentlich wahrnehmbaren ostdeutschen Reflexionen, Deutungen und Bewertungen im Diskurs – vor allem auch aus der Gruppe unmittelbar betroffener Personen – als ein wichtiger Ausgangspunkt für weitere empirische Untersuchungen. Die Konturen beziehungsweise Grundmotive der zumindest in Teilen der ostdeutschen (Teil-)Gesellschaft bis zur Gegenwart insbesondere in den mittleren und älteren Generationen verbreiteten, mutmaßlich kritischen Treuhand-Deutungen stellen damit nach wie vor ein auffälliges Forschungsdesiderat dar, das im Folgenden noch umfassend zu adressieren ist.

⁹¹ Vgl. dazu Bernd Gehrke, Renate Hürtgen (Hgg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekannteste Seite der DDR-Revolution. Diskussion, Analysen, Dokumente, 2. korrigierte Aufl., Berlin 2001.

⁹² Dazu auch ihren Interviewbeitrag in Liedtke: Die Treuhand und die zweite Enteignung.

⁹³ Hier nochmals: Huhn: Raubzug Ost; Hartmann: Die Liquidatoren; Baale: Abbau Ost; Knut Holm: Wie wir verhöhrt wurden. Fakten, Lügen, Geständnisse, Beweise, Urteile zum Thema Treuhand, Berlin 1994; Fritsch: Verraten und Verramscht; Behling: Die Treuhand.

⁹⁴ Vgl. hierzu sehr prägnant: Richard Schröder: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Freiburg im Breisgau 2007.

1.6 Autobiographische Retrospektiven

Gewissermaßen quer zu den bisher thematisierten Akteursgruppen hat sich in den letzten Jahren vermehrt eine wachsende Zahl an **Zeitzeuginnen und Zeitzeugen** in Form eigener Publikationen zu Wort gemeldet, bevorzugt im Modus autobiographischer Erinnerungsschriften. Hierbei sind es überwiegend ehemalige, in den frühen 1990er-Jahren aus Westdeutschland in den Osten gegangene Politiker und Experten⁹⁵ aus den Reihen der „Transfer-Eliten“⁹⁶ sowie eine Reihe an zumeist ebenfalls westdeutschen Managern oder Investoren, die in diesem Rahmen über ihre (oft als einzigartiges „Abenteuer“ gedeuteten und beschriebenen) Aktivitäten in Ostdeutschland berichten.⁹⁷ Daneben haben sich mittlerweile auch ehemalige Treuhand-Mitarbeiter mit eigenen Schriften zu Wort gemeldet,⁹⁸ hierunter auch einige wenige Ostdeutsche.⁹⁹ In diesen autobiographischen Veröffentlichungen finden sich, je nach Urheberschaft beziehungsweise individueller Perspektive, die verschiedenen Facetten an bereits thematisierten Treuhand-Deutungen und Bewertungen, die zwischen engagierter Affirmation und vernehmlicher (Selbst-)Kritik schwanken. Im Autobiographischen spiegeln sich somit letztlich auch langfristig die spezifische Politisierung, Polarisierung und Fragmentierung des hier untersuchten und beschriebenen Diskurses zwischen *Kritik*, *Affirmation* und *Skandal*.

⁹⁵ Vgl. hierzu Franz Schuster: Thüringens Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Privatisierung - Sanierung - Aufbau. Eine Bilanz nach 25 Jahren, Köln 2015; Johannes Ludewig: Unternehmen Wiedervereinigung. Von Planern, Machern, Visionären, Hamburg 2015 sowie bereits zeitgenössisch: Manfred Schell, Theodor Waigel (Hgg.): Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion, München 1994.

⁹⁶ Vgl. als systematischer Forschungsüberblick: Heinrich Best, Lars Vogel: Politische Eliten im vereinten Deutschland, in: Lorenz, Astrid (Hg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften, Opladen u.a. 2011, S. 120-152.

⁹⁷ Christopher Schwarzer: Inside Ost. Vom West-Berater zum Ost-Unternehmer, München 2014; Hansjürgen Nelde: Vom Ossi zum Wossi? Anekdoten und Begegnungen eines Pharma-Managers, Berlin 2008.

⁹⁸ Klaus Klamroth: Eine Chronik aus dem 20.ten Jahrhundert. Tagesnotizen, Briefe, Erinnerungen ab 1933, Norderstedt 2010; Alexander Koch: Der Manager. Menschen aus der Wirtschaft, Frankfurt/Main 2007; sowie auch: Breuel/Burda: Ohne historisches Vorbild.

⁹⁹ Günter Heribert Münzberg: Zu treuen Händen. Ein Insiderbericht, Leipzig 2001; Karl Leknisch: Lebenslügen, Berlin 2013; Dietrich Pfeiffer: Die Erbschaft. Marktwirtschaftliche Neugestaltung in den Betrieben der neuen Länder, Stuttgart u.a. 1992.

1.7 Zwischenfazit: Akteursgruppen und Grundmotive

In der Gesamtperspektive erscheint das auf die Treuhandanstalt und den von ihr praktizierten Wirtschaftsumbau bezogene Diskursfeld im soeben vereinten Deutschland bereits seit seinen Anfängen im Jahr 1990 relativ festgefügt in seinen grundlegenden Koordinaten. Es haben sich dabei langfristige, stark akteursbezogene Deutungskonfigurationen und hiermit verknüpfte Darstellungsmodi etabliert: Während offizielle Deutungen von christliberaler Bundesregierung beziehungsweise Treuhandanstalt eindeutig marktliberal-affirmativ ausgerichtet waren, arbeitete sich die politische Opposition, allerdings in deutlich verschiedenen Abstufungen, kritisch am politisch intensiv bekämpften „Treuhand-Regime“ ab. In der medialen Auseinandersetzung, die zeitgenössisch diesen politischen Grundorientierungen folgte, aber nicht völlig darin aufging, etablierte sich mittel- und langfristig die Skandalisierung als bevorzugtes Sujet. In Abgrenzung zu diesen stark polarisierten Darstellungsformen und politisierten Deutungsmustern war und ist die wissenschaftliche Forschung bereits sehr früh durch deskriptive und in ihrem Kern affirmative Annäherungen geprägt. Demgegenüber erscheinen die in der ostdeutschen Bevölkerung verbreiteten, mutmaßlich kritischen Grundeinstellungen zu Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau im untersuchten (medien-)öffentlichen beziehungsweise politischen Diskurs vergleichsweise unterpräsentiert.¹⁰⁰

¹⁰⁰ Vgl. exemplarisch Katrin Rohnstock (Hg.): *Mein letzter Arbeitstag. Abgewickelt nach 89/90. Ostdeutsche Lebensläufe*, Berlin 2014.

2. Konjunkturen: Phasen und Dynamiken vor und nach 1994

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Treuhandanstalt, ihren Aktivitäten und ihrem „Vermächtnis“ erweist sich gerade auch in diachroner Perspektive als dynamisch. In der Folge werden zentrale Phasen im hier untersuchten Themengebiet in den jeweiligen Grundzügen umrissen: Zunächst die ursprüngliche *Etablierungsphase* des hier behandelten Diskursfeldes und mithin auch der Institution im Jahr 1990, an die sich eine intensiv verdichtete *Alltags- und Konfliktphase* mit ihren zahlreichen Einzelfallkonstellationen und wirtschaftspolitischen Debatten im Kontext der nun stattfindenden Massenprivatisierungen in den Jahren 1991/92 anschloss. Die Zeit nach 1993/94 war – als *Skandalisierungs- und Politisierungsphase* – demgegenüber zunehmend von umfassenden Enthüllungen und parteipolitischen (Wahlkampf-)Auseinandersetzungen bestimmt. Nach dem Ende der Treuhandanstalt etablierten sich schließlich ab 1995 deutlich weniger dicht besetzte Deutungskonstellationen, in denen fortwährend um das historische *Vermächtnis* der Treuhand gerungen wurde und noch immer wird.

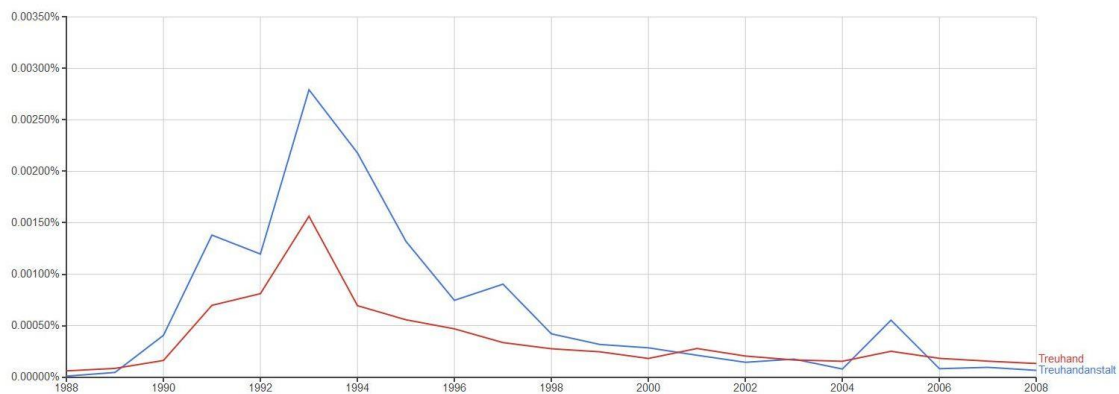


Abb. 1: Nennung von „Treuhand“ / „Treuhandanstalt“ in deutschen Publikationstiteln, 1988-2008; erstellt mit Google-N-Gram-Viewer

2.1 Phase der beschleunigten Etablierung: das Jahr 1990

Die Treuhandanstalt war bereits im März 1990 infolge kurzfristiger Verhandlungen am Zentralen Runden Tisch zwischen ostdeutschen Oppositionsvertretern um Wolfgang Ullmann und der scheidenden SED-Regierung unter Hans Modrow zum Schutz des „Volksvermögens“ vor fremden

Zugriffen gegründet worden.¹⁰¹ Zu diesem Zeitpunkt war bei den reformkommunistischen Regierungsexperten und den an wirtschaftlichen Fragen interessierten Oppositionskräften sowie auch in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung noch die Vorstellung einer relativ hohen Wertigkeit des „Volksvermögens“ in bis zu vierstelliger Milliardenhöhe bestimmend, die auch durch entsprechend großformatige Schätzungen – etwa durch Ministerpräsident Modrow – befördert wurde. Dementsprechend sollte die nun zu schaffende „Treuhand-Stelle“ als eine Art Notariat das ihr anvertraute Vermögen zunächst vor fremden „Zugriffen“ schützen, bevor es künftig an die Bevölkerung der DDR (etwa in Form von Anteilsscheinen) verteilt werden würde. Die bevorstehende Umgestaltung der Planwirtschaft und ihrer Betriebe war in diesem sehr frühen Stadium auch Kristallisationspunkt entsprechender Hoffnungen in Ostdeutschland.¹⁰²

Ihre unbestritten zentrale Position in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um den postsozialistischen Wirtschaftsumbau erlangte diese neue, ab April 1990 sukzessive gerade auch mit reformkommunistischen Planwirtschaftsexperten besetzte „Treuhand-Stelle“ allerdings erst ab dem Spätsommer 1990.¹⁰³ Zuvor hatten bevorzugt politische beziehungsweise internationale Fragen einer kommenden Vereinigung von Bundesrepublik und DDR im Mittelpunkt der allgemeinen Diskussionen gestanden; ökonomische Aspekte waren lediglich in dem kurzen, aber gleichwohl heftigen Streitigkeiten über die Umstellungskurse bei einer kommenden Währungsunion intensiver behandelt worden. Die Treuhandanstalt als noch vergleichsweise randständige „DDR-Behörde“ war demgegenüber bis in den Mai 1990 hinein nur hiermit betrauten Fachleuten und Experten näher bekannt gewesen; ihre zentrale Rolle beim künftigen Wirtschaftsumbau zeichnete sich noch nicht ab.¹⁰⁴

Dies änderte sich im Sommer in gravierender Weise. Insbesondere die kurzfristig durch die Bundesregierung sowie die neu gewählte DDR-Regierung

¹⁰¹ Vgl. hierzu insg. Uwe Thaysen: Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Wiesbaden 2000; ders.: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, 2. Aufl., Wiesbaden 2012.

¹⁰² Vgl. zu diesem Thema prägnant Seibel: Verwaltete Illusionen, S. 61ff.

¹⁰³ Vgl. André Steiner: Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990, in: Henke, Klaus-Dietmar(Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 441-455.

¹⁰⁴ Dazu im Überblick: Kemmler: Entstehung der Treuhandanstalt, sowie die einzelnen, sehr zeitnahen Beschreibungen bei Fischer u.a.: Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen.

unter Lothar de Maizière radikal modifizierte Aufgabenstellung von der ursprünglich beabsichtigten „Bewahrung“ und „Verteilung“ zur forcierten „Entstaatlichung“ und „Verwertung“ des der Organisation übertragenen „Volksvermögens“ durch das „Treuhandgesetz“ vom 17. Juni sowie das unmittelbare Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 hatten die Stellung der Institution gravierend verändert. Ferner hatte auch die gezielte Installation von westdeutschen Industriemanagern um Detlev Rohwedder an der Spitze im Juli und August den nun beginnenden Aktivitäten der Treuhand zusätzliche Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit verliehen. Es waren dabei erste, auch über die überregionalen Medien ausgetragene Streitfälle zwischen neu formierter Treuhand-Führung, westdeutschen Investoren und ostdeutschen Belegschaften, wie etwa um den von der Treuhand-Spitze verhinderten Verkauf der „Interhotel“-Kette an den Steigenberger-Konzern, die diesen diskursiven Etablierungsprozess maßgeblich beschleunigten.¹⁰⁵

Im Herbst des politisch sehr bewegten Umbruchjahres 1990, im unmittelbaren Umfeld der staatlichen Vereinigung, rückte die personell wie organisatorisch expandierende Treuhandanstalt, die sich unterdessen selbst zunehmend als primär betriebswirtschaftlich agierendes „Unternehmen“ verstand, vermehrt in den Fokus der medialen und zunehmend kritischen Aufmerksamkeit in Ost und West. Auch die neu gewählten Ministerpräsidenten der soeben gegründeten fünf ostdeutschen Bundesländer suchten sich zunächst im Konflikt mit der Organisation zu profilieren – etwa im Streit um einen langfristigen Verbleib Rohwedders an der Treuhand-Spitze im November 1990.¹⁰⁶ In den folgenden Wochen rückte die nun sehr rasch wachsende Organisation allerdings noch einmal kurzfristig in den Schatten eines intensiv geführten Wahlkampfes zum ersten gesamtdeutschen Bundestag Anfang Dezember, der mit einer deutlichen Bestätigung der christliberalen Koalition auch in Ostdeutschland endete und damit auch dem eingeschlagenen Kurs eines beschleunigten Wirtschaftsumbaus ein langfristiges politisches Mandat erteilte.

¹⁰⁵ Vgl. „Turbulenzen im Doppelbett von Ost und West“, in: Frankfurter Rundschau, 30.7.1990; „Treuhand gestürmt und besetzt“, in: Morgenpost, 13.9.1990.

¹⁰⁶ Vgl. „Rohwedder will seinen Vertrag bei der Treuhandanstalt nicht verlängern“, in: Tagesspiegel, 1.11.1990; „Massive Kritik an der Treuhand“, in: Süddeutsche Zeitung, 5.11.1990; „Abschied vom Revier“, in: Handelsblatt, 7.11.1990; „Treuhandanstalt ‚rackert sich zielstrebig aus dem Chaos‘“, in: Süddeutsche Zeitung, 7.11.1990.

Letztlich hatte sich die Treuhandanstalt, zunächst kurzfristig als DDR-Verwaltungsstelle gegründet, erst im Laufe des zweiten Halbjahres 1990 sukzessive in der politischen wie öffentlichen Wahrnehmung als zentraler Knotenpunkt des nunmehr in der Breite beginnenden Wirtschaftsumbaus etabliert. Dabei war die Tonalität der medialen Berichterstattung beziehungsweise der politischen Debatte noch nicht übermäßig kritisch, sondern vorwiegend noch abwartend bis skeptisch ausgefallen; ja mehr noch: Mit dem zur Disposition stehenden „Volksvermögen“ wurden bis in den Sommer 1990 in Ost und West noch beträchtliche Hoffnungen und Gewinnerwartungen verknüpft. Unter der runderneuten Führung um den charismatisch und energisch auftretenden Präsidenten Detlev Rohwedder erlangte die Organisation nun allmählich ihre personelle wie operative Handlungsfähigkeit.¹⁰⁷ Nicht zuletzt dies erscheint als praktischer Grund dafür, dass die Treuhand noch bis zum Ende des Jahres 1990, von einigen markanten Einzelfällen abgesehen, noch keine größeren Schließungs- und Entlassungsfälle verkündet hatte.

2.2 Phase des konfliktreichen Alltags: die Jahre 1991/92

Mit Beginn des Jahres 1991 setzte nun endgültig der ungemein konfliktträchtige Alltag des operativen Massenprivatisierungsgeschäfts in der ostdeutschen Industrie ein. Mehrere, nun in schneller Abfolge durch die Treuhand-Führung verkündete Schließungs- und Entlassungswellen führten zu einer regelrechten Eskalation der politischen Debatten wie auch der öffentlichen Reaktionen und gesellschaftlichen Proteste. Gerade im Februar und März 1991 mobilisierten insbesondere Gewerkschafts- und Oppositionsvertreter, hierbei insbesondere auch die PDS und die Gewerkschaften, erheblichen Widerspruch in den Belegschaften und der Bevölkerung der fünf neuen Bundesländer. Die wachsende Intensität der gesellschaftlichen Konflikte heizte zugleich auch die weiteren politischen Kontroversen zwischen Treuhand-Führung und Bundesregierung, den neuen Landesregierungen sowie linken Oppositionskräften und liberalen Kritikern weiter an, gegen die sich vor allem auch Detlev Rohwedder als nunmehr

¹⁰⁷ Kemmler: Entstehung der Treuhandanstalt; Maaßen/Seibel: Verwaltete Illusionen sowie die verschiedenen Beiträge in Fischer u.a.: Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen.

herausgehobene Personifikation eines aufkommenden ökonomischen Krisenszenarios aktiv und vehement öffentlich zur Wehr setzte.¹⁰⁸

Das tödliche Attentat auf den im Mittelpunkt der scharf geführten Debatten stehenden Treuhand-Präsidenten am 1. April 1991 markierte eine Zäsur in den hier beschriebenen öffentlich-politischen Auseinandersetzungen. Unter dem unmittelbaren Eindruck des Mordanschlages (und den hiermit verbundenen Spekulationen über mögliche Hintermänner) ließ in den folgenden Monaten die Intensität der Proteste und Debatten zunächst nach. Unterdessen trieb Rohwedders Nachfolgerin, die frühere niedersächsische Landesministerin Birgit Breuel den Ausbau eines beschleunigten Massenprivatisierungsgeschäfts weiter zügig voran. Bis zum Sommer 1991 erreichte die Organisation auf diese Weise erheblich gesteigerte Privatisierungs- und Abwicklungszahlen von mehreren hundert Fällen pro Monat. Eben diese schnell wachsenden Aktivitäten ließen die Debatten über den Wirtschaftsumbau zugleich auch merklich zerfasern: Es standen nicht mehr, wie noch im Jahr 1990, einige wenige (Symbol-)Fälle im Fokus der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit, sondern eine buchstäblich unüberschaubare Menge an verschiedenen Konstellationen und Szenarien in verschiedenen Branchen und sämtlichen Regionen. Dies verhinderte weitgehend einen Überblick über das krisenhafte wirtschaftliche Umbruchsszenario, das sich mit der Auflösung der Sowjetunion und der mit großen Hoffnungen verbundenen „Ostmärkte“ im einstigen RGW-Raum nochmals für viele Treuhand-Betriebe erheblich zuspitzte.

Dieser in aller Regel von regionalen Protesten begleitete „Alltag“ des beschleunigten Massenprivatisierungsgeschäfts führte, bedingt durch die Schließung von renommierten Betrieben sowie die hieraus resultierende zügig wachsende Arbeitslosigkeit, zu Beginn des Jahres 1992 zu einer neuerlichen politischen Debatte um eine Industriepolitik beziehungsweise den langfristigen Erhalt „industrieller Kerne“ in Ostdeutschland.¹⁰⁹ Vor allem die Sozialdemokratie

¹⁰⁸ Siehe „Druck auf die Treuhand wächst“, in: Berliner Morgenpost, 5.3.1991; „Der Kragen wird eng“, in: Tribüne, 6.3.1991; „Sanierung geht vor Privatisierung“, in: Neues Deutschland, 6.3.1991; „Verheddert im Detail“, in: Die Welt, 7.3.1991; „Treuhand und Glaube“, in: Die Welt, 13.3.1991; „Autoritäre und rechtswidrige Stasi-Methoden“, in: Der Morgen, 13.3.1991; „Ein Wirtschaftswunder-Märchen“, in: Handelsblatt, 14.3.1991; Ausmaß der ostdeutschen Misere schockt Bonn“, in: Frankfurter Rundschau, 15.3.1991.

¹⁰⁹ Vgl. „Es lebe die Intervention“, in: Der Spiegel, 16.3.1992; „Entschlossen sanieren“, in: Der Spiegel, 6.4.1992; „Retten, was zu retten ist“, in: Sächsische Zeitung, 2.12.1992; „Kohl: Industriekerne bleiben“, in: Berliner Zeitung, 16.2.1993; „Ein gesunder Kern“, in: Focus, 15.2.1993.

und die Gewerkschaften, aber auch Teile der ostdeutschen CDU drängten in dieser wirtschaftspolitischen Kontroverse verstärkt auf eine partielle Entschleunigung der ökonomischen Transformationsprozesse durch staatliche Subventions- und Sanierungsmaßnahmen,¹¹⁰ während die Treuhand-Spitze zunächst vehement an ihrem Kurs einer dezidiert betriebswirtschaftlich ausgerichteten Privatisierungspraxis festhielt. Dieser wirtschaftspolitische Richtungsstreit setzte sich über das ganze Jahr weiter fort, während das operative Treuhand-Geschäft in der zweiten Jahreshälfte mittlerweile seinen Höhe- und zugleich auch Endpunkt erreicht hatte.¹¹¹

Ende 1992, nach knapp zwei Jahren intensiver Aktivitäten zur umfassenden Restrukturierung der ostdeutschen Industrie, hatte die Treuhandanstalt bereits fast 90 Prozent des ihr im Frühjahr 1990 übertragenen Betriebsbestandes an vornehmlich westdeutsche Investoren privatisiert beziehungsweise stillgelegt. Im Zuge dessen hatte die Treuhandanstalt, entgegen den ursprünglichen Erlöserwartungen des Jahres 1990, ein mittleres dreistelliges Milliardendefizit angehäuft.¹¹² Zu Beginn des Jahres 1993 war somit die „heiße“ Phase des postsozialistischen Wirtschaftsumbaus in sehr hohem Tempo, aber zugleich auch mit erheblichen gesellschaftlichen Reibungsverlusten, sozialpolitischen Eindämmungsbemühungen und finanziellen Kosten abgeschlossen worden.¹¹³ Es waren dabei insbesondere die Gleichzeitigkeit, die Intensität und die Beschleunigung dieser in Ostdeutschland nunmehr allgegenwärtigen Umbauprozesse der Jahre 1991/92, die intensivere öffentliche Reflexionen beeinträchtigt und eine wirtschaftspolitische Diskussion nur in abstrakt-reaktiver Form zugelassen hatten. Doch während die Treuhand-Spitze mit dem Ende des Massengeschäfts in weitgehender Ruhe ihre für das Jahr 1994 geplante „Selbstaflösung“ voranzutreiben beabsichtigte, sollte sich die diskursive Dynamik in den letzten beiden Jahren ihres Bestehens nochmals deutlich verändern.

¹¹⁰ Vgl. „Beim Thema Treuhand brachen die Gefühle durch“, in: Mitteldeutsche Zeitung, 18.12.1994; „Bonn greift ein“, in: Die Zeit, 20.12.1991.

¹¹¹ Vgl. dazu insgesamt: Maaßen/Seibel: Verwaltete Illusionen.

¹¹² Vgl. als Abschlussbilanz: Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (Hg.): „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen.“ Ein Rückblick auf 10 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003.

¹¹³ Weiterführend hierzu vor allem Ritter: Preis der Einheit.

2.3 Phase der Politisierung und Skandalisierung: die Jahre 1993/94

Das Ende der forcierten Massenprivatisierungen im Dezember 1992 verschob und konzentrierte die allgemeine Aufmerksamkeit nunmehr auf die wenigen, noch im „Restbestand“ der Treuhandanstalt verbliebenen Großbetriebe. Dabei handelte es sich zumeist um vergleichsweise traditionsreiche Standorte von erheblicher regionaler Bedeutung, für die sich jedoch – trotz einer drastischen Reduzierung des Personalbestandes – noch immer keine privaten Investoren gefunden hatten. Gerade mit Blick auf diese Betriebe fand die zuvor eher abstrakt geführte politische Debatte um eine neue Industrie- beziehungsweise Strukturpolitik über den Erhalt „industrieller Kerne“ konkrete Ansatzpunkte für weitere wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen. Vor allem das nun breit rezipierte Krisenszenario einer weitgehenden „Deindustrialisierung“ des Ostens schien nun omnipräsent. Es ging daher insbesondere um die Frage, inwiefern die Treuhandanstalt in ihren Aktivitäten eine über die einzelnen Betriebe hinausreichende, strukturpolitische Gestaltungsaufgabe für die entsprechenden Regionen wahrnehmen müsse.¹¹⁴ In diese Kontroversen schaltete sich nun auch vermehrt die zuvor kaum im Kontext des Wirtschaftsumbaus öffentlich aufgetretene Bundesregierung ein, die der Treuhandanstalt zur Zeit ihres Massenprivatisierungsgeschäfts bis Ende 1992 noch weitreichende Handlungs- und Entscheidungsspielräume belassen hatte. Es waren letztlich insbesondere die beginnenden Bundestags- und Landtagswahlkämpfe der Jahre 1993/94, die neuerlichen parteipolitischen Auseinandersetzungen weiteren Vorschub leisteten.

Die erneut einsetzende Politisierung im Umgang mit einigen großindustriellen „Restfällen“ ging dabei mit einem markanten Trend zur intensivierten Skandalisierung der Organisation im medienöffentlichen Feld einher. Zwar war die Treuhandanstalt bereits seit Mitte 1991 von einer ganzen Reihe an kleineren und größeren Skandalfällen begleitet worden; doch erst die spektakuläre Enthüllung eines systematisch agierenden, kriminellen Netzwerks aus West-Investoren und regionalen Treuhand-Managern in der bereits Ende 1992 geschlossenen Niederlassung in Halle überstieg alle bis dahin bekannten Ausmaße an struktureller Kriminalität und Korruption. „Halle“ avancierte damit im Frühjahr

¹¹⁴ Vgl. dazu in den zeitgenössischen Medien: „Spirale in den Bankrott“, in: Der Spiegel, 11.2.1991; „Es lebe die Intervention“, in: Der Spiegel, 16.3.1992; „Entschlossen sanieren“, in: Der Spiegel, 6.4.1992; „Retten, was zu retten ist“, in: Sächsische Zeitung, 2.12.1992; „Kohl: Industriekerne bleiben“, in: Berliner Zeitung, 16.2.1993; „Treuhandpolitik – wie lästig sind industrielle Kerne?“, in: Mitteldeutsche Zeitung, 30.7.1993; „Ein gesunder Kern“, in: Focus, 15.2.1993.

1993 zum maßgeblichen Treuhand-Skandal, leistete zugleich auch einer ganzen Welle von weiteren Enthüllungsbemühungen Vorschub und führte schließlich auch zu einer weiteren Verschärfung der laufenden politischen Auseinandersetzungen. Gerade auch die Bundesregierung ging im Kontext dieser Enthüllungen deutlicher auf Distanz und verschärfte in der Folge ihre Kontrollbemühungen. Die unter Druck geratene Treuhandanstalt versuchte demgegenüber durch eine energische Krisen-PR sowie die Veröffentlichung der Studienergebnisse ihres Auftragsforschungsprojekts das öffentliche wie politische Meinungsklima zu ihren Gunsten zu beeinflussen.¹¹⁵

Während die Treuhand-Spitze mit den unmittelbaren Folgen des „Halle-Skandals“ sowie den aufbrechenden industrie- und strukturpolitischen Kontroversen um die verbleibenden Großbetriebe zu kämpfen hatte, eskalierte in den Sommermonaten des Jahres 1993 ein zunächst abseitig erscheinendes, regionales Konfliktszenario. Im westthüringischen Bischofferode löste die im Rahmen einer innerdeutschen Fusionslösung geplante Schließung einer Kali-Grube einen Hungerstreik unter den betroffenen Bergarbeitern aus. Dieser als bald stark zugespitztes „Medienereignis“¹¹⁶ zu verstehende Konflikt zwischen Treuhandanstalt und Bergleuten avancierte durch eine intensive Medienberichterstattung zum geradezu emblematischen Gegensatz, in dem sich westdeutsche „Macht“ (der Treuhand beziehungsweise der Bundesregierung) und ostdeutsche „Ohnmacht“ (der streikenden Bergarbeiter) in schroffer Weise und spektakulär gegenüberstanden. Im Kontext der nunmehr vollauf entfalteteten „Vereinigungskrise“ mit ihren beträchtlichen kulturellen Ost-West-Verwerfungen erschien gerade der mehrmonatige Streit um Bischofferode als dramatisch inszenierte symbolische Zuspitzung dieser innerdeutschen Auseinandersetzungen, als regelrechter Stellvertreterkonflikt.¹¹⁷

¹¹⁵ Vgl. zur zeitgenössische Rezeption: „Das unmögliche Wagnis“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.1993; „Die Treuhand unter das Mikroskop gelegt“, in: Tagesspiegel, 11.12.1993; „Außer Geburtsfehlern war eigentlich alles optimal“, in: Neues Deutschland, 13.12.1993; „Forscher streiten über Bewertung der Treuhand“, in: Frankfurter Rundschau, 13.12.1993; „Forscher beurteilen Treuhand-Arbeit gut“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.1993.

¹¹⁶ Vgl. zum Begriff die Einleitung in Friedrich Lenger, Ansgar Nünning (Hgg.): Medienereignisse der Moderne, Darmstadt 2008.

¹¹⁷ Vgl. die vielstimmigen und stark polarisierten Medienbeiträge: „Unterstützung für Kali-Bergleute“, in: Frankfurter Rundschau, 12.7.1993; „Recht der Kumpel“, in: Junge Welt, 15.7.1993; „Arbeiter vielerorts zu Kampfaktionen bereit“, in: Mitteldeutsche Zeitung; „Hungerstreik in Bischofferode ist Erpressung“, in: Welt am Sonntag, 25.7.1993; „Auch die Ostdeutschen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.7.1993; „Breuel: ‚Schließung des Werks in Bischofferode ist

Im Laufe des Jahres 1993 hatten also schwelende Konflikte um die „Restfälle“, der Halle-Skandal sowie die Bischofferode-Proteste gleichermaßen die Politisierung und Skandalisierung der Treuhandanstalt maßgeblich befeuert – und das, obwohl diese einen Großteil ihres operativen Geschäfts Ende 1992 bereits abgeschlossen hatte. Die kompetitive Dynamik des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes leistete schließlich im Herbst 1993 der Einsetzung eines eigenen Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion Vorschub, der ab Oktober unter dem Vorsitz von Otto Schily exemplarische (Skandal-)Fälle sowie gerade auch das Agieren der Bundesregierung untersuchen sollte.¹¹⁸ Dieser Ausschuss war dabei von einer scharfen parteipolitischen Konfrontation geprägt zwischen Koalitionsvertretern von CDU/CSU und FDP, die die Treuhand und ihre Aktivitäten umfassend zu verteidigen suchten, und Oppositionspolitikern von SPD, Bündnis '90 und PDS, die demgegenüber massive Fehlentscheidungen und Missbrauchsfälle herauszuarbeiten trachteten. Insbesondere die öffentlichen Anhörungen führender Treuhand-Manager wie Birgit Breuel oder des zuständigen Bundesfinanzministers Theo Waigel verschafften den parlamentarischen Untersuchungen zunächst einige öffentliche Aufmerksamkeit.¹¹⁹

Mit der Vorlage eines intern hochumstrittenen und letztlich zweigeteilten Abschlussberichts im August 1994, der die Treuhand jeweils in völlig unterschiedlichem Licht als Erfolgs- beziehungsweise Misserfolgsgeschichte erscheinen ließ, waren die unmittelbaren parlamentarischen Auseinandersetzungen fürs erste beendet.¹²⁰ Den Ausgang der Bundestagswahl

unvermeidlich“, in: Handelsblatt, 3.8.1993; „Hungerstreik schafft keinen einzigen neuen Arbeitsplatz“, in: Freies Wort, 10.8.1993.

¹¹⁸ Siehe hierzu ausführlich: Beschlußempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ n. Art. 44 des GG, Drucksache 12/804, 31.8.1994, vollständig abgedruckt in: Treuhandanstalt: Dokumentation, Bd. 13 u. Bd. 14.

¹¹⁹ Exemplarisch zur zeitgenössischen Medienrezeption: „Unzureichendes Ergebnis' kritisiert“, in: Handelsblatt, 24.6.1994; „Waigel verteidigt die Treuhandanstalt“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.6.1994; „Die Präsidentin im Zeugenstuhl“, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 26.5.1994; „Streit um Treuhand-Erfolgsbilanz“, in: Die Welt, 26.5.1994; „Breuel verteidigt Treuhand“, in: Berliner Zeitung, 26.5.1994; „Eine Präsidentin auf dünnem Eis“, in: Tagesspiegel, 26.5.1994, S. 3; „Wir mußten nun mal Tag und Nacht entscheiden“, in: Frankfurter Rundschau, 27.5.1994.

¹²⁰ Zu den parteipolitischen Konflikten siehe etwa: „Koalition und SPD streiten um Rolle der Treuhandanstalt“, in: Märkische Oderzeitung, 23.8.1994; „Scharfer Streit um die Treuhand“, in: Tagesspiegel, 23.8.1994; „Treuhand-Ausschußbericht liefert Wahlkampfmunition“, in: Die Welt, 23.8.1994; „Treuhand als Wahlkampfmunition“, in: Süddeutsche Zeitung, 27.8.1994; „Parteienstreit um Treuhand“, in: Die Welt, 29.8.1994; „Parteienstreit bis zum Ende“, in:

im Oktober 1994 konnte dieser parteipolitische Deutungsstreit um die Treuhand am Ende ihres Bestehens jedoch nicht maßgeblich beeinflussen, zumindest aus Sicht der oppositionellen Parteien: Abermals sah sich die christliberale Bundesregierung, trotz Stimmenverlusten auch in Ostdeutschland, knapp im Amt bestätigt. Die letzten Wochen und Monate der Treuhandanstalt waren schließlich durch eine von relativer Ermüdung und Ernüchterung gekennzeichnete, vorwiegend in der Fachpresse geführte „Bilanz“-Debatte bestimmt, die der umstrittenen Institution tendenziell Erfolge im Misserfolg beziehungsweise ein „erfolgreiches Scheitern“ attestierte.¹²¹ Letztlich waren also ausgerechnet die letzten beiden Jahre der Treuhandanstalt *nach* Abschluss ihres operativen Geschäfts durch scharfe Politisierungen und fortwährende Skandalisierungen geprägt, die das Bild der Organisation mithin auch langfristig weiter mitbestimmen sollten.

2.4 Phase des Vermächtnisstreits: die Jahre nach 1995 bis zur Gegenwart

Zum Zeitpunkt der medial inszenierten „Selbstauflösung“ der Treuhandanstalt am 31. Dezember 1994 waren zentrale Deutungsmuster zwischen den Polen Kritik und Affirmation bereits seit Längerem etabliert und gefestigt. Doch während die unmittelbare Treuhand-Nachfolgebehörde, die dem Bundesfinanzministerium unterstellte *Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS)*, in den sechs Jahren ihres Bestehens so gut wie außerhalb jeglicher öffentlichen Aufmerksamkeit agierte,¹²² blieb die seinerzeit heftig umkämpfte Vorgängerin auch nach ihrem Ende durchaus weiter präsent – vor allem in Ostdeutschland, aber auch in der Medienlandschaft, der Wissenschaft und der Politik. Insgesamt hatte die Intensität der Auseinandersetzungen jedoch bereits ab Mitte der 1990er-Jahre in erheblichem Maße nachgelassen, wobei die bereits zeitgenössisch ausgeprägte Polarität und Gegensätzlichkeit der jeweiligen Deutungsgefüge erhalten geblieben ist.

Frankfurter Rundschau, 6.9.1994; „SPD-Kritik an Treuhand“, in: Lausitzer Rundschau, 6.9.1994; „Unterschiedliche Optik“, in: Leipziger Volkszeitung, 6.9.1994.

¹²¹ Wolfgang Seibel: Strategische Fehler oder erfolgreiches Scheitern? Zur Entwicklungslogik der Treuhandanstalt 1990-1993, in: Politische Vierteljahresschrift 35 (1994), S. 3–39.

¹²² Vgl. an dieser Stelle die ausführliche Abschlussbilanz in: Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben: „Schnell privatisieren“; sonst liegen gerade zur BvS bislang keine wissenschaftlichen Untersuchungen vor.

Die sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschungen verfolgten die Treuhand-Thematik noch bis zum Ende der 1990er-Jahre, bevor auch diese Sonderkonjunktur weitgehend abebbte; die Treuhandanstalt wurde nun meist mit Blick auf ihre langfristigen sozioökonomischen Folgewirkungen in Ostdeutschland behandelt. Im öffentlich-politischen Raum erfolgte die Beschäftigung mit der Treuhand und insbesondere mit ihrem Vermächtnis entlang der bereits bekannten Achsen: Anlässlich runder Jahrestage übten sich Bundesregierung sowie die betreffenden Bundesministerien – mit Ausnahme der rot-grünen Regierungszeit zwischen 1998 und 2005 – in der Affirmation der von der Organisation und ihrem Personal trotz aller Widrigkeiten erzielten Leistungen,¹²³ während sich professionelle Medienvertreter auf nationaler oder regionaler Ebene mit den größeren und kleineren Treuhand-Fällen und Skandalen zu beschäftigen pflegten.¹²⁴ Gerade die Debatte anlässlich des 25-jährigen Jahrestages der Treuhand-Gründung im März 2015 brachte diese polarisierten Positionen, die sich zwischen betonter Anerkennung und vernichtender Kritik bewegten, wieder markant zum Vorschein, als die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke, die Treuhandanstalt ihrerseits öffentlich scharf angriff.¹²⁵

Diese zyklische und schematische Auseinandersetzung mit dem „Vermächtnis“ der Treuhandanstalt wiederholt dabei im Wesentlichen die zentralen Deutungsmuster der zeitgenössischen Debatten. Als bemerkenswerte Ausnahme kann die nach 2011/12 auf europäischer Ebene geführte Kontroverse um die Einrichtung einer Treuhandanstalt für Griechenland zur umfassenden Privatisierung von staatlichen Eigentumswerten gelten: Hierbei empfahlen europäische Spitzenpolitiker, angeführt von Jean-Claude Juncker, eine derartige Lösung als erfolgreiches Transformations-Modell, während diese Vorschläge gerade in Deutschland sogleich einigen Widerspruch auslöste, wie beispielsweise eine ausnehmend kritische Stellungnahme des langjährigen Treuhand-Kritikers Günter Grass. Ein an das deutsche Beispiel angelehntes „Treuhand-Modell“ einer unabhängigen Privatisierungsagentur wurde schließlich im Zuge intensiver

¹²³ Vgl. etwa Deppenheuer/Paqué: Einheit – Eigentum – Effizienz.

¹²⁴ Auch hier exemplarisch: „Ausverkauf der Republik“, in: Süddeutsche Zeitung, 17.5.2010; „Treuhand – Ein Ding der Unmöglichkeit“, in: Handelsblatt, 11.6.2006; „Neue Nachricht vom Planeten des Bösen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.4.2012; „Halb Kaufhaus, halb Schlachthaus“, in: Süddeutsche Zeitung, 25.6.2012.

¹²⁵ Vgl. dazu „Treuhand ‚Symbol eines brutalen Kapitalismus‘“, in: In Südthüringen, 19.2.2015.

Nachverhandlungen zwischen der Euro-Zone und Griechenland im Jahr 2015 umgesetzt.¹²⁶

Für Deutschland selbst ist, wie im zweiten Teil dieser Studie noch zu erörtern sein wird, demgegenüber im medienöffentlichen Raum eine bemerkenswerte Gleichzeitigkeit von weitgehender *De-Thematisierung (West)* und untergründiger *Re-Thematisierung (Ost)* zu konstatieren: Im Westen wird die Treuhandanstalt, wenn überhaupt, generell in den Kontext der zu hohen „Kosten“ der „Einheit“ gestellt oder über das unaufgeklärte beziehungsweise „letzte“ RAF-Attentat auf Detlev Rohwedder thematisiert.¹²⁷ In der ostdeutschen (Teil-)Gesellschaft erscheint sie hingegen, wie im Folgenden ausführlich gezeigt wird, insbesondere unter den Angehörigen der von den Umbrüchen unmittelbar betroffenen mittleren und älteren Generationen, als eine Art untergründiger, permanent präsenter und letztlich ausgesprochen negativ besetzter „Gründungsmythos“ der Zeit nach 1990.¹²⁸

2.5 Zwischenfazit: Phasen und Wandlungsdynamiken

Die Zusammenschau der vier herausgestellten Phasen in der diskursiven Auseinandersetzung mit der Treuhandanstalt ermöglicht nähere Einblicke in die konkrete Formierung, Veränderung und letztlich auch Verfestigung öffentlicher, politischer, wissenschaftlicher wie auch gesellschaftlicher Wahrnehmungen und Deutungen. Nach einer Phase der Etablierung im Umbruchsjahr 1990, als die Treuhand erst allmählich in den Fokus der allgemeinen Aufmerksamkeit rückte, waren die Jahre 1991/92 in erheblichem Maße durch ein verdichtetes wie beschleunigtes Krisenszenario geprägt. Die von der Organisation forcierten Massenprivatisierungen, Entlassungen und Schließungen verhinderten dabei zunächst weitgehend zentral geführte Debatten und regionalisierten auf diese Weise die Auseinandersetzungen zu einer für die Zeitgenossen letztlich unüberschaubaren Vielzahl an gleichzeitig stattfindenden „Einzelfällen“. Daher rückte die Organisation erst nach Abschluss des Privatisierungsgeschäfts 1993/94 in den Fokus intensiver industrie- und strukturpolitischer Kontroversen,

¹²⁶ Vgl. „Juncker fordert Treuhand-Modell für Griechenland“, in: Spiegel-Online, 21.5.2011; „Ein deutsches Ungeheuer als Beispiel für Griechenland?“, in: Tagesspiegel, 15.7.2015.

¹²⁷ Vgl. dazu die literarische Bearbeitung bei Wolfgang Schorlau: Die blaue Liste, Köln 2009.

¹²⁸ Vgl. dazu als konzeptionelle Skizze: Herfried Münkler: Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR, in: APuZ 45 (1998), S. 16-29.

medialer Skandale, spektakulärer Proteste sowie parlamentarischer Untersuchungen; ihre Aktivitäten wurden nunmehr gleichzeitig wieder umfassend politisiert und skandalisiert sowie in den Kontext scharfer identitärer West-Ost-Gegensätze gestellt. Die dabei in den frühen 1990er-Jahren etablierten Deutungsmuster zwischen *Affirmation*, *Kritik* und *Skandal* blieben schließlich, mit sehr markanten Ost-West-Differenzen, auch über das Jahr 1995 hinaus präsent beziehungsweise stabilisierten sich dergestalt auch langfristig im zyklisch ausgetragenen Streit über das historische „Vermächtnis“ der Treuhandanstalt bis in die jüngste Gegenwart hinein.

3. Themen: Kontroversen und Spannungsfelder

In einem dritten Schritt sollen nun wesentliche thematische Grundachsen der diskursiven Auseinandersetzungen um die Treuhandanstalt umrissen werden. Die hier untersuchten Debatten wurden dabei von den bereits vorgestellten Akteursgruppen in den unterschiedlichen Phasen auf mehreren Ebenen unter Bezug auf verschiedene, zentrale Spannungsfelder geführt: Zum einen wurde über die (*historische*) *Verantwortung* für die einschneidenden Krisenerscheinungen in Ostdeutschland gestritten. Stärker gegenwartsbezogen erfolgte demgegenüber die Debatte über die verschiedenen *Zeitachsen* beziehungsweise *Geschwindigkeiten* der wirtschaftlichen Transformationsprozesse. Stets sehr kontrovers diskutiert wurde dabei das regulative *Verhältnis von Staat und Markt* beziehungsweise *Politik und Ökonomie*. Auch die Gesamtarchitektur beziehungsweise Zielkonzeption des nach 1990 eingeschlagenen Transformationspfades im Modus einer schnellen wie vollständigen *Übertragung der bundesdeutschen Institutionenordnung* auf die ehemalige DDR wurde mit Blick auf mögliche *Alternativen und Abweichungen* sehr kontrovers erörtert. Schließlich rückte auch allmählich der bereits angedeutete, stärker geschichtspolitisch grundierte Streit um das *langfristige sozioökonomische sowie soziokulturelle „Vermächtnis“* der Treuhandanstalt in der (ost-)deutschen Wirtschaft und Gesellschaft ins Blickfeld.¹²⁹

3.1 Ursachenzuschreibungen: „DDR-Erbe“ versus Treuhand-Politik

Bereits frühzeitig kam in den treuhandbezogenen Auseinandersetzungen die Frage nach den übergeordneten beziehungsweise vorgelagerten Ursachen und Verantwortlichkeiten für das sich in Ostdeutschland nach 1990 umfassend entfaltende gesellschaftliche Krisenszenario aus Betriebsschließungen, Massenentlassungen, Arbeitslosigkeit und Abwanderungsbewegungen auf. Im Kern ging es dabei stets auch um den hochumstrittenen „Wert“ und den Status des von der Treuhandanstalt übernommenen Bestandes der knapp 380

¹²⁹ Die nachfolgend herausgearbeiteten Spannungsfelder sind dabei methodisch als idealtypische Debatten-Pole zu verstehen und werden exemplarisch anhand diverser Literaturtitel entwickelt. Zu diesem Themenbereich und weiteren Quellen weiterführend vgl. Marcus Böick: Im "Säurebad der Einheit". Die Treuhandanstalt in den medienöffentlichen Debatten der frühen 1990er-Jahre, in: Deutschland Archiv 3 (2010), S. 425-432.

Kombinate beziehungsweise über 8.000 Betriebe: Insbesondere PDS-Politiker sowie auch Vertreter aus dem Lager der Gewerkschaften sowie der (ostdeutschen) Sozialdemokratie verwiesen stets mit Nachdruck auf die „Werthaltigkeit“ des ehemaligen „Volksvermögens“, zumindest in bestimmten Branchen und Betrieben. Sie kritisierten insbesondere dessen umfassenden „Ausverkauf“ an westdeutsche Konzerne für meist sogar „negative“ beziehungsweise symbolische Kaufpreise scharf. Im Grunde durchaus wettbewerbsfähige ostdeutsche Betriebe mit etablierten Produkten und Absatzmärkten etwa in Osteuropa seien nach 1990 in zu hohem Tempo verkauft oder direkt abgewickelt worden, um so mögliche Konkurrenz gezielt auszuschalten. Die Verantwortung für die weitgehende „Deindustrialisierung“ Ostdeutschlands in den frühen 1990er-Jahren sei demnach gerade nicht im belastenden „Erbe“ der Zentralplanwirtschaft, sondern im einseitig „neoliberal“ ausgerichteten und radikal beschleunigten *Management* der Transformationsprozesse durch die Treuhandanstalt und die hinter ihr stehende Bundesregierung im Interesse der westdeutschen Industrie zu suchen.¹³⁰

Diesem Grundmotiv widersprachen insbesondere westdeutsche Ökonomen, Koalitionspolitiker und Treuhand-Manager scharf. Die von der Organisation und ihrem Personal sehr kurzfristig übernommene „Erblast“ der DDR-Zentralverwaltungswirtschaft sei in hohem Maße in ihrer Substanz (Personalüberhang, veraltete Produkte, verschlissene Anlagen, rückständige Technologie, ökologische Belastungen) infolge der langjährigen, umfassend politisierten Misswirtschaft im Dienste des SED-Regimes massiv entwertet gewesen. Erst die nach der Wirtschafts- und Währungsunion erfolgenden, umfassenden Bewertungs- und Privatisierungsbemühungen durch die Treuhand unter offenen, westlichen Markt- und Wettbewerbsbedingungen hätten so den desaströsen Zustand und damit die weitgehende Wertlosigkeit der meisten Betriebe, zumindest in den klassischen Branchen wie der Metall-, Textil-, Chemie- oder Werftindustrie, offen zu Tage treten lassen. Gerade das von der Treuhandanstalt letztlich angehäuften Defizit, das sich grob auf 250 bis 300 Milliarden D-Mark beziffern lässt,¹³¹ gilt hierbei als zentraler Indikator der stark eingeschränkten Werthaltigkeit beziehungsweise Wettbewerbsfähigkeit der vormals volkseigenen Betriebe und Kombinate. Es sei beim Übergang vom Plan

¹³⁰ Dazu vgl. insbesondere die zahlreichen Beiträge in Bahrmann/Links: Am Ziel vorbei.

¹³¹ Das offizielle Zahlenmaterial wurde aufbereitet in der ausführlichen Abschlussbilanz der BVS: Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben: "Schnell privatisieren".

zum Markt in den frühen 1990er-Jahren daher primär darum gegangen, erfahrene, finanzstarke und seriöse westliche Investoren mit entsprechenden Geschäftsmodellen in kurzer Zeit für ein durchaus riskantes Engagement in der ostdeutschen Industrie gewinnen zu können.¹³² Insofern erschienen eben gerade nicht das forcierte *Transformationsmanagement*, sondern die tiefgreifenden *strukturellen Belastungen* aus der DDR-Zentralverwaltungswirtschaft heraus als die Kernursache für das sich eruptiv entfaltende wirtschaftliche und (teil-)gesellschaftliche Krisenszenario nach 1989/90.

3.2 Geschwindigkeiten: „Schocktherapie“ versus „Gradualismus“

Die Dauer beziehungsweise Geschwindigkeit des vollzogenen Übergangs vom Plan zum Markt erscheint als weiterer zentraler Streitpunkt in den Auseinandersetzungen um die Treuhandanstalt und ihre Geschäftspolitik. Vor allem die Bundesregierung und auch die Treuhand-Spitze selbst hatten sich seit Mitte des Jahres 1990 auf eine hohe Geschwindigkeit und damit eine möglichst kurze Dauer der bevorstehenden Übergangsphase festgelegt – was freilich auch mit weitverbreiteten gesamtgesellschaftlichen Erwartungen einer zügigen „Angleichung“ der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West korrespondierte. Bereits durch die im Juli 1990 abrupt und ohne Übergänge vollzogene Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen Bundesrepublik und DDR waren elementare wirtschaftspolitische Fakten und einschneidende Handlungszwänge mit entsprechenden Sogwirkungen geschaffen worden.¹³³ Auch das in der unmittelbaren Folge durch westdeutsche Industrie-Manager etablierte, praktische Treuhand-Modell folgte dieser Logik einer ausgeprägten Beschleunigung der ökonomischen Umbruchsprozesse. Nur eine möglichst zügige „Entstaatlichung“ der ostdeutschen Industrie erschien aus dieser Perspektive die Etablierung einer funktionsfähigen, auf Privateigentum und Wettbewerb basierenden Marktwirtschaft zu gewährleisten und zusätzliche finanzielle Belastungen für den Gesamtstaat mittelfristig zu minimieren.¹³⁴ Jede Verzögerung auf der Zeitachse schien demgegenüber die linken Kritiker eines umfassenden Wirtschaftsumbruchs zu bestärken, ließ (industrie-)politische

¹³² Vgl. Breuel/Burda: Ohne historisches Vorbild; Depenheuer/Paqué: Einheit – Eigentum – Effizienz.

¹³³ Dazu als Überblick: Grosser: Das Wagnis; Rödder: Deutschland einig Vaterland.

¹³⁴ Vgl. die zeitgenössischen ökonomischen Analysen bei Sinn/Sinn: Kaltstart; Siebert: Das Wagnis.

Interventionen wahrscheinlicher werden und hätte schließlich auch die ohnehin anfallenden „Kosten“ weiter steigen lassen. Kurzum: In einer massiven Beschleunigung der Prozesse in Form einer „Schocktherapie“, bestehend aus sofortiger Wirtschafts- und Währungsunion und möglichst vollständigen Privatisierungen, schien in dieser Lesart der Schlüssel zu einem gelingenden und effizienten Wirtschaftsumbau zu liegen.¹³⁵

Dieser Politik einer transformativen Beschleunigung wurde bereits seit ihren Anfängen teils vehement widersprochen.¹³⁶ Es waren dabei einige alternative Ökonomen, aber auch linke Oppositions- und Gewerkschaftsvertreter, die das eingeschlagene Tempo als zu hoch und die hierdurch ausgelösten gesellschaftlichen Reibungsverluste als völlig außer Kontrolle geraten kritisierten. Demgegenüber favorisierten diese Kritiker ein bald als „Gradualismus“ bekannt gewordenes Konzept des postsozialistischen Wirtschaftsumbaus, welches auf eine zeitliche Streckung und somit auch auf eine entsprechende Dämpfung der negativen gesellschaftlichen Umbruchsfolgen (wie insbesondere der Arbeitslosigkeit) orientiert war: Sollte die von der Treuhandanstalt angestrebte, möglichst sofortige Privatisierung von Betrieben nicht möglich sein, sollten diesen Unternehmen durch mittel- und längerfristige Finanzierungs- und Sanierungsmaßnahmen unter staatlicher beziehungsweise Treuhand-Aufsicht neue Zukunftsperspektiven eröffnet werden. Eine gezielte Ausdehnung des Zeithorizonts würde dabei den Betrieben, aber auch den betroffenen Belegschaften beziehungsweise der ostdeutschen Bevölkerung insgesamt eine sukzessive Anpassung an die umfassend gewandelten, marktwirtschaftlichen Verhältnisse erleichtern und damit auch zu besseren Ergebnissen und so auch zu größerer Akzeptanz führen.¹³⁷

¹³⁵ Vgl. Grosser: Das Wagnis; Breuel/Burda: Ohne historisches Vorbild; Fischer u.a.: Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen; Ludewig: Unternehmen Wiedervereinigung; ausgesprochen kritisch zur „Schocktherapie“ hingegen: Ther: Die neue Ordnung.

¹³⁶ Vgl. dazu in der zeitgenössischen Literatur: Hickel/Priewe: Nach dem Fehlstart; Dümcke/Vilmar: Kolonialisierung; Liedtke: Die Treuhand und die zweite Enteignung; Christ/Neubauer: Kolonie im eigenen Land; Köhler: Die große Enteignung.

¹³⁷ Vgl. hierzu programmatisch: Helmut Wiesenthal (Hg.): Einheit als Interessenpolitik. Studien zur sektoralen Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt/Main u.a. 1995.

3.3 Steuerungslogiken: „Staat/Politik“ versus „Markt/Ökonomie“

Eng mit dem Streit über die notwendigen Transformations-Geschwindigkeiten verknüpft war der Grundsatzstreit über das Verhältnis von politischen beziehungsweise staatlichen Interventionen auf der einen sowie marktbezogenen beziehungsweise ökonomischen (Eigen-)Dynamiken auf der anderen Seite. Liberale Politiker und Ökonomen sowie Vertreter von Bundesregierung und Treuhandanstalt verfochten dabei mit erheblichen Nachdruck eine möglichst staats- sowie vermeintlich politikferne Ausgestaltung der „Entstaatlichung“: Nach dieser Logik sollte der Staat gerade im Übergangsprozess vom Plan zum Markt möglichst *keine* dominante Rolle spielen.¹³⁸ Das Mitte 1990 etablierte Treuhand-Modell einer weitreichenden Delegation systemtransformativer Einzelfallentscheidungen an eine möglichst unabhängig unter der Führung von westlichen Managern und Wirtschaftsexperten agierende Privatisierungsagentur war so die institutionelle Konsequenz dieses spezifischen Ansatzes eines möglichst marktorientierten und gleichermaßen staatsfern ausgestalteten Wirtschaftsumbaus.¹³⁹ Dementsprechend verweigerte sich die Treuhand-Spitze fortwährend im öffentlichen Raum gegenüber externen Interventionen aus Politik, Öffentlichkeit und Gesellschaft und lehnte explizit einen entsprechend übergreifenden, volkswirtschaftlichen Gestaltungsauftrag für sich ab. Nur „harte“, in diesem Sinne ökonomisch-betriebswirtschaftlich begründete Kriterien sollten den Ausschlag für die getroffenen Privatisierungs- beziehungsweise Schließungsentscheidungen im Einzelfall geben, nicht aber regionale, sozialpolitische oder gesellschaftliche Opportunitätserwägungen. Eben dies hätte in dieser Lesart lediglich zum dysfunktionalen Erhalt langfristig nicht wettbewerbsfähiger Strukturen geführt, die ihrerseits von staatlichen Subventionen abhängig bleiben würden. Die konsequente „Privatisierung“, so das bekannte, von Treuhand-Präsident Detlev Rohwedder noch Ende März 1991 formulierte Diktum, sei die „wirksamste Form der Sanierung“.¹⁴⁰

¹³⁸ Vgl. weiterführend zum Themenkreis „Vermarktlichung“: Ralf Ahrens; Marcus Böick; Marcel vom Lehn (Hgg.): Zeithistorische Forschungen 3 (2015), Themenheft „Vermarktlichung“.

¹³⁹ Hierzu vertiefend demnächst: Marcus Böick: Eine Behörde als simuliertes Unternehmen. Die Treuhandanstalt in der Unschärferelation zwischen Transformationspolitik, Wirtschaftsumbau und Umbruchgesellschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Heft 1: Ostdeutsche Unternehmen im Transformationsprozess (1935-1995), ersch. 2017.

¹⁴⁰ Siehe prägnant dazu Rohwedders letzten, später als „Vermächtnis“ behandelten Brief an das Treuhand-Personal: Dr. Detlev Rohwedder: An alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Treuhandanstalt, 27. März 1991, in: Treuhandanstalt: Dokumentation, Bd. 1, A72-A75.

Gegen diesen möglichst staatsfern sowie marktbezogen gestalteten Ansatz von Treuhandanstalt und Bundesregierung formierte sich bereits Anfang 1991 erheblicher Widerspruch und Protest. Gegenüber dem Privatisierungsprimat forderten linke Ökonomen, Oppositionsparteien, betroffene Belegschaften sowie weite Teile der ostdeutschen Gesellschaft eine bewusst und aktiv gestaltende Rolle des Staates beim Umbau der bedrohten Industrie ein. Statt einer kurzfristigen, marktorientierten *Privatisierung* sollte vielmehr eine langfristige *Sanierung* der Betriebe im Mittelpunkt des praktischen Wirtschaftsumbaus stehen; die Treuhandanstalt sollte daher durch ein „Aufbau-Ministerium“ beziehungsweise eine staatliche Holdinggesellschaft mit einem entsprechend weitreichenden Gestaltungsauftrag abgelöst werden, was eine stärkere politische Kontrolle sowie öffentliche Diskussion der entsprechenden Entscheidungen ermöglicht hätte.¹⁴¹ Auch die ab 1992/93 geführte wirtschaftspolitische Diskussion um den Erhalt „industrieller Kerne“, bei der sich auch Treuhandanstalt und Bundesregierung zunehmend von ihrer ursprünglichen Linie zu entfernen begannen, war Ausdruck dieser wachsenden politischen wie gesellschaftlichen Forderungen nach staatlichen Eingriffen in den beschleunigten Umbruchsprozess. Durch staatliche Struktur- und Industriepolitik sollte dabei der Übergang der verbleibenden Betriebe von der Plan- zur Marktwirtschaft makroökonomisch in geordnete Bahnen gelenkt werden, damit dieser nicht weitgehend „eigendynamisch“ ablaufenden und mikroökonomisch ausgerichteten Privatisierungsprozessen überlassen bleibe, die letztlich einer weitgehenden „Deindustrialisierung“ Vorschub leisten würden.

3.4 Referenzmodelle: „Übertragung“ versus „Alternativen“

Auch die zentralen Ziel- und Orientierungsgrößen der Systemtransformation blieben durchweg Gegenstand der Diskussion. Noch bis zum März 1990 hatten mögliche (System-)Alternativen beziehungsweise DDR-interne Reformen eine zentrale Rolle gespielt.¹⁴² Nach der Volkskammerwahl büßten diese durch die starke politische Sogwirkung einer schnellen Vereinigungslösung im Modus eines

¹⁴¹ Vgl. etwa in der zeitgenössischen Presselandschaft: „Treuhand-Sektor im Zwielficht“, in: tageszeitung, 18.10.1991; „Treuhand auflösen, Industrieholding gründen“, in: Neues Deutschland, 18.10.1991; „IG Metall fordert Treuhand-Fonds“, in: Die Welt, 23.10.1991; „Kein neues Großkombinat“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.10.1991.

¹⁴² Vgl. dazu im Detail Kemmler: Entstehung der Treuhandanstalt.

Beitritts der DDR beziehungsweise der neuen Bundesländer zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 schlagartig an Bedeutung ein. Auf dem Feld der Wirtschaftspolitik war es die bundesdeutsche „Soziale Marktwirtschaft“, die spätestens mit dem „Angebot“ einer Wirtschafts- und Währungsunion als verbindliche, weil letztlich im Systemwettstreit „überlegene“ Zielgröße erachtet wurde. Die möglichst komplette wie vollständige Übernahme der bundesdeutschen Institutionen, Normen und bald auch in Teilen des entsprechenden Führungs- und Fachpersonals erschien damit Koalitionspolitikern, Ökonomen, Beamten beziehungsweise insbesondere dem Gros der nach 1990 ostwärts aufbrechenden „Transfer-Eliten“ unter den gegebenen Umständen als ein weitgehend „alternativloses“ Unterfangen.¹⁴³ Gerade auch im Treuhand-Kontext erschien der angestrebte, aber in der Praxis der frühen 1990er-Jahre dann deutlich komplizierter zu realisierende „Aufbau“ eines erprobten bundesdeutschen Marktwirtschaftsmodells im Osten als zentrale, unhinterfragte Zielvision – etwa durch die bevorzugte Privatisierung an westdeutsche Investoren oder durch diverse Versuche von Treuhandanstalt und anderen Akteuren, zielgerichtet auch einen ostdeutschen „Mittelstand“ nach westdeutschem Vorbild zu re-etablieren.¹⁴⁴

Dieser 1990 eingeschlagene Weg einer möglichst vollständigen wie zügigen „Übertragung“ des bundesdeutschen Modells wurde schon frühzeitig aufseiten der politischen Linken, aber bald auch in Ostdeutschland massiv kritisiert und zurückgewiesen. Die vollständige „Übertragung“ des westlichen Modells wurde dabei als bloßer „Nachbau“ beziehungsweise sogar als „Anschluss“ vehement attackiert; durchaus gegebene Möglichkeiten einer differenzierten Anpassung oder sogar Reform des (selbst als meist reformbedürftig erachteten) bundesdeutschen Systems seien dabei letztlich außer Acht gelassen worden. Hinter dieser Kritik standen insbesondere die im Laufe der Umbruchsjahre 1989/90 massiv enttäuschten Hoffnungen auf einen alternativen „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der die ökonomischen Vorzüge des einen mit den sozialen „Errungenschaften“ des anderen Systems kombinieren würde. Statt eines sofortigen „Beitritts“ nach Artikel 23 erschien ein gesamtdeutscher Verfassungsprozess nach Artikel 146 damit als die sich anbietende, jedoch nicht

¹⁴³ Dazu insgesamt Friedrich Thießen (Hg.): Die Wessis. Westdeutsche Führungskräfte beim Aufbau Ost, Köln 2009; Breuel/Burda: Ohne historisches Vorbild.

¹⁴⁴ Vgl. hierzu exemplarisch auch den programmatischen Essay von Birgit Breuel: „Grenzenlos überfordert“, in: Die Zeit, 13.11.1992.

realisierte Vereinigungsvariante. Im weiteren Verlauf des praktischen Wirtschaftsumbaus wurden zumindest kleinere Modifikationen beziehungsweise Ausnahmeregelungen am westdeutschen Modell etwa im (arbeits-)rechtlichen Bereich diskutiert, um auf diese Weise besser auf die sich in der krisenhaften Praxis zeigenden Spezifika einer postsozialistischen Systemtransformation eingehen zu können.¹⁴⁵

3.5 Vermächtnisse: „Erfolg“ versus „Scheitern“

Bis in die Gegenwart und auch in absehbarer Zukunft wurde und wird die Rolle der Treuhandanstalt bevorzugt bilanzierend mit Blick auf den „Erfolg“ beziehungsweise „Misserfolg“ des von ihr maßgeblich mitgestalteten ökonomischen Systemumbruchs diskutiert.¹⁴⁶ Auf der einen Seite finden sich ehemalige Protagonisten der Bundesregierung, frühere Treuhand-Manager sowie zahlreiche Ökonomen, die die relativen Erfolge der umstrittenen Organisation mit Nachdruck herausstellen: Unter den gegebenen Umständen – die massive „Erblast“ einer maroden Zentralplanwirtschaft, der hohe Zeit- und Handlungsdruck, der effektive Mangel an praktischen Vorerfahrungen mit einer derartigen Transformationsaufgabe, die sich rasch eintrübenden konjunkturellen Rahmenbedingungen sowie die immensen gesellschaftlichen Erwartungen in Ost und West – erscheinen die letztlich erzielten Resultate aus dieser Perspektive respektabel.¹⁴⁷ Die Aktivitäten der Treuhandanstalt werden so als weitgehend erfolgreich-alternativloses Krisenmanagement unter dem Druck unhintergebar „Sachzwänge“ gedeutet: Hierdurch habe man die ohnehin beim Übergang vom Plan zum Markt nötigen, harten wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Einschnitte in sehr kurzer Zeit auf den Weg gebracht und damit zugleich eine ernsthafte, dauerhafte Krise des politischen und wirtschaftlichen Systems der soeben vereinten Bundesrepublik verhindert. In dieser Lesart wird die Treuhandanstalt dezidiert als „Erfolgsmodell“ der Wirtschaftstransformation

¹⁴⁵ Vgl. dazu etwa die verschiedenen Beiträge zu verfassungsrechtlichen Fragen bei Rainer Hufnagel; Titus Simon (Hgg.): Problemfall deutsche Einheit. Interdisziplinäre Betrachtungen zu gesamtdeutschen Fragestellungen, Wiesbaden 2004.

¹⁴⁶ Dazu nochmals sehr pointiert Seibel: Erfolgreiches Scheitern?

¹⁴⁷ Vgl. hierzu summarisch: Breuel/Burda: Ohne historisches Vorbild; Ludewig: Unternehmen Wiedervereinigung; Schuster: Thüringens Weg; Depenheuer/Paqué: Einheit – Eigentum – Effizienz; Schroeder: Preis der Einheit.

gedeutet, welches zwar unvermeidbare Defizite gehabt und angesichts der zu bearbeitenden Dimensionen notwendigerweise Fehlschläge produziert, aber die grundsätzlich gestellten Aufgaben insgesamt zufriedenstellend gelöst habe.¹⁴⁸

Diametral entgegengesetzt sind hingegen die Perspektiven vor allem aufseiten der politischen Linken, aber auch im medienöffentlichen Raum sowie vor allem in Ostdeutschland selbst. Das „Vermächtnis“ der Treuhandanstalt bestehe in einer nachhaltigen „Deindustrialisierung“ des Ostens, die bis heute die Entstehung einer „selbsttragenden“ Ökonomie verhindere, eine massive Abwanderung gerade jüngerer Ostdeutscher befeure und letztlich zahlreiche Regionen von dauerhaften Sozialtransfers abhängig gemacht habe.¹⁴⁹ Neben den beklagten sozioökonomischen Folgewirkungen des „Treuhand-Regimes“ sind es aber auch dessen massive soziokulturelle Konsequenzen, die dabei angesprochen werden: Die millionenfach in der ostdeutschen Gesellschaft in den frühen 1990er-Jahren gemachten, subjektiven Entwertungs- und Ohnmachtserfahrungen hätten so eine positive Identifikation mit dem neuen politischen beziehungsweise ökonomischen System nachhaltig erschwert. Dies habe nicht nur zur erheblichen Ost-West-Konflikten und der Ausprägung einer partiellen, vor allem von der PDS reklamierten „Ost-Identität“ im Kontext der „Vereinigungskrise“ geführt. Auch langfristig habe die politische Kultur gemäß dieser Lesart in den Gesellschaften der neuen Länder durch die kontinuierliche Erfahrung einer umfassenden Fremdbestimmung (zunächst durch das autoritäre SED-Regime, später durch eine rigorose Treuhand-Politik) dauerhaften Schaden genommen.¹⁵⁰ Es ist dieses Deutungsmuster, das gerade mit Blick auf jüngste Erfolge des Rechtspopulismus beziehungsweise Rechtsextremismus in der ostdeutschen Gesellschaft auch über 25 Jahre nach dem Ende der DDR in der politischen Debatte jüngst erneut an Aktualität gewonnen hat.

¹⁴⁸ Dazu insgesamt bereits zeitgenössisch vgl. Fischer u.a.: Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen; Kemmler: Entstehung der Treuhandanstalt; Grosser: Das Wagnis.

¹⁴⁹ Hierzu an neuerer Literatur: Fink u.a.: Wem gehört der Osten?; Behling: Die Treuhand; Baale: Abbau Ost, Grosser u.a.: Treuhand in Thüringen; Roesler: Treuhandpolitik; Reißig: Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft; Plener: Die Treuhand.

¹⁵⁰ Vgl. hierzu erneut etwa: Bahrmann/Links: Am Ziel vorbei; Liedtke: Die Treuhand und die zweite Enteignung; prinzipiell sehr kritisch: Ther: Die neue Ordnung; sozialwissenschaftlich-analytisch: Schluchter/Quint: Der Vereinigungsschock.

3.6 Zwischenfazit: polarisierte Spannungsfelder

Die in grober Schraffur entworfenen thematischen Spannungsfelder hatten sich bereits zeitgenössisch in den frühen 1990er-Jahren, ja manchmal sogar bereits im Jahr 1990 ausgebildet. Bemerkenswert hieran ist einerseits ihre langfristige *Stabilität* – auch in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen lassen sich die Grundmuster eben dieser Deutungsachsen identifizieren; andererseits sticht insbesondere auch ihre ausgesprochene *Polarität* hervor: Die sich oft diametral gegenüberstehenden Deutungskonfigurationen, die häufig diskursiv miteinander verflochten werden, erscheinen kaum durch differenzierte Zwischenpositionen sinnvoll vermittelbar. Auf der einen Seite muten die Treuhandanstalt und der von ihr verantwortete Wirtschaftsumbau als notwendig beschleunigtes, marktorientiertes und zugleich alternativloses Krisenmanagement zur konsequenten „Abwicklung“ der „Altlasten“ der sozialistischen Planwirtschaft an, welches unter den widrigen Umständen und aller Defizite zum Trotz durchaus als „Erfolg“ zu betrachten ist. Im scharfen Gegensatz hierzu erscheint dieselbe Organisation andererseits als radikalisiert-neoliberales Privatisierungs-Regime, das durch sein rigides, zu kurzfristiges und (markt-)ideologisch motiviertes Vorgehen die industrielle Substanz in Ostdeutschland nachhaltig zerstört und zugunsten westlicher Konzerninteressen „ausverkauft“ habe. Dieses „Scheitern“ der Treuhand habe neben sozioökonomischen auch langfristige soziokulturelle Konsequenzen gezeitigt – insbesondere auch in Form einer dauerhaften Entfremdung von Teilen der ostdeutschen Gesellschaft von der Institutionen- und Werteordnung der Bundesrepublik. Letztlich pflegen beide „Lager“ – argumentativen „Echokammern“ gleich – sorgfältig ihre jeweils eigenen „Wahrheiten“ und Deutungen zur Treuhandanstalt und ihren Aktivitäten; die diskursive Konfrontation zwischen Befürwortern und Kritikern lässt sich als von weitgehender Erstarrung geprägtes Diskursfeld beschreiben.

4. Fazit: Ein „Knotenpunkt“ in der Umbruchsgesellschaft

Im ersten Teil dieser Studie wurden die Resultate einer einführenden *Diskursanalyse* zu den politischen, medienöffentlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zur Treuhandanstalt und zum Wirtschaftsumbau mit Blick auf drei Felder präsentiert. Die Organisation und der von ihr (mit-)gestaltete Wirtschaftsumbau wurden in diesem Zusammenhang als zentraler diskursiver Knoten in (freilich deutlich weitergespannten und hier aus Platzgründen nicht weiter zu behandelnden) Diskursen zur „Inneren Einheit“ perspektiviert und analysiert.¹⁵¹

Erstens sind die grundlegenden **Akteure beziehungsweise Gruppierungen** des Diskurses skizziert worden, die sich an diesen Kontroversen und Debatten beteiligt haben. Auf dem Feld der *Politik* stand insbesondere ein affirmativ orientierter „Block“ aus Bundesregierung, christliberalen Koalitionsparteien sowie Treuhandanstalt den in unterschiedlichem Ausmaß kritisch eingestellten, oppositionellen Kräften aus Sozialdemokratie und Gewerkschaften, Grünen und der PDS unvermittelt gegenüber. Die *Medienlandschaft* war ebenfalls erkennbar nach politischen Grundorientierungen gegliedert, fand aber in der Skandalisierung schließlich einen eigenen, bis in die Gegenwart verbreiteten Betrachtungs- und Bearbeitungsmodus. In der *Wissenschaft* dominierten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eher deskriptive und in ihrem Kern affirmative Deutungsangebote, die auf die politischen und gesellschaftlichen Polarisierungen mit entsprechender Differenzierung reagierten. Eine Analyse der *gesellschaftlichen Auseinandersetzungen*, insbesondere in Ostdeutschland, erscheint an dieser Stelle als auffälliges Forschungsdesiderat, das im zweiten Teil dieser Studie weiterführend zu problematisieren ist.

Zweitens wurden die wesentlichen **Phasen und Konjunkturen** für dieses hochumstrittene „Diskursfeld“ skizziert. Nach einer verzögerten *Etablierung* der neuen Organisation im ohnehin ereignisreichen Umbruchsjahr 1990 waren die Jahre 1991/92 durch den hochverdichteten, *konflikthaften Alltag* des beschleunigten Wirtschaftsumbruchs geprägt, dessen hohe Intensität übergeordnete Reflexionen oder vertiefende Debatten vorerst kaum zuließ. Erst nach dem Ende dieser „heißen Phase“ bestimmten in den Jahren 1993/94, befeuert durch skandalträchtige Enthüllungen in Halle oder spektakuläre Konflikte wie in Bischofferode, deutliche Politisierungen und Skandalisierungen

¹⁵¹ Dazu insg. siehe Kollmorgen: Diskurse der deutschen Einheit.

das öffentlich-politische Ringen um die Treuhandanstalt nachhaltig. Ab dem Jahr 1995, also nach der „Auflösung“ der Organisation, blieben grundlegende Deutungskonflikte einerseits zwar dauerhaft bestehen, andererseits nahm aber deren Intensität letztlich spürbar ab, wobei fortbestehende, markante Ost-West-Unterschiede anzunehmen sind.

Drittens sollten schließlich grundlegende **diskursive Spannungsfelder** auf inhaltlicher Ebene herausgearbeitet werden, um so auch die Polarisierung und Politisierung des Gegenstandes auf der Sachebene herausarbeiten zu können. Hierbei wurden die jeweiligen *Ursachen-* beziehungsweise *Verantwortungszuschreibungen* für die sich vollziehende Transformationskrise thematisiert, die deren Gründe entweder bei den Strukturdefiziten der realsozialistischen Zentralplanwirtschaft oder beim postsozialistischem Transformationsmanagement im Modus der Privatisierung suchten. Auch der Streit über die *zeitliche Ausgestaltung* der Umbauprozesse zwischen Be- und Entschleunigung erschien als zentraler Streitgegenstand. Gleichermaßen diametral wurden die jeweiligen *Regulierungsmechanismen* gedeutet: So wurden einerseits staatliche Interventionen als notwendig erachtet, die andererseits jedoch als unzulässige Einmischungen in marktdynamische Selbstregulierungsprozesse zurückgewiesen wurden. Gleiches gilt für die übergeordneten *Zielvisionen*: Ob eine möglichst vollständige Übernahme des bundesdeutschen Wirtschaftsmodells erfolgen oder aber eine graduelle Anpassung beziehungsweise Modifikation im Kontext der Transformation vorgenommen werden sollte, blieb ebenfalls stark umstritten. Schließlich beschäftigt der generelle Deutungsstreit über „Erfolg“ oder „Scheitern“ von Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau sowie deren langfristige Folgewirkungen Politik, Öffentlichkeit, Wissenschaft und Gesellschaft bis in die Gegenwart hinein.

Abschließend bleibt zum Ende des ersten Teils dieser Studie nochmals die auffällige Zentralität der Treuhandanstalt in den entsprechenden Auseinandersetzungen während der frühen 1990er-Jahren festzuhalten, deren diskursives „Echo“ sich, allerdings in unterschiedlicher Stärke, bis in die Gegenwart erhalten hat. Das auf der Ebene übergeordneter Diskurse herausgearbeitete Bild würde jedoch unbefriedigend einseitig bleiben, sofern dieses nicht an subjektive beziehungsweise kollektive (Erinnerungs-)Praktiken auf gesellschaftlicher Ebene zurückgebunden wird. Diese (letztlich kaum entscheidbare) zwischen „Diskurs“ und „Praxis“ oszillierende „Gretchenfrage“, die kulturwissenschaftlich orientierte Forschungen nun schon seit mehreren

Jahrzehnten umtreibt,¹⁵² ist dabei auch im Zusammenhang dieser Studie eher als Problemgenerator zu verstehen. Kurz: Wie verhalten sich die soeben beschriebenen, abstrakten Diskurse auf der Makroebene zu den konkreten Aneignungen und Praktiken auf Ebene individueller Subjekte aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten? Diese Frage ist Gegenstand des zweiten Teils dieser Untersuchung.

¹⁵² Vgl. aus methodischer Perspektive: Thomas Mergel, Thomas Welskopp (Hgg.): Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997; Ute Daniel: Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt/Main 2001.

Zweiter Teil:

Interview- und Umfragestudie.

Die Treuhand als erinnerungskultureller und biographischer Bezugspunkt

Als zentraler Befund der im ersten Teil durchgeführten *Diskursanalyse* können die verschiedenen Konjunkturen und markanten Polarisierungen der treuhandbezogenen Wahrnehmungen und Deutungen im öffentlichen Raum festgehalten werden. Im zweiten Teil dieser Studie rücken die gegenwärtigen individuellen beziehungsweise gesellschaftlichen Bewertungen der Treuhandanstalt und ihres längerfristigen „Vermächtnisses“ auf verschiedenen Ebenen in den Mittelpunkt der Untersuchung. Zu bestimmen ist dabei, wie sich die zuvor herausgearbeiteten, massenmedialen Diskurslinien zu verschiedenen individuellen Wahrnehmungs- und Deutungsweisen der Treuhandanstalt, des Wirtschaftsumbaus, der allgemeinen Transformationsprozesse sowie des Ost-West-Verhältnisses in Deutschland insgesamt verhalten.

Mithilfe eines kombinierten, qualitativen Interview- sowie quantitativen Befragungsansatzes werden gezielt Grundzüge eines gegenwärtigen Meinungs- und Stimmungsbildes ermittelt und systematisch beschrieben; entsprechende empirische Studien zur Treuhandanstalt und ihrer retrospektiven Wahrnehmung in der erinnerungskulturellen Sphäre fehlen bislang völlig.¹⁵³ Dabei soll es vor allem darum gehen, durch ausführliche Gespräche mit verschiedenen, unmittelbar mit der Treuhand befassten Interviewpartnern („*Experten*“) sowie durch randomisierte Befragungswellen in unterschiedlichen zeitlichen, räumlichen wie sozialen Settings („*Betroffene*“) mögliche Gemeinsamkeiten, aber auch markante Differenzen im gegenwärtigen Meinungsspektrum differenzierend zu bestimmen. Im Mittelpunkt steht damit eine grundlegende Bestandsaufnahme der derzeitigen erinnerungskulturellen Positionierung und Bewertung der Treuhandanstalt im Besonderen sowie der Transformationszeit im Allgemeinen aus einer zeitlichen Distanz von knapp drei Jahrzehnten. Im Folgenden werden zunächst grundlegende *Deutungsmuster der qualitativen Befragungen* (1.) beschrieben, bevor die *Resultate der quantitativen Umfragerhebungen* (2.) im detaillierten Vergleich analysiert werden. Am Ende steht ein knappes Fazit des zweiten Projektteils.

¹⁵³ Vgl. dazu in der sozialwissenschaftlichen Bilanz prägnant Weingarz: *Laboratorium Deutschland?*

1. Qualitative Experteninterviews: Nähe und Distanz zur Treuhand

Seit den 1980er-Jahren hat sich die Methode der „*Oral History*“ in der deutschen Zeitgeschichtsforschung etabliert, auch wenn sie dabei immer wieder methodischen und teilweise auch politischen Vorbehalten gegenüber dem mit diesem Ansatz verbundenen Anspruch einer „Geschichte von unten“ ausgesetzt war. Quellenkritisch betrachtet, streben reflektierte erinnerungsgeschichtliche Befragungen gerade keine simpel gedachte Rekonstruktion vergangener „Tatsachen“ beziehungsweise historischer „Wirklichkeiten“ an, sondern fokussieren die rückblickenden Erzählungen und die hierin in der Gegenwart zum Ausdruck kommenden individuellen Deutungen der Interviewten.¹⁵⁴ Genau an diesem Punkt setzt die vorliegende Studie an: Im Rahmen einer qualitativen Expertenbefragung wurden Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus dem unmittelbaren Umfeld der Treuhandanstalt ausgewählt, kontaktiert und mithilfe teilstandardisierter Interviews sehr ausführlich befragt. Es ging dabei gerade nicht um lebensgeschichtliche Interviews im klassischen Sinne. Vielmehr blieben die Organisation sowie ihre Vor- und Nachgeschichten stets Angelpunkte der geführten Gespräche. Insgesamt wurde eine exemplarische, wenngleich auch nicht im statistischen Sinne repräsentative Abdeckung des gesamten Spektrums von seinerzeit beteiligten *Experten* mit ausgeprägten biographischen Treuhand-Bezügen angestrebt, um so qualitativ typische Perspektiven und individuelle Blickwinkel exemplarisch herauspräparieren zu können.¹⁵⁵

Neben ehemaligen Mitarbeitern der Organisation auf den verschiedenen Hierarchieebenen (Verwaltungsrat, Vorstand, Direktoren/Niederlassungsleiter, Abteilungsleiter, Referenten, Mitarbeiter/innen aus Ost und West) wurden ebenso

¹⁵⁴ An dieser Stelle gilt unser ganz herzlicher Dank unseren zahlreichen Gesprächs- und Interviewpartner/innen, die uns in ganz Deutschland – in Hamburg, Berlin, München, Dresden oder Köln – stets sehr höflich empfangen und geduldig unsere vielfältigen Fragen beantwortet haben. Durch ihre freundliche Bereitschaft, an diesen (nicht immer einfachen) Gesprächen teilzunehmen, haben sie dieses Projekt erst möglich gemacht.

¹⁵⁵ Dazu aus (fach-)historischer Perspektive: Julia Obertreis; Anke Stephan (Hgg.): *Erinnerungen nach der Wende. Oral History und (post)sozialistische Gesellschaften*, Essen 2009; Knud Andresen u.a. (Hgg.): *Es gilt das gesprochene Wort. Oral History und Zeitgeschichte heute*, Göttingen 2015; Christian Ernst; Schwarz, Peter Paul: *Zeitzeugenschaft im Wandel. Entwicklungslinien eines (zeit-)geschichtskulturellen Paradigmas in Kontexten von ‚NS-Vergangenheitsbewältigung‘ und ‚DDR-Aufarbeitung‘*, in: *BIOS: Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History* 50 (2012) 1, S. 25-49; sozialwissenschaftlich vgl. Alexander Bogner, Wolfgang Menz (Hgg.): *Experteninterviews. Theorie, Methoden, Anwendungsfelder*, Wiesbaden 2009.

mehrstündige, explorative Gespräche mit früheren Investoren, Betriebsräten, Geschäftsführern, Politikern, Beamten, Juristen und Wissenschaftlern geführt und ausgewertet. Die insgesamt über 30 teilstandardisiert-leitfadengebundenen Experteninterviews zielten schwerpunktmäßig also auf subjektive Einordnungen des Treuhand-Komplexes in die eigene (Berufs-)Biographie, aber auch in breitere zeithistorische Kontexte ab. Die in diesem Format erinnerte beziehungsweise *erzählte* Treuhand-Praxis sowie das ideelle und auch das materielle „Erbe“ der „Treuhand“ sollten in diesem Zusammenhang durch die Gesprächspartner insbesondere mit Blick auf langfristige politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche wie kulturelle Folgewirkungen retrospektiv besprochen und auch bewertet werden. Den Gesprächsteilnehmern wurde also vor allem ein kommunikativer Raum für rückblickende (Selbst-)Reflexionen aus knapp drei Jahrzehnten Distanz angeboten.¹⁵⁶

Für die analytische Auswertung dieser Gespräche haben wir uns ganz bewusst dazu entschieden, die entsprechenden Resultate in verdichteter und damit zugleich auch gruppenweise anonymisierter sowie typisierter Form zu präsentieren. Diese methodische Entscheidung ergibt sich nicht zuletzt aus dem Gesamtcharakter dieser Untersuchung, die gerade nicht den Weg geht, aus einzelnen Interviews möglicherweise spektakuläre beziehungsweise skandalträchtige O-Töne von mehr oder weniger prominenten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen herauszustellen. Es soll vielmehr darum gehen, über markante *erzählerische Grundmuster* die rückblickenden Wahrnehmungen und Deutungen spezifischer *Gruppen* herauszuarbeiten. Insgesamt ließen sich im Rahmen der geführten Interviewreihe letztlich drei Gruppen relativ deutlich typologisch voneinander unterscheiden, die auch im folgenden Abschnitt nacheinander behandelt werden sollen: Neben einstigen westdeutschen Treuhand-Führungskräften (1.) bilden die ostdeutschen Treuhand-Mitarbeiter/innen (2.) eine eigene Gruppierung in einer ausgeprägten Zwischenposition. Ferner werden die Ergebnisse der Gespräche mit Experten aus verschiedenen Bereichen in den diversen gesellschaftlichen Umfeldern der Treuhandanstalt (3.) präsentiert, bevor ein kurzes Zwischenfazit (4.) diesen Abschnitt beschließt.

¹⁵⁶ Im Folgenden werden die bereits geführten Interviews aus Gründen einer vollständigen Anonymisierung nicht unmittelbar zitiert, sondern Grundmuster exemplarisch herausgehoben. Diese Zeitzeugeninterviews wurden zwischen Herbst 2016 und Sommer 2017 geführt und exemplarisch durch einen älteren Bestand aus den Jahren 2011/12 ergänzt. Hierbei zeigten sich jedoch in der praktischen Interviewführung keinerlei größere inhaltliche Abweichungen.

1.1. Westdeutsche Treuhand-Führungskräfte: „Helden“ der Transformation in einer postheroischen Gesellschaft

Einen ersten Schwerpunkt der qualitativen Befragungen bildeten frühere leitende Mitarbeiter (Vorstände, Direktoren, Abteilungsleiter) der Treuhandanstalt, die meist kurzfristig aus Westdeutschland kommend in die Dienste der neuen Organisation getreten waren. Als grundlegende Tendenz lässt sich gerade in dieser Personengruppe ein entsprechendes Reflexions- und (Selbst-)Rechtfertigungsbedürfnis gegenüber den öffentlichen, politischen beziehungsweise gesellschaftlichen Umfeldern der vormaligen Organisation ausmachen. Sozialhistorisch betrachtet wurde diese neue Führungsriege vor allem ab dem Herbst 1990 unter den Präsidenten Detlev Rohwedder und später unter dessen Nachfolgerin Birgit Breuel in ausgesprochen hoher Geschwindigkeit ganz überwiegend aus älteren westdeutschen Industriemanagern und selbstständigen Unternehmern, aus einigen (allerdings vergleichsweise wenigen) höheren bundesdeutschen Verwaltungsbeamten sowie im weiteren Verlauf aus seinerzeit noch sehr jungen westdeutschen Universitätsabsolventen (zumeist Betriebswirten oder Juristen) für die zügig aufzubauende Organisation rekrutiert.

Obwohl diese vormalige Führungskräfte-riege aus Westdeutschland nach knapp drei Jahrzehnten durchaus differenzierende Bewertungen artikuliert und bestimmte Defizite bei der Praxis offen anspricht, nehmen ihre Vertreter – im Grunde wenig überraschend – überwiegend affirmative Positionen ein, die die Aktivitäten der seinerzeit hochumstrittenen Organisation grundsätzlich rechtfertigen und gegen externe Kritik verteidigen. Als durchgehendes Grundmotiv tritt dabei der nachdrückliche Verweis auf die Alternativlosigkeit des eigenen Handelns und Entscheidens hervor; herausgestellt werden zudem gehäuft die durch die besonders schwierigen Anforderungen und alltäglichen Kontexte beim forcierten Wirtschaftsumbau gestellten *Handlungs- und Sachzwänge* (vor allem mit Blick auf die umfassenden strukturellen Belastungen der Betriebe aus der vormaligen Zentralplanwirtschaft). Zahlreiche Gesprächspartner betonen in diesem Zusammenhang zudem den von ihnen praktizierten, weitgehend ideologiefreien Pragmatismus im exzeptionellen, ungemein herausfordernden Arbeitsalltag im „Osten“.

Methodisch bedenkenswert ist natürlich, dass die durch die Interviews generierten Aussagen natürlich in einer spezifischen, wissenschaftlichen und damit zugleich auch semi-offiziösen Gesprächssituation erzeugt worden sind.

Dennoch erscheint der Befund überzeugend, dass zentrale, bereits während der Treuhand-Zeit zwischen 1990 und 1994 verbreitete und durch die Führung der Organisation artikulierte und gefestigte organisationskulturelle Selbstentwürfe sowie kollektive Identifikationsmuster sich gerade bei den vormaligen Vorständen, Direktoren, Niederlassungs- und Abteilungsleitern langfristig als ausgesprochen stabil erwiesen haben.¹⁵⁷ Die umstrittene Organisation und insbesondere ihre westlichen Führungskräfte hatten sich in zeitgenössischen Selbstbeschreibungen, Kampagnen und Dokumenten bereits sehr umfassend als patriotisch-unternehmerische Avantgarde- und Abenteurergemeinschaft im chaotischen „Osten“ entworfen, die ihre „historisch einmalige“ Mission – den forcierten Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft durch fachlich-betriebswirtschaftlich ausgerichtete Privatisierungen und Abwicklungen – auch gegen massivste äußere Widerstände, Proteste und Vorbehalte möglichst unbeirrt zu Ende führen musste. Dieser korporative Selbstentwurf erweist sich biographisch als ausgesprochen stabil.

Die massiven Konflikte, intensiven Kontroversen und beträchtlichen Krisen der frühen 1990er-Jahre haben dabei merkbare erinnerungskulturelle Spuren in den jeweiligen Retrospektiven hinterlassen. Auf diese Weise erscheint etwas, was man pointiert als ausgeprägte, zum biographischen Selbstschutz bestimmte „Wagenburg“-Mentalität bezeichnen könnte, bei den ehemaligen Führungskräften der „Transformation“ bis in die Gegenwart hinein überaus präsent. Atmosphärisch wird dieses Deutungsmuster in ein chaotisches ostdeutsches „Frontier“-Setting eingebettet. In den rückblickenden Reflexionen hadert gerade diese besonders exponierte Personengruppe merklich mit der anhaltend negativen Bewertung im Osten sowie einer weitgehenden Dethematisierung im Westen der Republik. Dies erscheint im rückschauenden Urteil dieser Experten mithin vor allem auch deshalb gravierend, weil das eigene, individuelle Engagement beim postsozialistischen Wirtschaftsombau von vielen früheren Treuhand-Führungskräften als *ein* beziehungsweise häufig sogar *der* Höhepunkt der eigenen Berufslaufbahn gedeutet und ausführlich beschrieben wird: die professionelle „Krönung“ des eigenen Schaffens beim anspruchsvollen Wirtschaftsombau

¹⁵⁷ Vgl. insbesondere die zeitgenössische wirtschaftspsychologische Pionierstudie von Christiana Weber: Treuhandanstalt - eine Organisationskultur entsteht im Zeitraffer, Wiesbaden 1996 sowie die ethnologische Kurzstudie von Dietmar Rost: Innenansichten der Treuhandanstalt. Ergebnisse einer qualitativen Befragung von Führungskräften, Berlin 1994.

erscheint schwerlich mit scharfen, polarisierten Deutungen im öffentlichen und politischen Raum stimmig in Übereinklang zu bringen.

Es ist diese besondere Konstellation aus intensivem Erleben sowie dem als ausgesprochen negativ empfundenen „Image“ der Organisation, die zahlreiche ehemalige (West-)Manager mittel- und langfristig auch öffentlich beziehungsweise publizistisch aktiv werden ließ und lässt.¹⁵⁸ Zudem ist ein Teil dieser früheren Mitarbeiter/innen in noch immer aktiven Ehemaligen-Vereinigungen wie dem „Treuhand-Alumni-Club“ (TAC) oder einer exklusiveren „Niederlassungsleiterrunde“ organisiert, die bis in die Gegenwart zu regelmäßigen Treffen zusammenkommen und die die entsprechende, zumeist kritische Berichterstattung mit erheblicher Anteilnahme mitverfolgen und diskutieren.¹⁵⁹ Obwohl die konkrete Beschäftigungszeit bei der Treuhand oftmals nur wenige Jahre umfasste, erscheint diese bei vielen früheren Mitarbeitern damit als berufsbiographische Schlüsseletappe.

Die fortgesetzte Kritik und das auch langfristig negative, meist skandalträchtige „Image“ befördern letztlich ein biographisches Problem, das die Betroffenen gerade auch im Ruhestand intensiv beschäftigt, da Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit den ehemaligen Führungskräften aus ihrer Sicht bislang jegliche Anerkennung für den physisch wie psychisch herausfordernden „Ost-Einsatz“ weitgehend verweigert haben. Insbesondere das vergleichsweise zurückgenommene öffentliche Gedenken an den in Diensten der Treuhandanstalt ermordeten Präsidenten Rohwedder erscheint zahlreichen Ehemaligen als symptomatisch für eine staatlicherseits weitgehend ausbleibende Anerkennung der erworbenen Verdienste. Insgesamt entwerfen sich zahlreiche Mitarbeiter/innen somit auch langfristig als vergessene „Prügelknaben“ oder gar „Märtyrer“ der „Einheit“, die sich an vorderster „Frontlinie“ für das Wohl der soeben wiedervereinten Nation beziehungsweise der bundesdeutschen Politik und Wirtschaftsordnung persönlich eingesetzt und aufgerieben haben, ohne dafür eine entsprechende symbolische Anerkennung erhalten zu haben.

Das skizzierte Grundmotiv einer resignativ-affirmativen Rückschau prägt letztlich auch die in den geführten Gesprächen besprochenen inhaltlichen Reflexionen. Neben den außergewöhnlich-exotischen, im Treuhand-Kontext gesammelten individuellen Umbruchserfahrungen werden die seinerzeit

¹⁵⁸ Exemplarisch: Koch: Der Manager; Schwarzer: Inside Ost; Klamroth: Eine Chronik.

¹⁵⁹ Vgl. dazu der TAC-Internetauftritt: <http://www.treuhandanstalt.com/> [letzter Aufruf 15.7.2017].

geführten wirtschaftspolitischen Debatten in der Regel als meist symbolpolitische Einmischungs- oder wahltaktisch motivierte Interventionsversuche gedeutet und als kaum praktikabel oder kostspielig zurückgewiesen. Die industriepolitischen Kontroversen um eine „Sanierung“ oder „Privatisierung“ von bestimmten Betrieben werden als theoretische beziehungsweise praxisferne Scheinkonflikte in der bundes- und landespolitischen oder ökonomischen Sphäre bewertet. Die (volks-)wirtschaftlichen beziehungsweise „harten“ Langzeitergebnisse des in den neuen Bundesländern und (Ost-)Berlin praktizierten Wirtschaftsumbaus werden insgesamt in aller Regel positiv bewertet; die Treuhandanstalt habe unter den gegebenen, sehr schwierigen Ausgangsbedingungen einer weitgehend maroden Zentralplanwirtschaft *nach* der bereits im Juni 1990 vollzogenen, „schockartigen“ Wirtschafts- und Währungsunion sowie dem abrupten Einbrechen der Binnen- und dem völligen Zusammenbruch der früheren Ostmärkte letztlich unter großem Erwartungs- und Handlungsdruck in Ost und West am Ende das betriebswirtschaftlich Mögliche sowie ordnungspolitisch Vertretbare erreicht.

Die gesellschaftlich-kulturellen beziehungsweise „weichen“ Konsequenzen der eigenen Treuhand-Aktivitäten, hierbei insbesondere anhaltende Friktionen zwischen Ost und West, werden ebenso angesprochen und bisweilen auch (selbst-)kritisch diskutiert. Der latente Unmut und die tiefsitzenden Frustrationen zahlreicher Ostdeutscher, vor allem der direkt von den Entlassungen und Schließungen Betroffenen, wird dabei durchaus verstanden und als im Einzelfall gerechtfertigt anerkannt. Einer erneuten (partei-)politischen oder erinnerungskulturellen „Politisierung“ dieser damaligen Konfliktlagen zulasten der Treuhandanstalt, insbesondere durch die politische Linke oder Gewerkschaften, wird hingegen vehement widersprochen. Oftmals werden in diesem Zusammenhang mitunter auch selbstkritische Perspektiven auf das zu wenig „erklärende“, kompromisslose Vorgehen der eigenen Organisation artikuliert, die angesichts des massiven Handlungs- und Entscheidungsdrucks letztlich viel zu wenig Zeit für erklärende Dialoge mit den jeweils Betroffenen gehabt habe.

In der bilanzierenden Zusammenschau komme der zuvor heftig attackierten Organisation jedoch letztlich auch das historische Verdienst zu, dass sie auf diese Weise das immense gesellschaftliche Unruhe- und Frustrationspotenzial nach 1989/90 weitgehend erfolgreich „absorbiert“ habe. Noch immer dominiert letztlich eine defensiv-affirmative, ja fast martyrologische Deutungskonfiguration der Treuhandanstalt als einem heroisch-patriotisch formierten „Schutzschild“ für

das ostwärts übertragene politische, ökonomische und gesellschaftliche System der Bundesrepublik. Die schon nach 1991/92 durchaus verbreitete Vorstellung der Organisation als einem „Blitzableiter“, welche der Verwaltungswissenschaftler und Treuhand-Forscher Wolfgang Seibel argumentativ in den Mittelpunkt seiner umfassenden Forschungen gerückt hat,¹⁶⁰ markiert damit auch einen zentralen Selbstbeschreibungsmodus für die einstigen Treuhand-Führungsmitarbeiter/innen: Der gerade von diesen, in aller Regel liberalen und konservativen Milieus entstammenden Experten motivational mobilisierte Patriotismus und im eigenen Erleben und Arbeiten gezeigte, persönliche Heroismus beim „Ost-Einsatz“ findet in deren Lesart unter den gegenwärtigen Bedingungen einer weitgehend postpatriotischen und postheroischen Gesellschaft in Deutschland bestenfalls verhaltenen Wiederhall.¹⁶¹

1.2. Ostdeutsche Treuhand-Mitarbeiter: prekäre Verarbeitungsstrategien

Die artikulierten Deutungsmuster verschieben sich in den Gesprächen merklich, wenn man den Blick vom westdeutschen Führungs- auf das ganz überwiegend ostdeutsche Stammpersonal der Treuhandanstalt richtet. Auch nach den umfassenden West-Rekrutierungen ab dem Herbst 1990 hatte das Treuhand-Personal gerade auf den unteren und mittleren Hierarchiestufen (Referenten, Sachbearbeiter, Sekretärinnen, Hilfskräfte) einen ostdeutschen beziehungsweise DDR-Hintergrund. Die meisten dieser ostdeutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren unmittelbar nach 1990 aus den ehemaligen zentralen oder regionalen Plankommissionen, den aufgelösten DDR-Branchenministerien sowie aus den Kombinat- oder Betrieben zur Treuhandanstalt übergewechselt, um nicht zuletzt einer auch ihnen akut drohenden Arbeitslosigkeit zu entgehen. Während die westdeutschen Mitarbeiter ab Ende 1990 die strategischen wie operativen Führungsfunktionen bekleideten und entsprechende Entscheidungen trafen, brachte das ostdeutsche Personal, das aus den früheren Ministerien und Kommissionen kam, das regionale und lokale „Know-how“ sowie ihre Branchenbezogene Expertise in die dicht gedrängten Arbeits- und Entscheidungsprozesse

¹⁶⁰ Vgl. an dieser Stelle nochmals Maaßen/Seibel: *Verwaltete Illusionen*.

¹⁶¹ Vgl. hierzu insbesondere: Martin Sabrow: *Die postheroische Gedächtnisgesellschaft. Bauformen des historischen Erzählens in der Gegenwart*, in: François, Etienne (Hg.): *Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich*, Göttingen 2013, S. 311-322.

mit ein und ermöglichte auf diese Weise das alltägliche Funktionieren der Organisation.

Insbesondere diese ostdeutschen Mitarbeiter/innen sahen sich bereits zeitgenössisch in einer schwierigen Mittelposition zwischen Treuhandanstalt auf der einen und der ostdeutschen Umbruchsgesellschaft auf der anderen Seite, die auch die gegenwärtigen Rückblicke deutlich bestimmt. So waren diese ehemaligen „Kader“ in der (westlichen) Öffentlichkeit mit erheblichen politischen Verdächtigungen und Vorbehalten bezüglich ihrer SED- oder möglichen Stasi-Vergangenheit konfrontiert.¹⁶² Darüber hinaus führten die intensiven politischen, öffentlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Treuhand-Privatisierungs- und Abwicklungsaktivitäten gerade bei diesem Mitarbeiterkreis tendenziell zu einer empfindlichen Isolation in langfristig bestehenden Freundes- und Familienkreisen, in denen manche sich als regelrechte „Kollaborateure“ gebrandmarkt sahen. Neben dem schwierigen Umgang mit der eigenen DDR- und oft auch SED-Vergangenheit beziehungsweise der individuellen Umwidmung der eigenen Biographie vom oft langjährigen und dabei ideologisch gefestigten Planwirtschaftskader zum marktwirtschaftlich orientierten Treuhand-Mitarbeiter bildete die anhaltende Kritik aus Sicht dieser Gruppe das beständige, persönlich überaus belastende Hintergrundrauschen ihres eigenen Engagements beim postsozialistischen Wirtschaftsumbau. Diese spezifische biographische „Mehrfachbelastung“ aus latent problematischer DDR-Vergangenheit, ausgesprochen konflikthafter Treuhand-Gegenwart und schließlich ungewisser Zukunft nach dem Ende der Organisation wird in den geführten Gesprächen der ostdeutschen Mitarbeiter dementsprechend ausführlich thematisiert.¹⁶³

Während frühere westdeutsche Führungskräfte in den Interviews einen affirmativ-defensiven Rückblick entwerfen, tun sich ihre ostdeutschen Kollegen hiermit folglich deutlich schwerer. So werden die intensiven Interaktionen

¹⁶² Vgl. zeitgenössisch: „Bekannte Gesichter“, in: Wirtschafts-Woche, 31.8.1990; „Die Herrschaft der alten Kader“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.10.1990; „Treuhand überprüft SED-Bonzen“, in: Die Welt, 21.12.1992; „Vorwürfe gegen Treuhand-Angestellte“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.7.1992; „Überprüfung der Treuhand-Mitarbeiter“, in: Neue Zeit, 15.3.1991; „Vom jähen Ende mancher Traum-Karriere“, in: Frankfurter Rundschau, 26.6.1992; „Seilschaften in der Treuhand sorgen für Verstimmung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.10.1992; „Der Kader danach“, in: manager magazin, Mai 1994.

¹⁶³ Die beiden Extrempole „ostdeutscher“ Treuhand-Erinnerungen repräsentieren dabei Münzberg, Zu treuen Händen; sowie Leknisch, Lebenslügen; vgl. dazu auch insgesamt Christiane Lahusen: Zukunft am Ende. Autobiographische Sinnstiftungen von DDR-Geisteswissenschaftlern nach 1989, Bielefeld 2014.

zwischen Ost- und Westdeutschen *innerhalb* der Treuhandanstalt sehr ausführlich und bisweilen merklich kritischer thematisiert, auch wenn diese Urteile zumeist erheblich von der jeweiligen persönlichen Konstellation geprägt sind. Entgegen des organisationskulturell kommunizierten und gepflegten Selbstbildes, wonach die Treuhandanstalt die anfänglich bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West in der alltäglichen Zusammenarbeit „am Arbeitsplatz“ zügig überwunden habe, werden insbesondere in der Rückschau von den ostdeutschen Mitarbeitern zum Teil ausgeprägte Ost-West-Gegensätze und hier gerade auch generationelle Konflikte zwischen älteren Ostdeutschen und jüngeren westdeutschen Vorgesetzten („Yuppies“) beschrieben. Insbesondere das hierarchiebedingte Machtgefälle zwischen Ost und West wird dabei umfassend thematisiert, in dem die westdeutschen Führungskräfte als auch finanziell erheblich besser gestellte „Entscheider“ und die ostdeutschen Mitarbeiter hingegen als von möglicher anschließender Arbeitslosigkeit bedrohte „Zulieferer“ aufgetreten seien, ohne allerdings maßgeblichen Einfluss auf die operative Geschäftspraxis ausüben zu können. Allerdings wird dieses Urteil dadurch relativiert, dass zahlreiche Ostmitarbeiter ihre eigene Überforderung und Lernbedürftigkeit in puncto Marktwirtschaft durchaus einräumen; zur Übernahme von entsprechenden Führungsaufgaben sahen sie sich selbst meist noch nicht geeignet.¹⁶⁴

Die von der Treuhandanstalt vor allem in den frühen Jahren 1991 und 1992 verfolgten, erheblich beschleunigten Privatisierungen und Abwicklungen im Massenverfahren werden von den Ost-Mitarbeitern dann auch deutlich zurückhaltender bewertet als von ihren früheren westdeutschen Kollegen oder Vorgesetzten. Während letztere die zügige Privatisierung und Abwicklung von Betrieben auch mit drei Jahrzehnten Abstand in aller Regel als „alternativlos“ und betriebswirtschaftlich unabdingbar einschätzen, erscheinen in den Rückblicken zahlreicher ehemaliger Ostmitarbeiter zeitlich gestreckte Sanierungsbemühungen als wünschenswerte, jedoch aus (ordnungs-)politischen Gründen letztlich kaum realisierte Handlungsoptionen oder Alternativen. Diese seien von der Treuhand-Führung erst sehr spät, relativ begrenzt und schließlich als unmittelbare Reaktion auf den wachsenden politischen und öffentlichen Außendruck hin erst ab 1992 unternommen worden. Neben diesen industrie- und

¹⁶⁴ Vertiefend hierzu: Marcus Böick: Altkader, Knowhow-Träger, Verräter? Das ostdeutsche Personal der Treuhandanstalt zwischen umstrittener Vergangenheit, umkämpfter Gegenwart und ungewisser Zukunft, in: Gerbergasse 18 (2017), S. 23-27.

strukturpolitischen Präferenzen wird auch die langfristige wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland merklich skeptischer beurteilt. Es sind vor allem die sozialpolitischen Konsequenzen von „Abwicklungen“ und Massenentlassungen, die durch die entsprechende persönliche Nähe eindringlicher artikuliert werden. Gleiches gilt für die gesellschaftlichen wie auch kulturellen Langzeitwirkungen der Treuhand-Aktivitäten, deren Ausmaß gerade die ostdeutschen Mitarbeiter/innen aus persönlichem Erleben besonders hervorheben. Die im Binnenraum der Treuhandanstalt mitunter erlebten Ost-West-Differenzen werden dabei auch auf langfristig fortbestehende gesellschaftliche wie kulturelle Gegensätze zwischen Ost und West rückbezogen.

Insgesamt sind für die hier interviewten ostdeutschen Mitarbeiter eher prekäre biographische Verarbeitungsstrategien in der gegenwärtigen Rückschau charakteristisch, die das persönliche Engagement teils rechtfertigen und erklären, teils (selbst-)kritisch hinterfragen und bisweilen auch offen grundsätzlich problematisieren. Die intensiven Umbruchserfahrungen nach 1989/90 beziehungsweise die individuelle Erfahrung der ausgeprägten Konflikte um die Organisation sowie die scharfen Ost-West-Gegensätze in den frühen 1990er-Jahren erscheinen damit größtenteils als biographisch zu verarbeitende „Mehrfachbelastung“ in einer prekären Zwischenposition zwischen Ost und West beziehungsweise Plan und Markt. Die von ihren westdeutschen Kollegen artikulierten Wünsche nach einer retrospektiven Anerkennung des eigenen, außergewöhnlichen Engagements finden demnach bei den Ostdeutschen in dieser Form keine erkennbare Entsprechung; hier erscheinen eher gebrochene Verarbeitungs- und Bewältigungsstrategien dieser Umbruchszeit als der langfristig dominante Reflexions- und Wahrnehmungsmodus.

1.3. Experten im Umfeld der Treuhand: differenzierende Distanzierungen

Schließlich wurden auch andere, unmittelbar mit der Treuhandanstalt und ihren Aktivitäten befasste Experten exemplarisch im Rahmen dieser Studie befragt, um so zumindest perspektivisch auch weitere Meinungsbilder unter den damaligen Akteuren aus einer „nahen“ Außenperspektive zu erfassen. In diesem sehr heterogenen Personenensemble hängen die individuellen Bewertungen und Beurteilungen der Treuhandanstalt und ihrer Aktivitäten naturgemäß ausgesprochen stark von den jeweiligen professionell-biographischen

Blickwinkeln auf das damalige Geschehen ab. Die Deutungen und Wahrnehmungen dieser Experten, die als (zumeist aus der alten Bundesrepublik stammende) Investoren, Berater, Politiker, Beamte, Juristen und Gewerkschaftsvertreter sowie als (in aller Regel ostdeutsche) Geschäftsführer und Betriebsräte als zentrale Interaktionspartner der Treuhandanstalt beim alltäglichen Wirtschaftsumbau agierten, bilden bislang ein eklatantes Desiderat der Treuhand-Forschungen.¹⁶⁵

Unter den mit der Organisation unmittelbar befassten **Politikern und Beamten** finden sich begreiflicherweise die charakteristischen, bereits in der Diskursanalyse des ersten Teils herausgearbeiteten politischen Polarisierungen und einschlägigen Fragmentierungen in den jeweiligen parteipolitischen Lagern wieder. Einerseits rechtfertigen also ehemalige Angehörige von Bundes- und Landesregierungen, Mitglieder der christlich-liberalen Koalitionsfraktionen sowie zuständige Bonner Ministerialbeamte die von der Treuhandanstalt forcierte Praxis des Wirtschaftsumbaus als weitgehend „alternativlos“ und betrachten diese von ihren Resultaten her durchaus als gelungen. Andererseits bewerten vormalige, vor allem ostdeutsche Oppositionspolitiker aus Sozialdemokratie, Grünen oder PDS diese kritisch und verweisen auf endemische Kriminalität und entsprechende Skandalfälle, volkswirtschaftliche Fehlentwicklungen („Deindustrialisierung“) sowie langfristige gesellschaftliche Folgewirkungen (vor allem Massenarbeitslosigkeit und Abwanderung) in Ostdeutschland. Dementsprechend kontrovers wird auch die übergeordnete Rolle der Treuhandanstalt im gesamten „Vereinigungsprozess“ gedeutet. So beziehen einstige Regierungsvertreter die postsozialistischen Umbrüche und Konflikte primär auf eine schwierige, aber letztlich im Ganzen letztlich doch geglückte „Bewältigung“ der „maroden“ Hinterlassenschaften von SED-Regime und sozialistischer Zentralplanwirtschaft. Demgegenüber erkennen politisch linksorientierte Oppositionelle im „marktideologisch“ beziehungsweise „neoliberal“ gesteuerten (Miss-)Management des Wirtschaftsumbaus zugunsten westdeutscher oder auch kapitalistischer „Konzerninteressen“ den entscheidenden Impuls für die massiven gesellschaftlichen Transformationskrisen der frühen 1990er-Jahre.

In der Sphäre der im engeren Sinne **wirtschaftlich-unternehmerisch aktiven Experten** erfährt die Treuhandanstalt demgegenüber eine distanziert-differenzierte Beurteilung in ausgeprägter Abhängigkeit von den jeweiligen

¹⁶⁵ Dazu exemplarisch mit verschiedenen Typen: Thießen: Die Wessis.

Einzelfallkonstellationen. Ehemalige, in aller Regel westdeutsche Investoren oder in den Osten gegangene Geschäftsführer oder Berater artikulieren rückschauend zwar mitunter Kritik bezüglich der von der Treuhandanstalt bevorzugt angewandten Ausschreibungs- und Verhandlungspraktiken, die bisweilen als „chaotisch“, „bürokratisch“ oder „intransparent“ empfunden wurden. Gerade einstmals unterlegene oder nichtberücksichtigte Kaufinteressenten machen diesbezüglich auch erhebliche Vorbehalte und Vorwürfe geltend. Ähnliches dürfte gerade auch für diejenigen Experten gelten, deren von der Treuhandanstalt übernommenes Investitionsziel am Ende wirtschaftlich gescheitert ist.

Auf der Sachebene werden dem Treuhand-Personal jedoch in aller Regel entsprechende Fachkompetenzen, ein umfassendes Engagement für die betreuten Betriebe sowie ein angemessener, gestalterischer Pragmatismus im schwierigen Alltag bescheinigt. Selbstredend variieren diese subjektiv artikulierten Meinungsbilder in starker Abhängigkeit von den jeweiligen Branchen, Regionen oder Betrieben. Insgesamt wird die (betriebs-)wirtschaftliche Leistung der Organisation tendenziell, wie auch in der ökonomischen Forschung,¹⁶⁶ letztlich differenziert positiv bewertet. Auch die Experten dieser sehr heterogenen Gruppe heben die immens angespannte Ausgangslage in den vormals volkseigenen Betrieben nach der abrupten Wirtschafts- und Währungsunion, die schwierigen Rahmenbedingungen nach dem Kollaps des RGW-Raums nach 1991/92 sowie eine 1992 weltweit einsetzende Rezession als erschwerende Faktoren hervor.

Auch die juristische und kriminologische Beurteilung durch im Osten aktive **Juristen und Strafverfolger** der Vorgänge fällt differenziert aus. In Anbetracht aufsehenerregender Skandalfälle, die die Treuhandanstalt vor allem in den Jahren 1992/93 erschütterten und ihr medienöffentliches Bild bis in die Gegenwart nachhaltig prägen, sowie einer generellen kriminogenen Grundtendenz in historischen Umbruchszeiten wird von Vertretern dieser Expertengruppe die treuhandbezogene Wirtschafts- und „Vereinigungskriminalität“ tendenziell als nicht besonders außergewöhnlich charakterisiert. Eine solche Deutung erfolgt gerade auch im kontrastierenden Vergleich zu anderen, deutlich stärker korruptiv verlaufenden Szenarien des Wirtschaftsumbaus im postsozialistischen Mitteleuropa, insbesondere im Bereich der Ende 1991 aufgelösten Sowjetunion, wo oligarchische Strukturen

¹⁶⁶ Vgl. Depenheuer/Paqué: Einheit – Eigentum – Effizienz; Breuel/Burda: Ohne historisches Vorbild.; sowie Sinn/Sinn: Kaltstart.

unter Begünstigung von Angehörigen der alten, kommunistischen Funktionseliten entstanden seien. Den 1990 grassierenden Ängsten vor einer massiven Selbstbereicherung vormaliger Funktionäre und ihrer „Altkaderseilschaften“ habe gerade auch die Treuhandanstalt einen Riegel vorgeschoben, auch wenn sich in spezifischen Konstellationen entsprechend kriminelle Konfigurationen aus Ost- und Westdeutschen ergeben hätten.¹⁶⁷

Kritischer, aber letztlich auch stark fallbezogen wird die Treuhandanstalt demgegenüber von ehemaligen, zumeist aus Westdeutschland stammenden **Gewerkschaftlern** beurteilt. Häufig finden sich in dieser Gruppe die aufseiten des politisch linksstehenden Meinungsspektrums artikulierten, im Grundtenor negativen Urteile eines kompromisslosen „Ausverkaufs“ von ostdeutschen Betrieben zugunsten westdeutscher Konzerninteressenten zur umfassenden Konkurrenzvermeidung. Gerade die führenden Treuhand-Mitarbeiter, zumeist selbst langjährige Industriemanager und Unternehmen, gelten hier meist weniger als Vertreter der ostdeutschen Belegschafts-, sondern der westlichen Kapitalinteressen. Insbesondere die von der Treuhandanstalt ab dem Januar 1991 veranlassten Massenentlassungen und Schließungen werden scharf und zumindest in ihrem Ausmaß als vermeidbar oder (markt-)ideologisch motiviert attackiert. Je nach spezifischer Konstellation wird aber auch die pragmatische Kooperation mit seinerzeit zuständigen Treuhand-Vertretern beschrieben, mit denen man „hinter den Kulissen“ im Einzelfall vergleichsweise konstruktiv habe zusammenarbeiten können. Gerade westdeutsche Gewerkschaftsvertreter beschreiben so insgesamt retrospektiv eine charakteristische Doppelrolle als öffentlicher Konfliktgegner und diskreter Kooperationspartner.

Merklich kritischer fallen demgegenüber die individuellen Rückblicke von ostdeutschen **Betriebsräten oder Aktivisten** aus. Insbesondere gilt dies für Stimmen aus dem Umfeld einer 1991/92 ins Leben gerufenen Betriebsrätebewegung „von unten“, die sich nicht nur scharf von der Treuhandanstalt, sondern auch von den etablierten Gewerkschaften abgrenzte und konkrete Protest- und Widerstandsaktionen in den betroffenen Betrieben zu

¹⁶⁷ Dazu aus kriminologischer Perspektive: Klaus Boers u.a. (Hgg.): Wirtschaftskriminalität und die Privatisierung der DDR-Betriebe, Baden-Baden 2010; Kari-Maria Karliczek: Strukturelle Bedingungen von Wirtschaftskriminalität. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Privatisierungen ausgewählter Betriebe der ehemaligen DDR, Münster 2007; Ingo Techmeier: Das Verhältnis von Kriminalität und Ökonomie. Eine empirische Studie am Beispiel der Privatisierung ehemaliger DDR-Betriebe, Wiesbaden 2012.

initiieren versuchte. Meist blieb dabei auch das Verhältnis zur politischen Hauptgegenspielerin der Treuhandanstalt, der PDS, unbestimmt, die gerade auch bei früheren Aktivisten aus ostdeutschen Oppositions- und Dissidentenkreisen mitunter auf Vorbehalte stieß. Erst jüngst, im Juni 2017, hatten sich frühere Protagonisten aus diesem Spektrum zu einer Konferenz in Berlin versammelt, um die einstigen Widerstands- und Protestaktivitäten nochmals hervorzuheben.¹⁶⁸ Diese heterogene Gruppe von früheren Betriebsräten und Arbeitnehmervertretern begreift sich, gerade auch rückschauend, als entschiedenes Widerlager gegen eine von der Organisation ausgeführte, überwältigende und als radikal „neoliberal“ kritisierte Interessenpolitik westlich-kapitalistischer Konzerne zuungunsten ostdeutscher Betriebe und Belegschaften – auch wenn die einstigen Protestaktionen letztlich zu keiner grundlegenden Korrektur beim Wirtschaftsumbau geführt hätten. Allerdings wird von entsprechenden Protagonisten mit Blick auf die eigenen Betriebe durchaus auch die bestehende Notwendigkeit zu einschneidenden Spar- und Entlassungsmaßnahmen eingeräumt.

Eine vorläufige Zusammenschau der retrospektiven, treuhandbezogenen Außenperspektiven durch involvierte beziehungsweise interagierende Expertengruppen ergibt damit letztlich ein erwartbar gemischtes, diffuses wie heterogenes Gesamtbild. Einerseits finden sich also auf übergeordneter Ebene mit Blick auf das „Modell“ beziehungsweise das „Ausnahmeregime“ Treuhandanstalt gerade auch in diesen Gesprächen aus dem allgemeinen Diskurs bekannte polarisierte Perspektiven zwischen defensiver Affirmation und extensiver Kritik. Andererseits dominieren aber bei der konkreten Beurteilung der praktischen Zusammenarbeit differenzierte Deutungen. Mögliche Defizite („Bürokratie“, Ideologisierung, Skandale, Missbrauchsfälle, Fehlschläge) werden benannt, aber oftmals auch auf die außergewöhnlichen Handlungs- und Entscheidungsumstände sowie die widrigen, postsozialistischen Ausgangs- und Kontextbedingungen zurückgeführt. Generell gilt, dass die individuell-subjektive Beurteilung der Treuhandanstalt durch (zumeist westdeutsche) Experten als hochgradig konstellationsabhängige Kombination aus (sachlicher) Differenzierung und (biographischer) Distanzierung charakterisiert werden kann. Besondere autobiographische Reflexions- und Verarbeitungsformen, wie sie insbesondere für

¹⁶⁸ Vgl. jüngst als graue Literatur: Bernd Gehrke (Hg.): Ostwind. Tagung aus Anlass des 25. Jahrestags der 1. Konferenz deutscher und Berliner Betriebsräte und Personalräte, Berlin 2017.

die zuvor untersuchten Treuhand-Mitarbeiter aus West und Ost charakteristisch sind, finden sich hier jedoch nicht. Letztlich bleibt an dieser Stelle nochmals festzuhalten, dass eine weitergehende Analyse der verschiedenen Expertengruppen und ihrer jeweiligen Wahrnehmungen im nahen beziehungsweise weiteren Umfeld der Organisation ein wichtiges Desiderat künftiger Forschungen bleibt. Über die Art und Weise, in welcher Ministerien, Behörden, Landesregierungen, westdeutsche Unternehmen, Interessengruppen und Investoren sowie ostdeutsche Geschäftsführungen und Arbeitnehmervertreter in den konkreten, tausenden Einzelfällen des Wirtschaftsumbaus interagiert haben, sind gegenwärtig noch kaum belastbare Aussagen möglich.

1.4. Zwischenfazit: Experten zwischen Identifikation und Abgrenzung

Die in den qualitativen Befragungen herausgearbeiteten individuellen Deutungen und Bewertungen verweisen letztlich nicht nur auf eine entsprechende Differenzierung zwischen ehemaligen Treuhand-Mitarbeitern und außenstehenden Experten, sondern zugleich auch auf eine Ost-West-Differenz. Westdeutsche Treuhand-Mitarbeiter suchen die eigenen Aktivitäten meist umfassend zu verteidigen und beklagen die mangelnde Anerkennung ihres intensiven Engagements für den „Aufbau Ost“. Ihre ostdeutschen Kollegen erscheinen dagegen reservierter und verorten sich damit in einer prekären Position zwischen internen Loyalitäten und massiver externer Kritik, vor allem innerhalb der ostdeutschen (Teil-)Gesellschaft. Die im unmittelbaren Umfeld der Organisation aktiven Expertengruppen neigen demgegenüber zu meist distanziert-differenzierenden Positionierungen, die durchaus von abstrakter (Treuhand-)Kritik bis hin zu positiven Kooperationserfahrungen in der konkreten, alltäglichen Zusammenarbeit reichen können. Letztlich lassen sich die übergeordneten, zwischen Kritik und Affirmation oszillierenden und stark politisiert-polarisierten Diskurse zwar auch bei den befragten Experten nachweisen (am deutlichsten in der politischen Sphäre). Jedoch ist hier insgesamt ein merkliches Bedürfnis nach einzelfallbezogener Differenzierung mit Blick auf das persönlich unmittelbar Erlebte erkennbar. Dabei gilt: Je „intensiver“ die qualitativ Befragten persönlich in das unmittelbare Alltagsgeschäft des praktischen Wirtschaftsumbaus involviert waren (etwa auf Betriebsebene oder in

bestimmten Branchen und Regionen), desto weniger prägen übergeordnete (wirtschafts-)politische Wahrnehmungsweisen, sondern vielmehr ganz konkret fallbezogene Deutungs- und Interpretationsmuster die rückblickenden Erzählungen. Auf einer abstrakten Ebene erscheint die Treuhandanstalt tendenziell als übergeordnete Gegenspielerin, während in der Beschreibung konkreter Interaktionen zumeist differenzierende Perspektiven artikuliert werden.

2. Quantitative Umfragerhebungen: Rückblicke auf die Treuhand

Die bislang beschriebenen, dezidiert qualitativ ausgerichteten Experteninterviews fangen vor allem die individuellen Deutungen und Bewertungen auf der unmittelbaren Akteurs- beziehungsweise Zeitzeugebene inner- wie auch unmittelbar außerhalb der untersuchten Organisation ein. Auf diese Weise kaum zu erheben sind hingegen übergeordnete kollektive und gesellschaftliche Deutungsmotive im längerfristigen Rückblick auf die Treuhandanstalt und den von ihr gestalteten Wirtschaftsumbau. Zu diesem Themenkreis liegen bislang noch keine empirischen Untersuchungen oder gar quantifizierende Erhebungen vor, da er ein Dasein in einem „toten Winkel“ zwischen Sozial- und Geschichtswissenschaft fristet: Während das Gros der gegenwartsorientierten Sozialwissenschaften das Interesse an der „heißen“ Phase der Transformation nach deren Abklingen spätestens um die Jahrtausendwende verloren hat, beginnt die hiesige Zeitgeschichte dieses Forschungsfeld erst allmählich für sich zu erschließen. Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass die bevorzugt auf die qualitative Analyse schriftlicher sowie mündlicher Überlieferungen (staatliche Akten, Medienerzeugnisse, wissenschaftliche Studien, Oral-History-Interviews) fokussierte Historiographie mit den in den Sozialwissenschaften verbreiteten quantitativen Erhebungsmethoden – zumindest nach dem Ende des Primats der Sozialgeschichte in den 1990er-Jahren – ausgesprochen fremdelt. Jenseits einer sich empirisch verstehenden, meist aber auf pädagogische Vermittlungs- und schulische Bildungsfragen konzentrierten Geschichtsdidaktik erscheinen quantifizierende Datenerhebungen zu erinnerungskulturellen Phänomenen daher durchaus als Mangelware.¹⁶⁹

In diese empirisch-perspektivische „Lücke“ zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaften will die vorliegende Studie ein Stück weit explorativ vordringen und den bislang kaum auf entsprechender Grundlage erforschten erinnerungskulturellen individuellen Erinnerungspraktiken und Deutungsperspektiven nachgehen. Für den polarisierten wie politisierten Themenkreis Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau erscheint die zuvor konzedierte „Blindstelle“ durchaus gravierend: Während wir über eine breite Quellen- und Materialbasis auf Ebene politischer, ökonomischer oder

¹⁶⁹ Vgl. hierzu weiterführend Michael Sauer u.a. (Hgg.): *Geschichtslernen in biographischer Perspektive: Nachhaltigkeit - Entwicklung - Generationendifferenz*, Göttingen 2014; Aleida Assmann: *Geschichte im Gedächtnis: Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung*, 2. Aufl., München 2014.

wissenschaftlicher Diskurse und medialer Ver- und Aushandlungen aus einer Außenperspektive verfügen sowie auch qualitative Befragungen der früheren Akteure und Experten entsprechende Einblicke in langfristige individuelle Verarbeitungsstrategien an der Organisationsspitze gewähren, erscheinen erinnerungskulturelle Praktiken innerhalb der (ost-)deutschen Gesellschaft, also „von unten“, noch weitgehend unbekannt. Dieses (weite) Feld der langfristigen Reflexionen der individuellen Transformationserfahrungen war bislang zumeist Gegenstand allgemeiner gehaltener Spekulationen oder blieb exklusiv künstlerisch-literarischen Bearbeitungen überlassen.¹⁷⁰

Um aber gerade auch diese kollektiv-rückblickenden Deutungs- und Wahrnehmungsmuster in das treuhandbezogene Panorama systematisch mit einbeziehen zu können, wurden im Rahmen dieser Studie in mehreren Wellen randomisiert-multivariate sowie regionale und sozial differenzierte Befragungen in zwei verschiedenen Regionen durchgeführt. Diese sind als Zufallsstichproben im mittleren dreistelligen Bereich im methodisch strengen Sinne statistisch nicht repräsentativ, lassen aber gleichwohl durchaus differenzierte Analysen gesellschaftlich präsentierter Stimmungs- und Meinungsbilder in der erinnerungskulturellen Sphäre zu, die mithilfe der parallel geführten Experteninterviews allein nicht zu erfassen wären. Im Folgenden wird zunächst die Erhebung und Struktur der Umfragedaten detailliert beschrieben (1.), bevor deren Ergebnisse im nächsten Schritt mithilfe einiger deskriptiver Analyseverfahren (2.) vorgestellt werden. Ein Zwischenfazit wird die empirischen Kernbefunde dieses Abschnitts schließlich zusammenführen (3.).

2.1. Zu Methodik, Durchführung und Umfang der Befragungen

Insgesamt wurden im Rahmen dieser Studie im ersten Halbjahr 2017 exakt 500 Personen nach dem Zufallsprinzip im öffentlich zugänglichen Raum durch studentische und wissenschaftliche Mitarbeiter/innen der Ruhr-Universität Bochum auf freiwilliger Basis und anonym befragt; ein Viertel davon in einer ostdeutschen Kleinstadt (Eisenach) sowie drei Viertel in einer ostdeutschen

¹⁷⁰ Exemplarisch hierfür vgl. Stefan Heym: Filz. Gedanken über das neueste Deutschland, Gütersloh 1992; Alexander Osang: 89. Helden-Geschichten, Berlin 2002; Volker Braun: Die hellen Haufen. Erzählung, Berlin 2011; Ingo Schulze: Simple Stories. Ein Roman aus der ostdeutschen Provinz, München 1998; Günter Grass: Ein weites Feld, Göttingen 1995; Rolf Hochhuth: Wessis in Weimar. Szenen aus einem besetzten Land, Berlin 1993.

Großstadt (Leipzig). Explorative Testbefragungen in demographisch vergleichbaren westdeutschen Groß- und Kleinstädten haben indes relativ schnell gezeigt, dass diese kaum verwertbare Ergebnisse erbringen würden; Befragungsaufwand und Ertrag schienen dabei in keinem sinnvollen Verhältnis mehr zu stehen. Man könnte aus den im Rahmen dieser Studie in Düsseldorf oder Dortmund durchgeführten Testbefragungen schließen, dass der hier untersuchte Themenkreis letztlich keinerlei Rolle mehr im erinnerungskulturellen Rückblick spielt. Daher konzentrierten sich unsere Befragungen im Rahmen dieser Studie aus pragmatischen Gründen ganz auf entsprechende Zufallserhebungen in Ostdeutschland, wobei dabei aber auch eine letztlich doch erhebliche Zahl an Westdeutschen (158 beziehungsweise 31,6 %) mitbefragt werden konnte.

Die an den Befragungen teilnehmenden Personen wurden nach der einleitenden Erfassung ihrer soziodemographischen Grunddaten (Geschlecht, Alter, Beruf, Herkunft) in einem standardisierten Verfahren systematisch nach einem zuvor entwickelten Leitfaden befragt. Zunächst wurde dabei einleitend die allgemeine (Sach-)Kenntnis zum Gegenstand erfragt („*Kennen Sie die Treuhandanstalt?*“). Wurde dies bejaht, wurden die Teilnehmer/innen auf qualitativer Ebene um die spontane Formulierung begrifflicher Assoziationen oder hiermit verknüpfter „Schlagwörter“ gebeten, um so eine einführende, qualitative Auffächerung semantischer Felder zu ermöglichen. Im nächsten Schritt wurden wiederum sämtliche Befragten um die Bewertung bestimmter Themenblöcke mithilfe eingängiger Schulnoten von „eins“ (sehr gut) bis hin zu „sechs“ (ungenügend) gebeten. Dementsprechend sollten Bewertungen abgegeben werden zur „Arbeit der Treuhandanstalt“ im Besonderen (1) sowie allgemein zu den (langfristigen) Resultaten des „Wirtschaftsumbaus in Ostdeutschland insgesamt“ (2). Anschließend sollten die Auswirkungen der „Wiedervereinigung“ einmal auf persönlicher Ebene (3) sowie allgemein (4) bewertet werden. In einer letzten Frage wurden die Teilnehmer/innen um ihre gegenwärtige Einschätzung des Verhältnisses zwischen Ost- und West(-deutschen) (5) gebeten.

Bei der konkreten Durchführung der Befragung ergab sich ein grob geschätztes Reaktionsverhältnis von knapp zehn beziehungsweise fünf zu eins: Von zehn bis fünf zufällig angesprochenen Personen nahm in der Regel eine an der Befragung tatsächlich auch teil, wobei diese Zahl tageszeitlich erheblichen Schwankungen unterlag; auch durch die konkrete Befragungskonstellation konnten diese Werte stark variieren. In der Regel wurden die Fragen von den meisten Teilnehmer/innen relativ gut verstanden und direkt beantwortet. Einige Personen artikulierten

allerdings auch Zweifel daran, ob differenzierte Einschätzungen oder komplizierte Sachverhalte auf einfache Notenwerte „heruntergebrochen“ werden können: So wünschten sich einige Befragte etwa zusätzliche Differenzierungsmöglichkeiten mit Blick auf verschiedene Branchen, Regionen oder biographische Verläufe (exemplarisch: „*Mir geht es gut, aber...*“; „*hier ist die Situation besser als anderswo...*“; „*in anderen Branchen/Betrieben sah es aber ganz anders aus...*“). Die Dauer der Befragung unterlag gleichermaßen ganz erheblichen Schwankungen in Abhängigkeit von den jeweiligen Befragten; sie konnte dabei von etwas unter zwei Minuten bis hin zu einer halben Stunde reichen. Gerade ältere Befragte nutzten die sich ihnen unvermittelt bietende Gelegenheit mitunter zu ausgedehnten Rückblicken und persönlichen Erläuterungen; diese wurden dann zumindest teilweise mithilfe der Erfassung von markanten „Schlagworten“ berücksichtigt.

Um den jeweiligen Befragungs- und Zeitaufwand gerade auch für die Befragungsteilnehmer/innen im Rahmen zu halten, wurden mögliche andere Themenkomplexe im Rahmen dieser Untersuchung nicht mit erhoben. So wären etwa (Kontroll-)Fragen nach der individuellen Bewertung der früheren Planwirtschaft sowie der DDR insgesamt durchaus interessant gewesen; auch die Abfrage (partei-)politischer Orientierungen der jeweiligen Befragten hätte zudem weiterführende Analysen zu entsprechenden Politisierungstendenzen ermöglicht. Ferner hätte auch der konkrete Grad der jeweiligen „Betroffenheit“ durch Treuhandanstalt und Wirtschaftsombau detaillierter empirisch erfasst werden können (beispielsweise eine selbst erlebte Entlassung, Betriebsübernahme oder -schließung). Insgesamt erschien ein derart ausführliches Befragungssetting im gegebenen Rahmen jedoch nicht realisierbar.

Die im Rahmen dieser Studie befragten 500 Personen wurden in insgesamt fünf Befragungswellen im Januar, März und Juni dieses Jahres erfasst. Mit Blick auf besagte Zeitspanne fällt für das hier zu behandelnde, erinnerungskulturelle Oberthema „Wirtschaftsombau nach 1990“ vor allem ein markantes Ereignis ins Gewicht, nämlich der Tod Helmut Kohls am 16. Juni 2017. Dieser fiel buchstäblich mitten in die vierte und vorletzte Befragungswelle, hatte allerdings keinen in der konkreten Umfragepraxis wirklich erkenn- oder gar quantifizierbaren Einfluss auf die Befragungsverläufe; lediglich einige wenige Personen gingen im Gespräch überhaupt auf Kohl ein – ein interessanter Nebenbefund, auf den später noch einzugehen ist. Insofern kann der von uns genutzte Befragungszeitraum, das erste Halbjahr 2017, als thematisch und zeitlich weitgehend geschlossener „Block“ betrachtet und analysiert werden; größere medienöffentliche Debatten oder

politische Auseinandersetzungen zum Themenkreis fanden in diesem Zeitraum erkennbar nicht statt.

Regional wurden drei Befragungswellen in einem großstädtischen Setting, zwei weitere als später noch näher zu beschreibende Gegenprobe im kleinstädtischen Kontext durchgeführt. In beiden Fällen wurde darauf geachtet, mögliche Gesprächspartner/innen nach Möglichkeit zufällig auf gut durchlässigen und einsehbaren Plätzen an zentralen Orten anzusprechen. Mit Blick auf die **Altersstruktur** der Befragten war die jüngste befragte Person 17, die älteste 90 Jahre alt. Der Altersmittelwert im Sample liegt bei 49,43 Jahren und damit über dem Bundesdurchschnitt (von knapp über 44 Jahren im Jahr 2017). 264 Personen (52,8 %) waren dabei jünger, 236 (47,2 %) älter als der berechnete Durchschnittswert, so dass eine relativ gleichmäßige Verteilung der Altersklassen angenommen werden kann. Von der **Geschlechterstruktur** nahmen 273 Männer (54,6 %) und 227 Frauen (45,4 %) an den Umfragen teil, was zumindest in der groben Tendenz eine merkliche Geschlechterunwucht zugunsten der Männer erkennen lässt.

Die **Herkunft** der Teilnehmer/innen wurde zunächst nach Heimatstädten erfasst, wobei die Befragten zur näheren Präzisierung ihres schwerpunktmäßigen biographisch-lebensgeschichtlichen Hintergrunds dann um eine Selbsteinordnung als ost- oder westdeutsch gebeten wurden. Nur in sehr wenigen (Grenz-)Fällen (wie etwa lange vor 1989/90 in die Bundesrepublik ausgewanderten oder geflüchteten Personen oder sehr jungen Befragten mit ost-westgemischtem familiären oder Migrationshintergrund) erschien eine derartige Einordnung bisweilen problematisch oder sorgte für weiteren Klärungsbedarf; einige wenige Fälle wurden daher im Nachgang aus dem Datensatz ausgeschlossen. Die allermeisten Befragten reagierten auf diese Frage allerdings nahezu intuitiv und ohne längere Überlegungen oder Diskussionen; die identitären Konzepte erscheinen also gesellschaftlich durchaus verbreitet und weithin als soziale Ordnungskategorien akzeptiert. Insgesamt wurden im Rahmen unserer Studie letztlich 342 Ostdeutsche (68,4 %) und 158 Westdeutsche (31,6 %) befragt.¹⁷¹

¹⁷¹ Diese Kategorienbildung ist (wie jede) natürlich durchaus kritisch zu diskutieren. Für diese Befragungswelle wurden die Befragten pragmatisch nach ihrer Herkunftsstadt beziehungsweise ihrem biographischen Lebensmittelpunkt befragt und anschließend als „ostdeutsch“ oder „westdeutsch“ klassifiziert.

Zwei weitere Gruppen fanden im Rahmen der weiteren Auswertung explizit keine nähere Berücksichtigung. **Kinder und Jugendliche** im schulpflichtigen Alter wurden nicht in die von uns durchgeführten Befragungen einbezogen. Die im Rahmen der Zufallserhebungen zunächst miterfassten, knapp 25 **Nicht-Deutschen**, meist ausländische Studierende oder geschäftlich oder privat Reisende, wurden aufgrund ihrer einerseits zu geringen Zahl von der weiteren Auswertung ausgeschlossen. Darüber hinaus zeigte sich auf sachlicher Ebene allerdings keine eindeutige Tendenz: Während ein Teil der zufällig befragten „Ausländer“ mit dem hier diskutierten Themenkreis nur sehr wenig bis gar nichts anzufangen wusste, zeigten sich einige jüngere, vornehmlich studentische Gesprächsteilnehmer/innen durch Studium oder hiesige Freunde bisweilen gut informiert über die behandelten Vorgänge und innerdeutschen Debatten.

Zudem wurde auch der **soziale und berufliche Status** der Befragungsteilnehmer/innen zwar im Rahmen der Befragungen grundsätzlich miterfasst, jedoch zeigte sich bei den durchgeführten Erhebungen relativ frühzeitig, dass diese sehr weit gestreuten und bisweilen schwer nachvollziehbaren (Selbst-)Angaben kaum in sinnvoller Weise statistisch verwertbar erschienen. Im Gesamtüberblick ergab sich jedoch folgender Eindruck: In aller Regel klassifizierte sich die Mehrzahl der jüngeren Befragten unter 30 Jahren als Studierende oder Auszubildende; die Alterskohorten zwischen 30 und 60 Jahren verorteten sich soziodemographisch als regulär Erwerbstätige oder teilweise auch Erwerbslose; bei den über 60-jährigen handelte es sich demgegenüber zumeist um (Früh-)Rentner oder Pensionäre. Bei den angegebenen Berufen waren letztlich alle gängigen Bildungsabschlüsse und Qualifikationsstufen anzutreffen, wobei im großstädtischen Setting tendenziell mehr Akademiker und Höherqualifizierte anzutreffen waren als am kleinstädtischen Befragungsort, wo demgegenüber Handwerks- und Lehrberufe stärker vertreten waren.

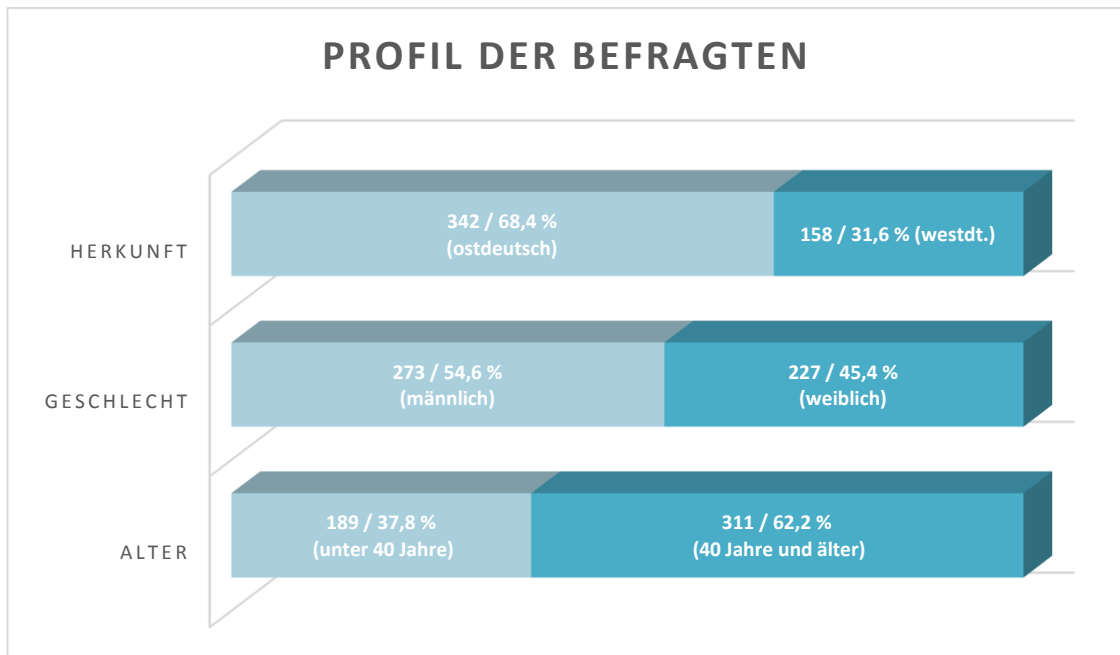


Abb. 2: Profil der Befragten nach Herkunft, Geschlecht und Alter.

Die nachfolgende Auswertung wird sich im Rahmen einer deskriptiven Analyse des Materials vor allem auf die beiden soziodemographischen Grundkategorien „Alter“ und „Herkunft“ konzentrieren. Grundannahme hierbei wäre, dass gerade diese beiden Variablen erheblichen Einfluss auf erinnerungskulturelle Wahrnehmungen und Bewertungen der Treuhandanstalt haben. Zur weiteren Analyse werden die Befragten zum einen nach „Herkunft“ in „Ost“ und „West“ unterteilt. Dieser kategorialen Differenzierung liegt die Annahme zugrunde, dass das unmittelbare (oder auch familiär vermittelte) Erleben des Endes der DDR beziehungsweise des umfassenden Systemumbruchs nach 1990 entsprechend nachweisbare Auswirkungen auf erinnerungskulturelle Praktiken zeitigt. Zum anderen wurde eine altersspezifische Differenzierung vorgenommen. Hierfür wurde eine fixe Altersgrenze bei den heute genau oder über 40-jährigen Befragten gezogen. Dieser zweiten Prämisse liegt wiederum die Annahme zugrunde, dass die hier behandelten Ereignisse der frühen 1990er-Jahre von 1990 bis ca. 1995 auch durch die damals im Jugendalter zwischen 12 und 18 Jahren befindlichen Personen der Jahrgänge bis etwa 1977 bewusst mitverfolgt wurden. Diese älteren „Erlebnisgenerationen“ der heute über Vierzigjährigen sollen im Unterschied zu den jüngeren Kohorten der Geburtsjahrgänge nach 1978 betrachtet werden, bei denen man nicht mehr von einer aktiven Zeitzeugenschaft ausgehen kann.

Es sind daher vier wesentliche soziodemographische Gruppen, die im Folgenden systematisch untersucht werden sollen: Ältere „Ostdeutsche“ sowie „westdeutsche“ aus den „Erlebnisationsgenerationen“ der über 40-Jährigen sowie jüngere „Ostdeutsche“ und „Westdeutsche“ aus den nachgeborenen Kohorten der unter 40-Jährigen. In der vorgeschlagenen Kombination der beiden herausgestellten Variablen „Alter“ und „Herkunft“ fächerte sich das hier erfasste Sample der Befragten dabei wie folgt auf: Von den insgesamt 342 Ostdeutschen waren 217 (63,4 %) genau 40 Jahre oder älter, 125 (36,6 %) hingegen jünger als 40 Jahre. Bei den 158 Befragten aus Westdeutschland ergab sich eine grob ähnliche relative Verteilung: 94 (59,5 %) waren 40 oder älter, 64 (40,5 %) jünger. So besehen, bilden ältere ostdeutsche Frauen und Männer die im Rahmen dieser Studie am stärksten vertretene Gruppe.

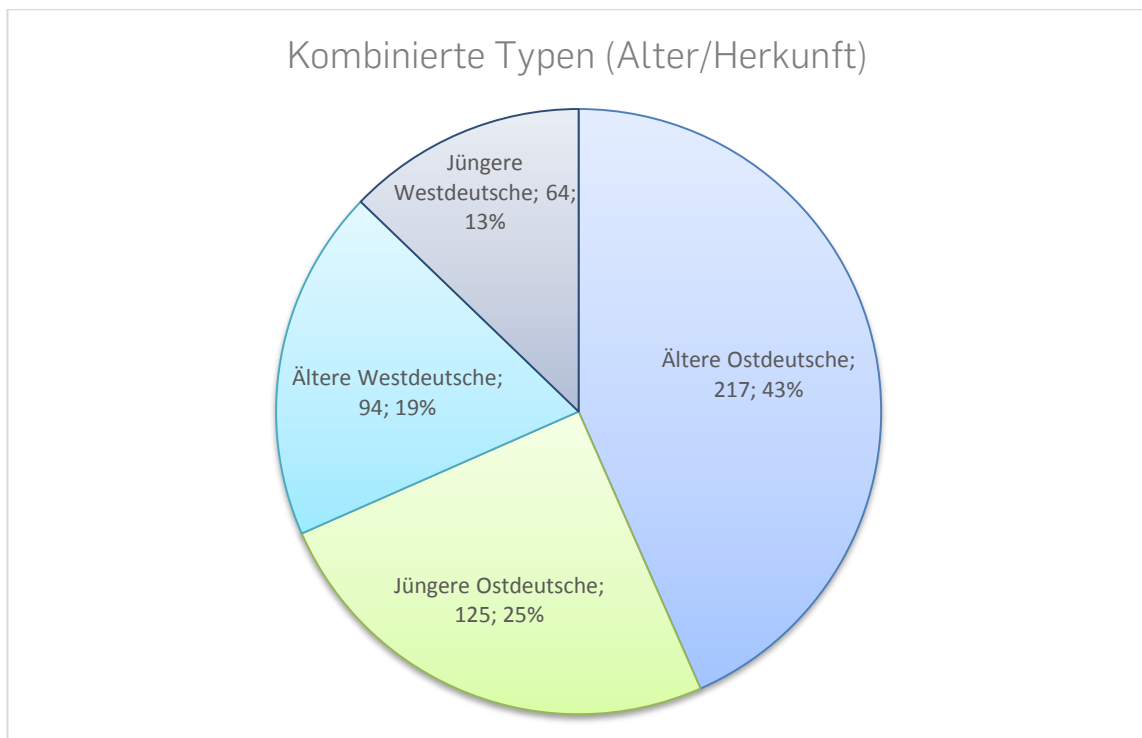


Abb. 3: Typenverteilung nach Herkunft und Alter im Vergleich

Naturgemäß bleibt die hier pragmatisch durchgeführte Typenbildung aus „Alter“ und „Herkunft“ sicher in einigen Punkten methodisch unbefriedigend. Allerdings sollen am Ende der deskriptiven Analysen hin zur weiteren Exploration des vorliegenden Datenbestandes noch – als statistische Gegenprobe – die umfassend miterhobenen Kategorien „Geschlecht“ beziehungsweise „Region (Stadt/Land)“

testweise untersucht werden, um auf diese Weise etwa auf weiteren Forschungsbedarf hinweisen zu können.

2.2 Die „Kenntnisfrage“ zur Treuhandanstalt

Alle Befragungsteilnehmer/innen wurden unmittelbar nach Abfrage ihrer soziodemographischen Grunddaten mit einer initialen Eröffnungsfrage zur „Kenntnis“ der Treuhandanstalt konfrontiert, die lediglich bejaht oder vereint werden konnte. In einigen wenigen Fällen zeigten sich Personen zunächst unsicher, wobei diese Frage über direkt im Anschluss geäußerte Assoziationen meist doch eindeutig geklärt werden konnte. Insgesamt bejahten 340 Personen (68 %) diese Eingangsfrage, während 160 Personen (32 %) diese direkt vereinten. Doch wie verteilte sich dieses Antwortverhalten gemäß der erhobenen Variablen? Von den 342 befragten Ostdeutschen bejahten 247 (72,2 %) diese Frage, bei den 159 Westdeutschen hingegen 93 (58,9 %); verneint wurde diese von 95 Ostdeutschen (27,8 %) beziehungsweise 65 Westdeutschen (41,1 %). Insgesamt ist die Treuhandanstalt also unter Ostdeutschen in der Tendenz noch immer deutlich bekannter. Noch markanter erscheint allerdings ein weiterer Blick auf die Altersunterschiede: Differenziert man zwischen älteren und jüngeren Befragten, gaben von den 311 über 40-Jährigen ganze 286 (92 %) an, dass die Treuhandanstalt ihnen ein Begriff sei; bei den 189 Personen unter 40 Jahren waren dies lediglich 54 (28,6 %). Im Umkehrschluss verneinten lediglich 25 „ältere“ Befragte (8 %), aber ganze 135 „jüngere“ Befragte (71,4 %), die Treuhandanstalt zu kennen. An dieser Stelle deutet sich bereits ein stark ausgeprägter Gegensatz zwischen „Erlebnisgenerationen“ und nachgeborenen Kohorten an.

Kombiniert man nun, wie zuvor diskutiert, die beiden Variablen „Alter (40-/40+)“ und „Herkunft (Ost/West)“, ergibt sich ein noch markanteres Gesamtbild: In der 217 Personen umfassenden Gruppe der „älteren Ostdeutschen“ (40 Jahre und älter) war die Treuhandanstalt ganzen 206 Befragten (94,9 %) ein Begriff, während lediglich elf (5,1 %) diese Frage vereinten. Bei den 94 „älteren Westdeutschen“ bejahten immerhin 80 Personen (85,1 %); lediglich 14 antworteten hingegen mit „Nein“ (14,9 %). Bei den 125 befragten „jüngeren Ostdeutschen“ bejahten demgegenüber nur 41 (32,8 %) diese Aussage, 84 (67,2 %) vereinten diese. Am wenigsten waren entsprechende Kenntnisse unter den 64 befragten „jüngeren

Westdeutschen" verbreitet: Hier konnten lediglich 13 (20,3 %) überhaupt etwas mit dieser Organisation verbinden; 51 (79,7 %) hingegen nicht. Insgesamt erscheint also im ersten quantitativen Zugriff auf das untersuchte Sample sowohl eine herkunftsbezogene wie auch eine noch stärker ausgeprägte generationelle Differenz auf: Während die Treuhandanstalt den Angehörigen der älteren „Erlebnisgenerationen“ in Ost und West mehrheitlich durchaus ein geläufiger Begriff ist, scheint diese unter Jüngeren kaum noch bekannt zu sein, wobei der jeweilige Bekanntheitsgrad unter den befragten Ostdeutschen in beiden Altersgruppen jeweils noch merklich über demjenigen der jeweiligen westdeutschen Referenzgruppen liegt.

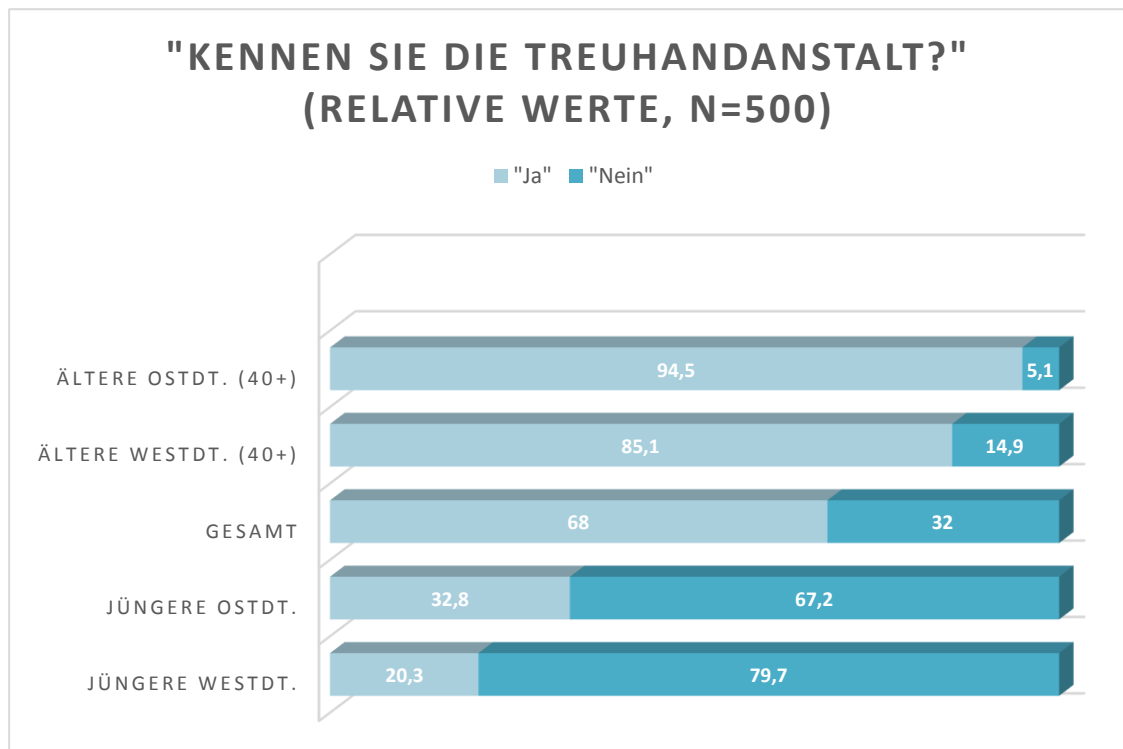


Abb. 4: Ergebnisse zur „Kenntnisfrage“ nach Alter und Herkunft

2.3 Begriffliche Assoziationen und „Schlagworte“

Im direkten Anschluss wurden diejenigen 238 Befragten mit zuvor angegebenen Treuhand-Kenntnissen gebeten, ad-hoc und ohne größeres Nachdenken einen oder mehrere markante Stich- oder Schlagworte zum Thema Treuhandanstalt zu

formulieren. Die hierbei angegebenen Begriffe wurden direkt von uns erfasst und für die nachfolgende Analyse aggregiert, wobei in Einzelfällen sehr nah verwandte Termini zu Auswertungszwecken zusammengeführt wurden (z.B. *Ausverkauf*, *Ausverkaufen*, *Rausverkaufen* zu „**Ausverkauf**“). Diese auf diese Weise erfassten „Stichworte“ beziehungsweise semantischen Deutungsmuster lassen durchaus erste Rückschlüsse auf die individuellen ad-hoc-Beurteilungen der Organisation zu. Wenn man so will, eröffnet sich in der Zusammenschau und semantischen Analyse ein weitläufiges Begriffsfeld der hier untersuchten erinnerungskulturellen Praktiken und Aneignungen „von unten“.

Am häufigsten, nämlich von 52 Personen, wurde der von der Treuhandanstalt selbst gebrauchte, allerdings im zeitgenössischen öffentlichen Raum bald stark negativ konnotierte und auch auf andere Gesellschaftsbereiche übertragene Begriff der „**Abwicklung**“ genannt. Auf Rang zwei folgte mit 49 Nennungen der thematisch übergeordnete und deutungsoffene Begriff der „**Betriebe**“ als den primären Objekten des durch die Treuhandanstalt praktizierten Wirtschaftsumbaus. Mit etwas Abstand folgt mit 42 Nennungen der wiederum stark negativ besetzte Begriff des „**Ausverkaufs**“, gleichauf mit dem inhaltlich wiederum deutungsoffeneren Begriff der „**DDR**“. 33 Personen gaben hingegen in abstrakterer Weise an, mit der Treuhandanstalt etwas grundsätzlich „**Negatives**“ zu verbinden. 24-mal wurde zudem „**Betrug**“ als erste Assoziation angegeben, die damit insgesamt den sechsten Rang einnahm.

Auf den Plätzen sieben bis zehn folgten demgegenüber in ihrer Tonalität merklich neutralere Begriffe wie „**Immobilien**“ (22), „**Verwaltung**“ (21), „**Verkauf**“ (21) oder „**Privatisierung**“ (16). Auf den Rängen elf bis 13 liegen mit jeweils 14 Nennungen drei sehr unterschiedliche Begriffe: Neben der Präsidentin Birgit „**Breuel**“, die als zentrale Führungspersönlichkeit bei einigen Befragten noch immer sehr präsent erscheint, tauchen hier die eindeutig kritisch gemeinte „**Arbeitslosigkeit**“ sowie die wiederum deutlich neutraler gefasste „**Wirtschaft**“ auf. Das „**Volkseigentum**“ liegt mit 13 Nennungen auf dem 14. Rang, dicht gefolgt von der „**Kriminalität**“ und der „**Industrie**“, die mit jeweils zwölf Nennungen die nachfolgenden Plätze besetzen. Auf dem 17. Platz der am häufigsten genannten Begriffe findet sich der 1991 ermordete Präsident „**Rohwedder**“ mit elf Einträgen; die folgenden Ränge teilen sich hingegen die „**Zerstörung**“ und interessanterweise der „**Westen**“ mit neun Nennungen. Es folgen, um die Auflistung zu beenden, zwei sehr heterogene Begriffspakete aus vier Begriffen: „**Ungerechtigkeit**“, „**Abzocke**“,

„**Wende**“ und „**Geld**“ wurden dabei je acht Mal, „**Korruption**“, „**Plattmache**“, „**Eigentum**“ und „**Vermögen**“ sieben Mal genannt.

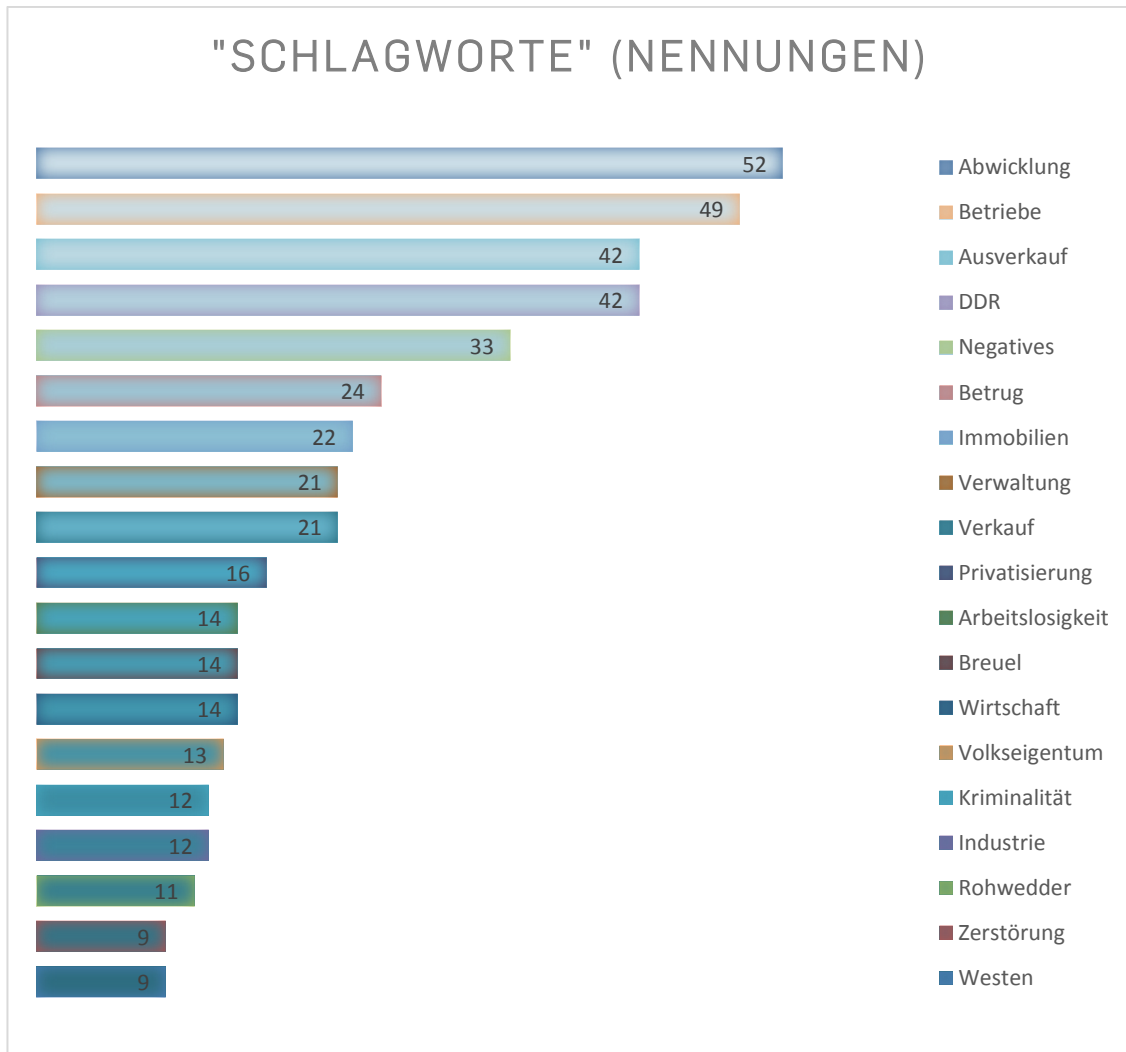


Abb. 5: Wortfeldübersicht zu Assoziationen zum Begriff „Treuhandanstalt“

Zusammengefasst zieht sich durch das hier zu Beginn der Befragungen abgesteckte semantische Feld eine durchaus bemerkenswerte Polarität, die bereits auch im Rahmen der Diskursgeschichte im ersten Teil herausgearbeitet wurde: Einer mehrheitlich deutlich überwiegenden Formation an negativ oder bisweilen sogar stark pejorativ konnotierten Begriffen („Abwicklung“; „Ausverkauf“, „Betrug“) steht dabei kontrastierend eine Gruppe an merklich neutraleren beziehungsweise deutungsoffeneren Termini („Betriebe“, Immobilien“, „Verwaltung“) gegenüber. Die Polarität des Diskursfeldes „von oben“

spiegelt sich damit auch im hier „von unten“ eingefangenen Feld an spontan artikulierten „Schlagworten“. Aufs Ganze besehen bleibt das gesamte Begriffsfeld dabei jedoch ganz überwiegend kritisch-negativ geprägt, wie auch der Blick auf die weniger häufig genannten Begriffe unterstreicht. Hier dominieren insbesondere speziellere, aber gleichwohl in ihrer Tonalität bisweilen sehr drastische Termini wie beispielsweise „**Ganoven**“, „**Elend**“, „**Schindluder**“, „**Nazis**“, „**Stasi**“, „**Chaos**“, „**Katastrophe**“, „**Ausplünderung**“, „**Verschleuderung**“, „**Verramschung**“ oder „**Verbrechen**“, denen einige neutralere Formulierungen wie „**Wirtschaftsumbau**“, „**Stilllegung**“, „**Grundstücke**“, „**Rückgabe**“ oder „**Versuch**“ gegenüberstehen.

Auch ein Seitenblick auf die mit der Treuhandanstalt intuitiv verbundenen Persönlichkeiten erscheint interessant. Während die früheren Treuhand-Präsidenten Birgit „*Breuel*“ (14) und Detlev „*Rohwedder*“ (11) noch immer vergleichsweise präsent erscheinen, taucht daneben nur noch eine weitere Person auf: Lediglich eine einzige Person verband die Organisation etwa mit Bundeskanzler Helmut „*Kohl*“. Interessant ist also letztlich auch, wer alles *nicht* genannt wurde: Andere denkbare, prägende Persönlichkeiten der frühen 1990er-Jahre wie beispielsweise die prominenten Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, Bernhard Vogel oder Manfred Stolpe, die Treuhand-Kritikerin Regine Hildebrandt oder der zuständige Bundesfinanzminister Theo Waigel wurden nicht genannt.

Aufs Ganze besehen wurden die neutraleren Begriffe in aller Regel von älteren Westdeutschen oder den jüngeren Befragten gebraucht, wobei diese gleichermaßen häufig auch eine gewisse Unsicherheit beim Umgang mit diesem Themenkreis äußerten („*Hatte die nicht mit der Umwandlung von Immobilien und Betrieben zu tun?*“). Demgegenüber wurden die ausnehmend negativ besetzten „Schlagworte“ fast ausschließlich (und teils auch im Vortrag sehr impulsiv) von älteren Ostdeutschen artikuliert. Auf diese Weise kam bereits auf der einführenden Wortebene gerade in dieser Gruppe eine erhebliche Skepsis gegenüber der Marktwirtschaft bis hin zur ganz offen geäußerten Kapitalismuskritik zum Ausdruck, für die gerade das an der Spitze des Wortfeldes platzierte Begriffsduo von „Abwicklung“ und „Ausverkauf“ mithin charakteristisch erscheint. Dabei erscheint insbesondere ein spezifisches Erzählscenario besonders dominant und persistent: Es geht um die Vorstellung einer radikalen und unkontrollierten „Abwicklung“ beziehungsweise Entwertung der DDR, ihrer zuvor volkseigenen „Betriebe“ sowie im weiteren Sinne auch ihrer Gesellschaft, Kultur und Identität. Dieser fremdbestimmte, überwältigende und enteignende Prozess sei im Modus eines *von* Westdeutschen und *für* Westdeutsche

2.4 Bewertungsmuster im Vergleich

In der Folge sollen die quantitativen Resultate der notenmäßigen Bewertungen der für die Befragung ausgewählten Themenkomplexe zur Treuhandanstalt, zum ostdeutschen Wirtschaftsumbau, zur persönlichen beziehungsweise allgemeinen Bilanz der Wiedervereinigung sowie zum Ost-West-Verhältnis eingehender vorgestellt und vergleichend analysiert werden.

Bewertung der Treuhandanstalt

Von den insgesamt 500 Befragten war, wie zuvor gezeigt, die Treuhandanstalt für ziemlich genau zwei Drittel (340/68 %) durchaus ein geläufiger Begriff, wobei ältere Ost- und Westdeutsche der „Erlebnisgenerationen“ in ihrer Kenntnis klar über jüngere Ost- und Westdeutsche dominierten. Von diesen 340 sahen sich aber wiederum lediglich 238 (70 %) in der Lage, die Organisation im Anschluss auch in Form einer konventionellen Schulnote zu bewerten. Im Mittelwert vergaben die Bewerter einen „ausreichenden“ und damit deutlich negativ geneigten Notenwert von 4,06. Schlüsselt man diese Frage weiter nach den bereits benannten, gemischten Kategorien auf, differenziert sich dieses Bild noch weiter aus: Die „älteren Ostdeutschen“ bewerteten die Organisation mit 4,2 (bei 206 Bewertern aus 217 Personen) am negativsten, gefolgt von den (allerdings in diesem Fall sehr wenigen) „jüngeren westdeutschen“ Bewertern (6 Bewerter aus 64) mit 4,17. Etwas besser fiel die Bewertung der Treuhandanstalt bei „jüngeren Ostdeutschen“ (41 Bewerter aus 125) mit 3,83 aus. Am besten schnitt die Organisation hingegen bei den „älteren Westdeutschen“ (42 Bewerter aus 94), die diese im Mittel mit 3,63 bewerteten.

Die Streuung der merkmalsbezogenen Notenwerte zwischen den Gruppen (4,2 ältere Ostdeutsche versus 3,63 ältere Westdeutsche) erscheint auffällig, aber insgesamt moderat: Auch ältere Westdeutsche bewerten die Arbeit der Treuhandanstalt nicht als Erfolg, sehen diese aber im Mittel etwas weniger kritisch als ihre Altersgenossen aus dem Osten. Insgesamt ist bereits an dieser Stelle hervorzuheben, dass an die Treuhandanstalt als Organisation mit deutlichem Abstand die negativsten Bewertungen aller hier erfragten Themenblöcke vergeben wurde. Allerdings erscheint gleichermaßen bemerkenswert, dass sich mehr als die Hälfte aller Befragten (immerhin 262 beziehungsweise 52,4 %) entweder aus genereller Unkenntnis (vor allem bei

Jüngeren) oder aus offen artikulierter Unsicherheit (vor allem bei älteren Westdeutschen) persönlich außer Stande sah, ein eigenes Urteil über die Treuhandanstalt zu fällen – bei allen anderen erfragten Themenkomplexen, die allerdings auch einen allgemeineren beziehungsweise persönlicheren Charakter besaßen, lagen die Reaktionsquoten erheblich höher bei über 80 bis 90 %. Neben stark negativen Deutungen erscheint demnach auch eine deutlich festzustellende Unsicherheit im Rückblick auf den untersuchten Zeitraum nachweisbar.

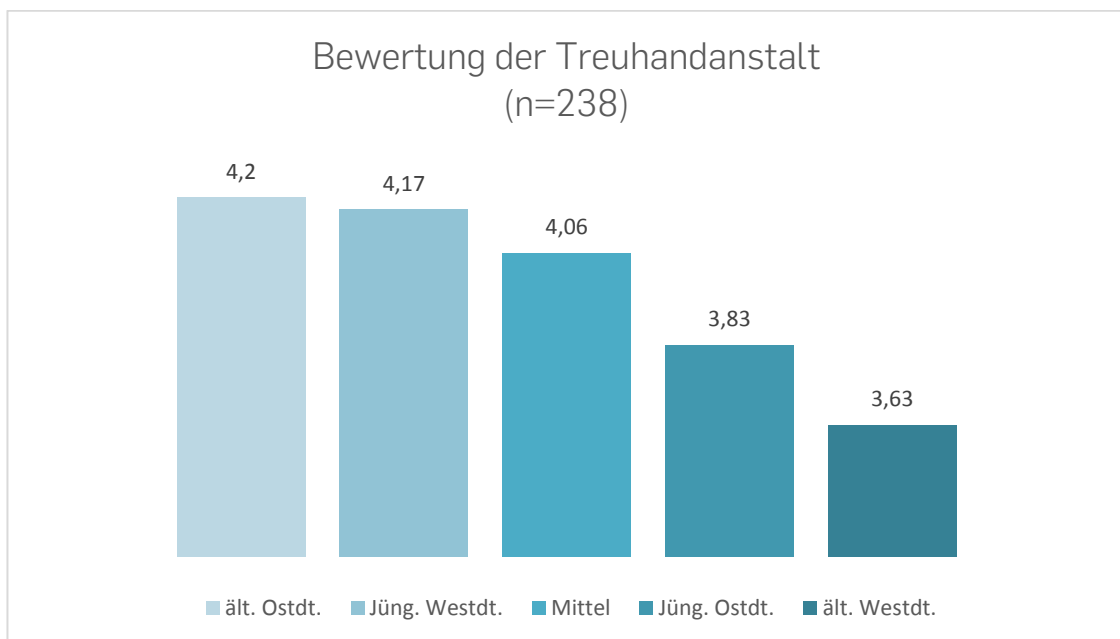


Abb. 7: Bewertungen der Treuhandanstalt nach Alter und Herkunft

Bewertung der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung nach 1990

Die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft war Gegenstand des zweiten Bewertungskomplexes. Während die Frage nach der Bewertung der Treuhandanstalt auf den „frühen“ und mithin als „Krise“ erlebten Abschnitt des Transformationsgeschehens unmittelbar nach 1990 abzielte, sollten mithilfe dieses Themas auch langfristige Effekte nach dem Abschluss der Privatisierungs- und Schließungsaktivitäten behandelt werden. Generell fällt auf, dass bereits im Mittelwert die Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland mit 2,68 fast anderthalb Notenpunkte besser ausfällt als diejenige der Treuhandanstalt. Interessanterweise lassen durch alle hier behandelten Gruppen hindurch letztlich kaum Schwankungen feststellen: Die

„älteren Ostdeutschen“ erscheinen hier mit einem Mittelwert von 2,74 (210 Bewerter von 217) nur leicht kritischer als die „jüngeren Ostdeutschen“ (116 Bewerter von 215) sowie die „älteren Westdeutschen“ (94 Bewerter von 94), die beide im Mittel die Wirtschaftsentwicklung mit 2,64 bewerteten. Am besten wurde die Wirtschaftslage schließlich von „jüngeren Westdeutschen“ (53 Bewerter von 64) mit 2,6 bewertet.

Die gehäuft auftretenden gemischten Bewertungen im Grenzspektrum zwischen „gut“ und „befriedigend“ scheinen also zwischen den hier analytisch unterschiedenen Alters- und Herkunftsgruppen letztlich wenig kontrovers. Während der Befragungen machten allerdings zahlreiche Personen deutlich, dass die wirtschaftliche Entwicklung in bestimmten ostdeutschen Großstadtregionen wie Leipzig, Dresden, Erfurt oder Jena deutlich besser zu bewerten sei als diejenige in „abgehängten“ ländlichen Regionen, die unter starker Abwanderung, dauerhafter Arbeitslosigkeit und genereller Perspektivlosigkeit litten. Diese durchaus differenzierte Einschätzung fand dann auch sehr häufig ihren Ausdruck in einer „gemischten“ beziehungsweise unentschlossenen Gesamtbewertung, etwa mit einer „schlechten“ 2 oder einer „guten“ 3 (etwa: „Zwar 1 bis 2 für Leipzig oder Dresden, aber dafür 4 bis 5 für das platte Land drumherum“).

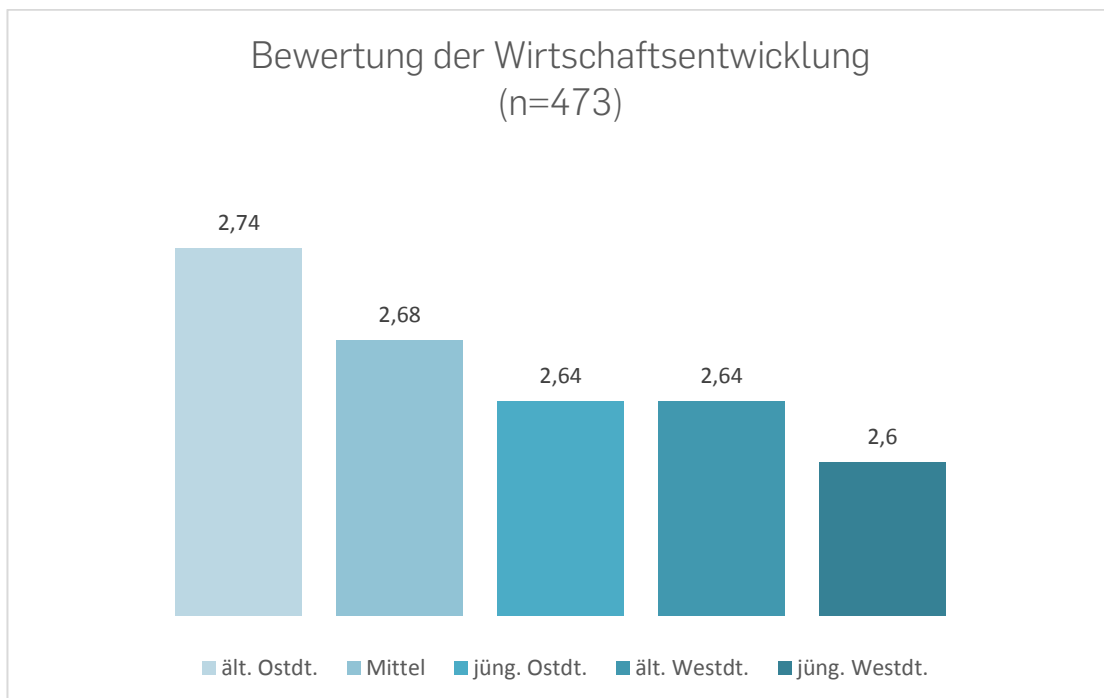


Abb. 8: Bewertung der Wirtschaftsentwicklung nach Alter und Herkunft

Bewertung der Wiedervereinigung allgemein

Anschließend sollten die Befragten die „Wiedervereinigung“ (als hierfür gängigsten Begriff) auf einer allgemeinen Ebenen bewerten – also mit Blick auf deren Folgen für die (ostdeutsche) Gesellschaft beziehungsweise die gesamte „Nation“. Dieser Themenkomplex war bewusst etwas abstrakter und offener formuliert, löste aber gleichermaßen umfassende individuelle Bewertungsreaktionen aus, die im Mittelwert mit 2,12 „gut“ ausfielen. Stärker als etwa bei der relativ einhellig bewerteten Wirtschaftsentwicklung, gingen die Benotungen in den unterschiedenen Gruppen auseinander: Die „jüngeren Ostdeutsche“ bewerteten (122 Bewerter von 125) die „Wiedervereinigung“ dabei mit 2,24 am negativsten; dicht gefolgt von den „älteren Ostdeutschen“ (213 Bewerter von 217) mit 2,21. Besser wird diese von den „älteren Westdeutschen“ (94 Bewerter von 94) im Mittel mit 1,96 bewertet; die „jüngeren Westdeutschen“ (63 Bewerter von 64) vergeben im Schnitt die Note von 1,79.

Letztlich fallen die hier abgegebenen Bewertungen zur „Wiedervereinigung“ im Allgemeinen insgesamt durchweg „gut“ und auch merklich besser als etwa zur Wirtschaftsentwicklung (oder gar zur Treuhandanstalt) aus. Insgesamt zeichnet sich auch in diesem Themenkomplex eine in der Tendenz leichte, aber dennoch nachweisbare Ost-West-Differenzierung ab: Während Ostdeutsche im Schnitt im Bereich einer noch „guten“ Bewertung verbleiben, zeigen sich demgegenüber Befragte aus Westdeutschland deutlich positiver; hier erreicht der Themenkomplex „Wiedervereinigung“ sogar fast eine sehr gute Bewertung.

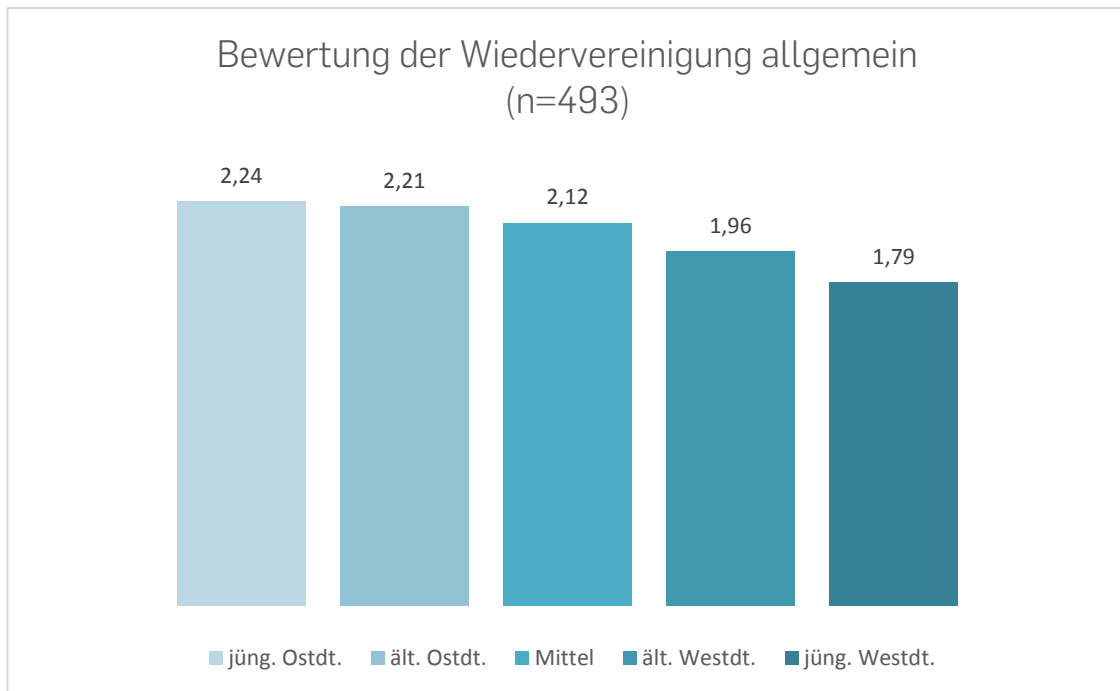


Abb. 9: Bewertung der Wiedervereinigung allgemein nach Alter und Herkunft

Bewertung der Wiedervereinigung persönlich

Anschließend sollten die Befragten die Folgen der „Wiedervereinigung“ für sich persönlich bewerten. In diesem Fragekomplex ergab sich bei jüngeren Befragten, die nach 1990 geboren wurden, in wenigen Fällen ein gewisser Diskussionsbedarf; die allermeisten hiervon betroffenen Personen sahen sich aber dennoch in der Lage, die langfristigen Einflüsse dieser vor ihrer Geburt stattgefundenen Entwicklung in ihren (möglichen) Folgen für die eigene Biographie einzuschätzen. Gerade dieser Themenkomplex sticht insgesamt durch eine „gute“ bis tendenziell „sehr gute“ Bewertung im vorliegenden Sample heraus; der Gesamtmittelwert aller Bewertungen erreichte einen Wert von 1,82. Auch in diesem Themenbereich zeigte sich eine tendenzielle Ost-West-Differenz: Die „älteren Ostdeutschen“ (215 Bewerter von 217) betrachteten die persönlichen Folgen der Wiedervereinigung mit 1,98 noch vergleichsweise etwas zurückhaltender, jedoch insgesamt zweifellos positiv. Noch besser fiel das Urteil der „jüngeren Ostdeutschen“ (106 Bewerter von 125) aus, die einen Notenmittelwert von 1,78 erreichten. Fast „sehr gute“ Werte erreichte dieser Wert schließlich gleichermaßen bei den „älteren“ (90 Bewerter von 94) sowie „jüngeren Westdeutschen“ (58 Bewerter von 64), die die

persönlichen Konsequenzen gleichauf mit 1,60 (jung) beziehungsweise 1,61 (alt) bewerteten.

Letztlich wird die „Wiedervereinigung“ in ihren persönlichen Folgen durch alle Gruppen hinweg positiv bis sehr positiv bewertet, wobei in diesem Zusammenhang die älteren Ostdeutschen etwas verhaltener bewerten als etwa die Westdeutschen insgesamt. Es sei an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen, dass die sehr negative Bewertung der Treuhandanstalt (mit 4,06) und die ausgesprochen positive Bewertung zu den persönlichen Folgen der Wiedervereinigung (mit 1,82) nahezu zweieinhalb Notenpunkte auseinanderliegen und damit gleichermaßen die jeweiligen Extrempole der im Rahmen dieser Befragung eingefangenen Bewertungsmuster markieren.

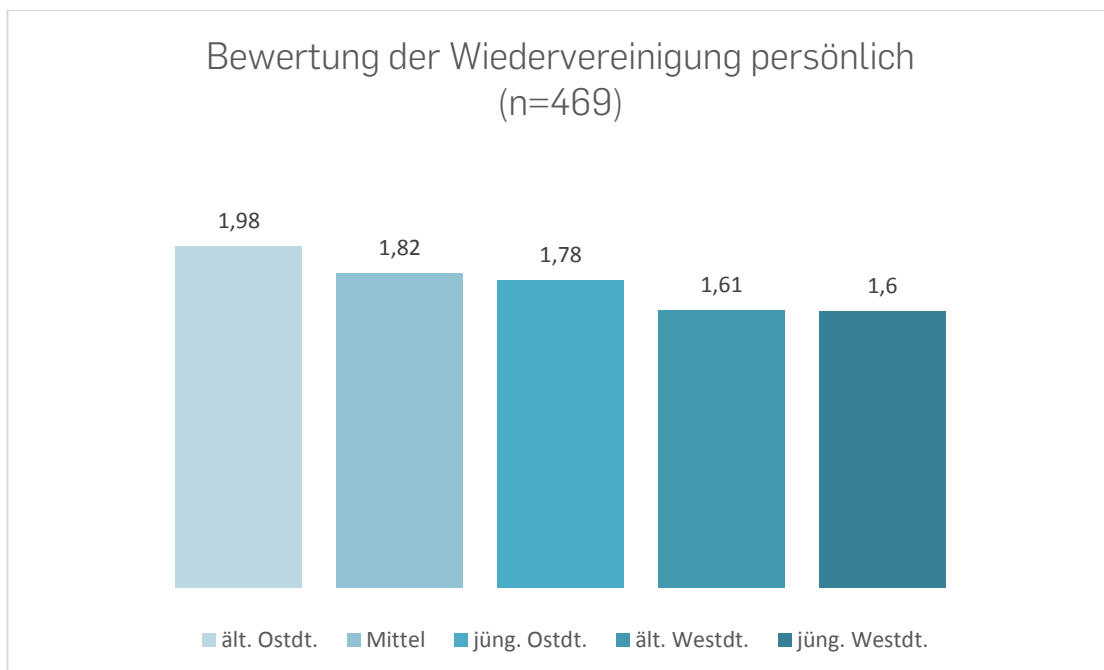


Abb. 10: Bewertung der Wiedervereinigung persönlich nach Alter und Herkunft

Bewertung des Ost-West-Verhältnisses

Abschließend sollten die Befragten aus ihrer Sicht die langfristige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Ost und West (beziehungsweise zwischen Ost- und Westdeutschen) aus ihrer persönlichen Sicht bewerten. Hierbei zeigten sich die Teilnehmer/innen, im Vergleich zu den „guten“ bis „sehr guten“ Wertungen zur Wiedervereinigung, wiederum skeptischer. Im Mittel wurde die Beziehungen

zwischen Ost und West mit 2,88, also lediglich als „befriedigend“ bewertet. Die negativsten Wertungen gaben mit 3,14 interessanterweise die „jüngeren Ostdeutsche“ (123 Bewerter von 125) ab, dicht gefolgt von ihren Altersgenossen aus dem Westen (62 Bewerter von 64), die im Mittel mit 2,92 bewerteten. Die „älteren Ostdeutschen“ (210 Bewerter von 217) werteten im Durchschnitt mit 2,78 und lagen damit ebenso in der Nähe ihrer westdeutschen Alterskohorte (92 Bewerter von 94), die wiederum auf eine mittlere Bewertung von 2,76 kam.

Dieser Befragungsbefund überrascht in der Tendenz zunächst. Insgesamt wird das Ost-West-Verhältnis nur als „befriedigend“ bewertet, wobei gerade die Angehörigen der jüngeren Generationen im hier eingefangenen Datenmaterial skeptischer auftreten als die älteren Befragten. Diese generationelle Differenz überrascht umso mehr, da sie verbreiteten Hoffnungen und Projektionen auf eine stufenweise Nivellierung von Ost-West-Differenzen im Zeitverlauf zumindest ein Stück weit entgegenläuft. Andererseits könnte ein tendenziell skeptischerer Blick auf noch bestehende Ost-West-Differenzen im Umkehrschluss als Ausdruck einer gewissen Unzufriedenheit mit dem bisher „Erreichten“ gedeutet werden. In jedem Falle erscheint jedoch, bedingt durch die vergleichsweise geringere Anzahl an im Rahmen dieser Studie befragten (jüngeren) Westdeutschen, Vorsicht bei der Gewichtung dieses Befundes geboten.¹⁷²

¹⁷² Dazu insg. vgl. auch die Befunde der „Sächsische Längsschnittstudie“, die gerade generationelle Dynamiken in Ostdeutschland über lange Zeiträume empirisch untersucht hat, siehe: Hendrik Berth; Elmar Brähler; Peter Förster; Yvonne Stöbel-Richter: Einheitslust und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Eine sozialwissenschaftliche Langzeitstudie von 1987–2006, Gießen 2007.

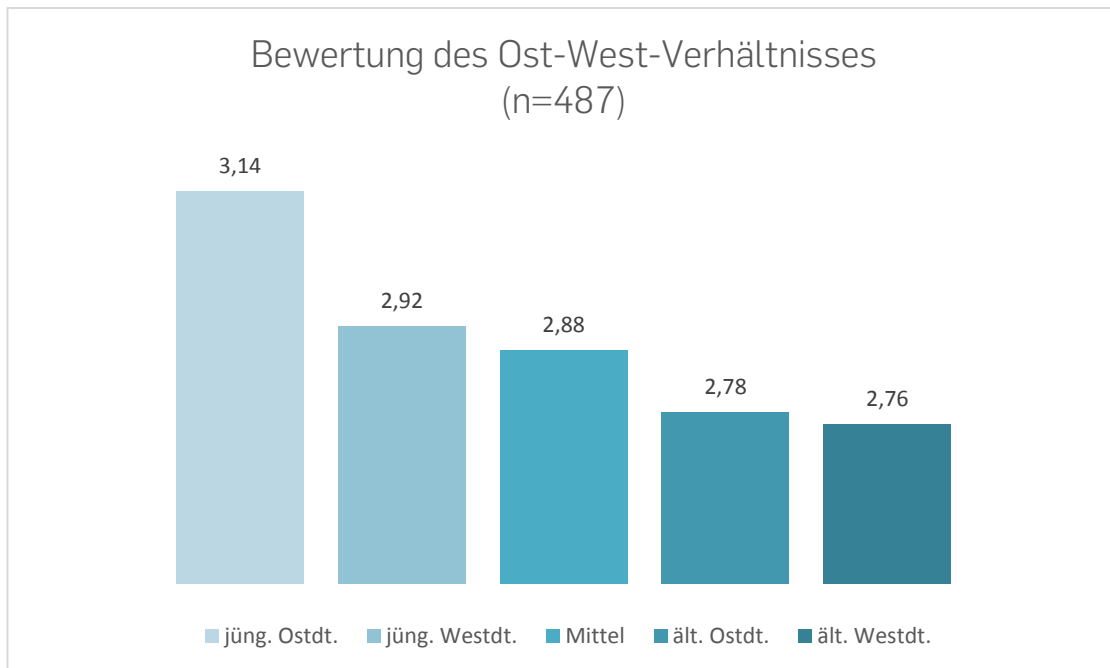


Abb.11: Bewertung des Ost-West-Verhältnisses nach Alter und Herkunft

Gegenproben: Geschlechter und Regionen

In einem letzten Analyseschritt sollen nun zwei weitere erhobene Variablen getestet werden – die regionale Herkunft sowie das Geschlecht der Befragten. Beide Faktoren könnten, so die hiermit verknüpfte Überlegung, entsprechende Auswirkungen auf die jeweils geäußerten Bewertungen der Treuhandanstalt haben. Reagiert man in den ländlichen Regionen, die auch langfristig deutlich stärker mit den gesellschaftlichen Folgen des Wirtschaftsumbaus zu kämpfen hatten und haben, möglicherweise kritischer?¹⁷³ Haben Frauen, die als Gruppe besonders von den in den frühen 1990er-Jahren erfolgten Massenentlassungen betroffen waren, eventuell anders als Männer auf unsere Fragen reagiert?¹⁷⁴

Zunächst zum *regionalen Vergleich*. 385 Befragte wurden zufällig in Leipzig befragt – einer in der Gegenwart wieder florierenden Groß- und Universitätsstadt, die gemeinhin als Vorzeigeobjekt eines langfristigen „Aufbau Ost“ gilt. Als

¹⁷³ Vgl. Günther Heydemann: 'Blühende Landschaften' oder entvölkerte Landkreise? Die neuen Bundesländer zwischen Wachstums- und Schrumpfungprozessen, in: Totalitarismus und Demokratie, 6 (2009) 1, S. 87-100.

¹⁷⁴ Vgl. Erika Steinert und Hermann Müller: Ein misslungener innerdeutscher Dialog: Biografische Brüche ostdeutscher älterer Frauen in der Nachwendzeit, Herbolzheim 2007.

Kontrollgruppe wurden zusätzlich 115 Personen in Eisenach befragt, einer thüringischen Mittelstadt, die nach 1990 zunächst erheblich mit den Folgen des Wirtschaftsumbaus zu kämpfen hatte. Insbesondere die hiesige Automobilproduktion war von der durch die Treuhandanstalt 1991 verfügte Schließung des Wartburg-Produzenten des Automobilwerks Eisenach (AWE) betroffen, die aber durch die Eröffnung eines neuen Opel-Standortes teilweise kompensiert werden konnte.

Die in Eisenach zufällig befragten Personen wiesen einige Parallelen, aber auch einige bemerkenswerte Abweichungen gegenüber der Leipziger Gruppe auf. So war die Treuhandanstalt in Eisenach deutlich mehr Menschen ein Begriff (89 von 115, 77,39 %) als in Leipzig (251 von 385, 55,8 %), was jedoch insofern schwierig zu interpretieren ist, als der Anteil an befragten Westdeutschen und Jüngeren im Leipziger Sample eindeutig über demjenigen in Eisenach lag. Die Bewertung der Treuhandanstalt fiel in Eisenach demzufolge auch etwas schlechter aus: 4,11 (62 Bewerter von 115) gegenüber 4,03 (176 von 385). Interessanterweise fielen die Bewertungen der Wirtschaftsentwicklung mit 2,61 (113 von 115) beziehungsweise 2,68 (360 von 385) sowie den persönlichen Folgen der Wiedervereinigung mit 1,88 (114 von 115) respektive 1,80 (355 von 385) fast identisch aus. Tendenzielle Abweichungen ergaben sich demgegenüber bei der Bewertung der Wiedervereinigung insgesamt: Auch in diesem Punkt erschienen die in Eisenach Befragten mit 2,29 (114 von 115) kritischer als diejenigen in Leipzig, die mit 2,06 (379 von 385) bewerteten. Gleichermaßen wurde auch das Verhältnis von Ost und West etwas kritischer gesehen: Im Mittel wurde dies in Eisenach mit 3,06 (113 von 115) bewertet, in Leipzig hingegen mit 2,83 (374 von 385). Insgesamt bleibt festzuhalten, dass diese Befunde bedingt durch die Verzerrung in der Alters- und Herkunftsstruktur sicher nicht überinterpretiert werden sollten. Dennoch deutet sich in der Provinz, zumindest in der hier ermittelten Tendenz, eine etwas negativere Bewertung mit Blick auf die Treuhandanstalt und das Verhältnis von Ost und West an.

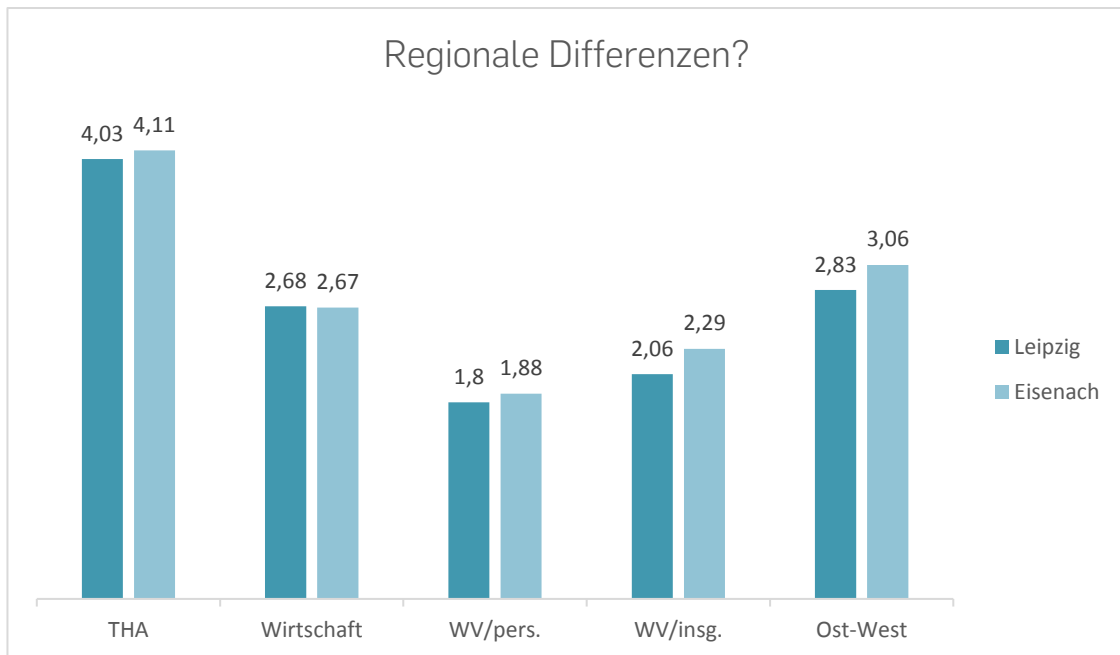


Abb. 12: Bewertungen im regionalen Vergleich

Wie verhält es sich demgegenüber mit den *Geschlechtern*? Wie angedeutet, galten die Frauen relativ frühzeitig als mögliche „Verliererinnen“ der „Einheit“ und waren zunächst besonders von den massenhaften Entlassungen beim Wirtschaftsumbau nach 1990 betroffen.¹⁷⁵ Im Rahmen dieser Studie wurde bereits ein leichter Männerüberhang festgehalten: 227 (45,4 %) weiblichen Befragten standen dabei 273 (54,6 %) männliche Teilnehmer gegenüber. Zunächst zur „Kenntnisfrage“: Hier war der Bekanntheitsgrad der Treuhandanstalt bei den befragten Männern mit 75,1 % (205 von 273) etwas höher als bei Frauen, die hierbei einen geringeren Wert von 59,5 % (135 von 227) erreichten. Bei der Bewertung der Organisation vergaben die Frauen mit 4,0 (89 von 227) eine nur leicht positivere Note als die männlichen Befragten, die die Organisation mit 4,08 (149 von 273) bewerteten. Deutlich größer fielen die Geschlechterdifferenzen bei den anderen Themenblöcken aus: So waren die Frauen (2,61 bei 215 von 227) zufriedener mit der Wirtschaftsentwicklung als die Männer (2,74 bei 258 von 273); auch die Wiedervereinigung wurde sowohl persönlich (1,75 bei 215 von 227

¹⁷⁵ Vgl. auch die zeitgenössische Kritik: Gislinde Schwarz; Christine Zenner (Hgg.): Wir wollen mehr als ein „Vaterland“. DDR-Frauen im Aufbruch, Hamburg 1990; Rita Süßmuth; Helga Schubert (Hgg.): Bezahlen die Frauen die Wiedervereinigung?, München 1992.

gegenüber 1,88 bei 254 von 273) als auch allgemein (2,0 bei 223 von 227 gegenüber 2,21 bei 270 von 273) besser bewertet. So gut wie keine Unterschiede lassen sich demgegenüber bei der Beurteilung des Verhältnisses zwischen Ost und West ablesen: Hier lagen die Frauen mit 2,88 (223 von 227) nahezu gleichauf mit den Männern, die diesen Komplex mit 2,89 (264 von 273) bewerteten. Insgesamt deuten sich damit auch für dieses untersuchte Merkmal also leichte, aber keineswegs ausgeprägte Geschlechterdifferenzen an. Die befragten Frauen bewerteten zumindest einige Themen etwas positiver als die befragten Männer.

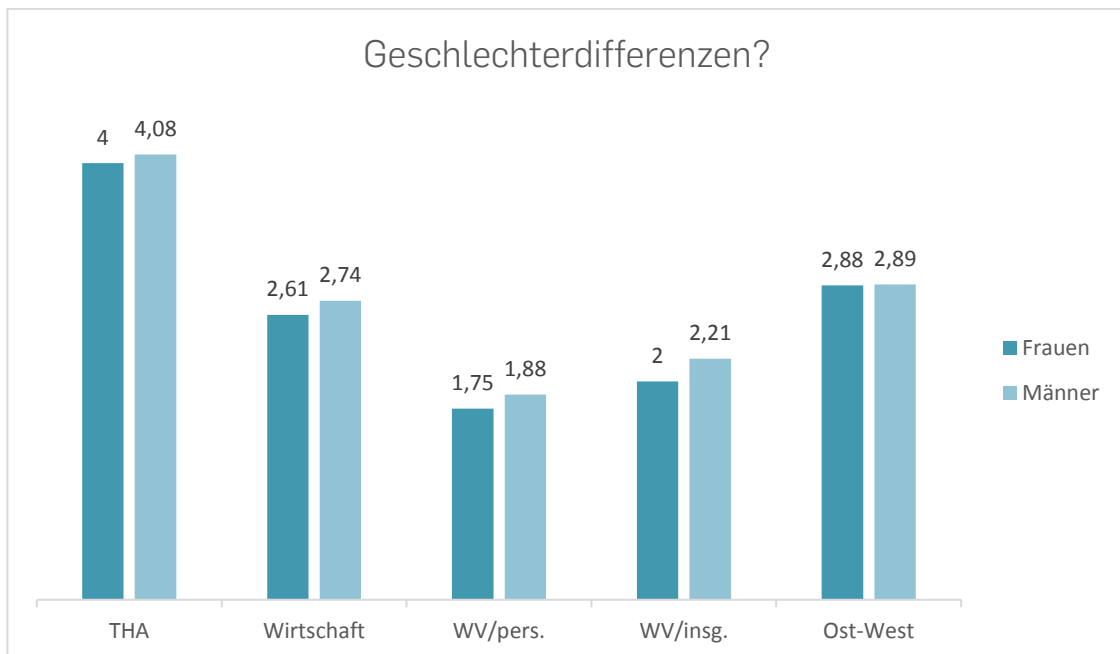


Abb. 13: Bewertungen im Geschlechtervergleich

Insgesamt weisen die beiden statischen Gegenproben zu Befragungsregion und Geschlechtern zumindest auf keine gravierenden Abweichungen hin. In der ostdeutschen „Provinz“ werden die hier behandelten Themenkomplexe etwas negativer bewertet als in der Großstadt; Frauen beurteilen hingegen einige Aspekte etwas positiver als Männer. An diesem Punkt wären weitere, systematische und ausgedehnte empirische Gruppenvergleiche zwischen ländlichen und städtischen Regionen sowie zwischen Männern und Frauen zwar durchaus interessant. Für die hier untersuchten, erinnerungskulturellen Rückblicke auf Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau hingegen scheinen diese allerdings weniger ins Gewicht zu fallen.

2.5 Zwischenfazit: generationelle und herkunftsbezogene Differenzen

Im Rahmen dieser Studie wurden erstmals ein umfassender Datensatz zu einem zentralen erinnerungskulturellen Gegenstand in der jüngsten deutschen Zeitgeschichte erhoben. Diese explorative Untersuchung konnte vermittels quantitativer Befragungen zu spezifischen Themenkomplexen im Wesentlichen drei markante Grundtendenzen herausarbeiten:

Erstens eine sehr deutliche *generationelle Differenz*, die die „Erlebnisgeneration“ der Über-40-Jährigen von den jüngeren Befragten trennt. Insbesondere die eingangs gestellte „Kenntnisfrage“ offenbarte eine ausgeprägte „Lücke“ zwischen den entsprechenden Generationen: Während die Treuhandanstalt den älteren Ost- und Westdeutschen fast zur Gänze ein geläufiger Begriff war, war diese unter den jüngeren nur jedem Dritten (Ost) oder gar jedem Fünften (West) bekannt. Doch in den mit der Organisation vertrauten Gruppen deutet sich eine starke Emotionalisierung des Themas an, wie etwa auch im Rahmen der durchgeführten Begriffsfeldanalyse gezeigt werden konnte, in der entsprechend negative Leitbegriffe wie „Abwicklung“ und „Ausverkauf“ dominierten.

Zweitens erscheint der empirisch herausgearbeitete Generationengegensatz teilweise überlagert durch eine nach wie vor markante *Ost-West-Differenz*. Es ist kein Zufall, dass insbesondere die hier analytisch herausgestellte Gruppe der älteren Ostdeutschen mit entsprechend großer Emotionalität und Impulsivität auf das untersuchte erinnerungskulturelle Thema reagiert. Den befragten älteren Westdeutschen hingegen ist die Treuhandanstalt durchaus auch geläufig, doch fielen deren Bewertungen merklich unsicherer und weniger (negativ) bestimmt aus. Eine Art intragenerationelle Übertragung zeigte sich zwar in der Tendenz, aber diese erscheint zumindest mit Blick auf diesen historischen Sachverhalt vergleichsweise gering ausgeprägt: Für die Angehörigen der ostdeutschen Jahrgänge nach 1978 erscheint die Treuhandanstalt kaum noch als in irgendeiner Form derart stark emotional besetztes Thema wie für ihre Eltern und Großeltern – von ihren hiermit so gut wie gar nicht vertrauten Altersgenossen aus Westdeutschland ganz zu schweigen.

Drittens zeigt sich gerade im Vergleich zu den anderen abgefragten Themenkomplexen eine bemerkenswerte *erinnerungskulturelle Kontrastierung*. Gerade im Gegensatz zur „ausreichend“ beziehungsweise negativ bewerteten Treuhandanstalt werden die weitere Wirtschaftsentwicklung und das Ost-West-

Verhältnis zwar als nicht optimal, aber als durchaus positiv bewertet. Die Wiedervereinigung wird hingegen sowohl allgemein als auch auf persönlicher Ebene durch alle untersuchten Gruppen hindurch als „gute“ bis fast „sehr gute“ Erfolgsgeschichte bewertet. Diese auffällige Unterscheidung zwischen „böartiger“ Treuhandanstalt einerseits, die mit allen negativen Erscheinungen des Systemumbruchs (Arbeitslosigkeit, Abwicklung, Entlassungen) verknüpft wird, sowie den als positiv bis sehr positiv gewerteten Folgen der Vereinigung erscheint damit als auffälliger Ausdruck einer regelrechten Paradoxie in den untersuchten kollektiven Wahrnehmungen und Bewertungen. Die grundlegende kognitive Dissonanz ergibt sich letztlich aus der Tatsache, dass die Befragten ihre infolge des Wirtschaftsumbaus verbesserte (wirtschaftliche) Situation als persönlichen „Gewinn“ durchaus anerkennen, den konkreten Vorgang, also die praktizierte Ausgestaltung der Transformation, dennoch emotional scharf zurückweisen und als „Verlust“ oder „Abwicklung“ empfinden.

In den untersuchten individuellen Wahrnehmungen und Deutungen spielt die Treuhandanstalt bei Ostdeutschen über 40 Jahren in aller Regel eine gewichtige Rolle. Letztere artikulieren und verarbeiten anhand einer scharfen, aber zugleich auch abstrakt-formelhaften Generalkritik gerade an dieser Organisation insbesondere die negativen Aspekte der erlebten Umbrüche und Umstellungen nach 1989/90. In diesem Sinne lässt sich die Treuhandanstalt insbesondere mit Blick auf die älteren Ostdeutschen der „Erlebnisgenerationen“ als eine erinnerungskulturelle „Bad Bank“ bezeichnen, in die entsprechende soziokulturelle beziehungsweise sozioökonomische Abstiegs-, Entfremdungs- und Zurücksetzungserfahrungen „ausgelagert“ wurden. Vor allem innerhalb der älteren ostdeutschen (Teil-)Gesellschaft erweist sich die Treuhandanstalt, so lassen sich die Resultate dieser Befragung zuspitzen, als negativ besetzter wie abseits einer breiteren, gesamtdeutschen Öffentlichkeit gefestigter „Erinnerungsort“ der als krisenhaft gedeuteten Transformations- und Umbruchszeit der frühen 1990er-Jahre. Ironischerweise vereint dies die Ostdeutschen wiederum mit der kleinen Gruppe von ehemaligen Treuhand-Mitarbeitern selbst, die sich ihrerseits – wie gezeigt – an den biographischen Folgen ihres früheren Engagements bis zur Gegenwart umfassend abarbeiten.

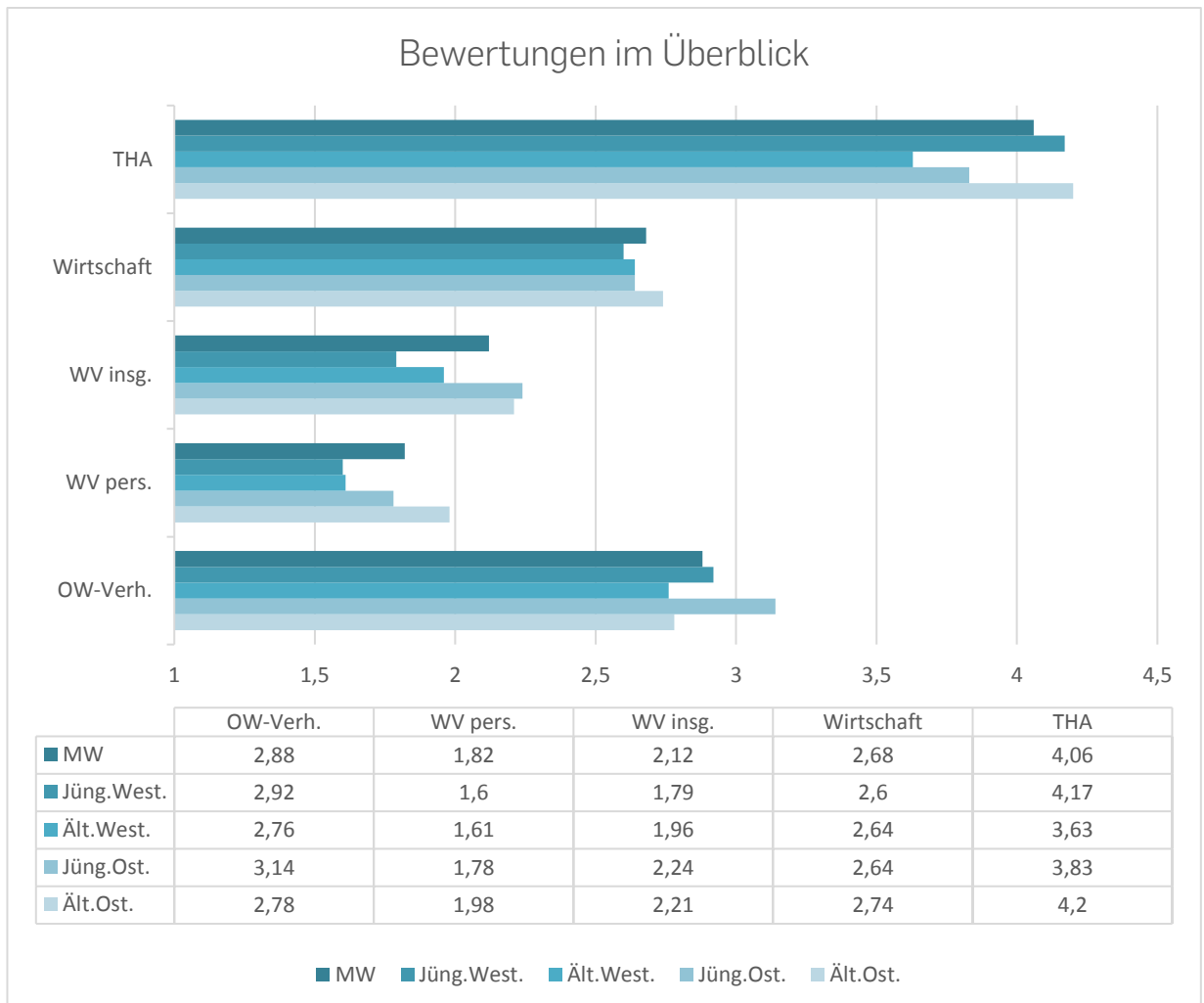


Abb. 14: Gesamtvergleich aller Bewertungsmuster nach Alter und Herkunft

3. Fazit: Erinnerungsgemeinschaften mit eigenen Wahrheiten

Ansatzpunkt der im zweiten Teil eingehend untersuchten individuellen beziehungsweise kollektiven Wahrnehmungs- und Deutungsmuster war die aufgeworfene Leitfrage, in welchem Verhältnis diese zu den zuvor untersuchten Diskursen stehen. Die Untersuchung der Beziehungen zwischen erinnerungskulturellen Diskursformationen auf der einen sowie den im subjektiven Rückblick anzutreffenden Einstellungen auf der anderen Seite bildet ein wichtiges Desiderat der gegenwärtigen Forschungen zur Treuhandanstalt und ihres erinnerungskulturellen „Nachlebens“, welches in dieser Studie aufgegriffen wurde. Die dabei eingefangenen individuellen Wahrnehmungen und Bewertungen erlauben wohlgerne *keine* wissenschaftlich validen Aussagen über die empirische „Wirklichkeit“ der seinerzeit „erlebten“ oder der effektiv praktizierten Treuhand-Aktivitäten. Vielmehr erfolgen diese als rückblickende Deutungen aus der Gesamtheit der seither gemachten Erfahrungen und den gegenwärtigen Lebensbedingungen der jeweils bewertenden Personen heraus. Es gelangt auf diese Weise also nicht unbedingt das früher konkret „Erlebte“ zum Ausdruck, sondern dieses wird innerhalb eines gegenwärtigen Sinnhorizonts retrospektiv interpretiert und artikuliert.

Für diese erinnerungskulturelle „Inventur“ wurden methodisch zwei explorative Zugriffsweisen miteinander kombiniert. In einem ersten Schritt wurden **qualitativ ausgerichtete Expertenbefragungen** mit Methoden der *Oral-History* mit ehemaligen inner- wie außerhalb der Organisation aktiven Akteuren geführt. Hierbei wurden verschiedene biographische Erzählstrukturen beziehungsweise Verarbeitungsmuster in unterschiedlichen Gruppen sichtbar: **Frühere westdeutsche Treuhand-Mitarbeiter/innen**, die ab dem Frühjahr 1991 die Führungspositionen der Organisation dominierten, bearbeiten hierbei insbesondere ein zentrales biographisches Problem. Eine als besonders intensiv erlebte Zeit des eigenen beruflichen Schaffens, in der man aus idealistisch-patriotischen oder professionellen Motiven bisweilen immense persönliche Belastungen auf sich genommen habe, finde demnach kaum allgemeinen Respekt oder gesellschaftliche Anerkennung – ganz im Gegenteil. Die weitgehende De-Thematisierung der Transformation in Westdeutschland sowie die anhaltend verbreiteten negativen Wertungen in Ostdeutschland verstärken dabei in der individuellen Rückschau der früheren Manager und Unternehmer diesen biographischen Konflikt bis in die Gegenwart.

In einer biographischen Konfliktsituation finden sich auch deren **ehemalige ostdeutsche Treuhand-Kollegen**, jedoch unter veränderten Vorzeichen: Ihre prekäre Zwischenposition als Mitarbeiter in der „bestgehassten“ Organisation im Ostdeutschland der frühen 1990er-Jahre erzeugt hier ein dauerhaftes (Selbst-)Rechtfertigungsbedürfnis nach innen wie nach außen. Zum einen hadert man in dieser Gruppe merklicher mit der Praxis und den Ergebnissen der forcierten Privatisierungs- und Abwicklungspolitik der Organisation sowie den hiermit einhergehenden gesellschaftlichen Konsequenzen, auf die man letztlich nur begrenzten Einfluss haben nehmen können. Das eigene Treuhand-Engagement, das häufig auch zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit angestrebt wurde, sei zudem mit einer merklichen sozialen Isolation einhergegangen. Zum anderen erzeugt bei diesen vormaligen DDR-Planwirtschaftskadern, Ministeriumsmitarbeitern und Branchenexperten nicht zuletzt auch die oft ruckartig vollzogene professionelle Kehrtwende vom „Bewahrer“ zum „Abwickler“ der Planwirtschaft und ihrer Betriebe entsprechende biographische Reibungen.

Ferner wurden exemplarisch auch nicht direkt bei der Treuhandanstalt beschäftigte, aber mit der Organisation im intensiven alltäglichen Austausch stehende, **externe Experten wie Politiker, Manager, Juristen, Gewerkschaftler oder Betriebsräte** perspektivisch in die qualitativen Untersuchungen einbezogen. Hierbei ergibt sich kein einheitliches Stimmungsbild, da die jeweiligen Bewertungen sehr stark von den jeweiligen Fallkonstellationen abhängig sind, in denen man in dieser Zeit mit der Organisation und ihrem Personal interagiert. Letztlich erscheinen hier im jeweiligen Rückblick vor allem differenzierende Distanzierungen verbreitet, bei denen die umstrittene Organisation einerseits in ihren alltagspraktischen Zwängen sowie den jeweiligen Bemühungen der aktiv Handelnden beschrieben und bewertet wird. Zum anderen werden aber auch in dieser Gruppe spezifische Defizite oder mögliche Fehlentwicklungen deutlicher benannt und herausgehoben. Die aus den im ersten Studienteil systematisch untersuchten Diskursen bekannten, übergeordneten Pole einer pauschalen Kritik oder einer umfassenden Verteidigung der Organisation finden sich dabei noch am stärksten ausgeprägt bei früheren Regierungspolitikern sowie einstigen Betriebsräten.

Diese qualitativen Erzähl- und Deutungsmuster auf Ebene der früheren Experten sollten schließlich im zweiten Abschnitt dieses Kapitels durch eine **quantitative Umfragerhebung** zu retrospektiven erinnerungskulturellen Einstellungsmustern explorativ ergänzt beziehungsweise kontrastiert werden. Zu

diesem Themenkomplex lagen bislang noch gar keine empirischen Befunde vor, so dass mithilfe einer 500 Teilnehmer/innen umfassenden Zufallsbefragung in Ostdeutschland zunächst einige Grundmuster herausgearbeitet wurden. Bei dieser wurde zum einen eine ausgeprägte **generationelle Differenzierung** deutlich, da die Treuhandanstalt vor allem bei den „Erlebnisgenerationen“ der Über-40-Jährigen fast zur Gänze bekannt, bei den Nachgeborenen hingegen so gut wie unbekannt erscheint. Eine markante **Ost-West-Differenz** ließ sich zudem anhand der individuellen Bewertungen des Gegenstands herausarbeiten, die vor allem bei älteren Ostdeutschen grundlegend (kapitalismus-)kritisch mit „Abwicklung“ und „Ausverkauf“ und damit generell mit den negativen Konsequenzen der „Wiedervereinigung“ verknüpft wird. Diese **eigentümliche Zweiteilung** in der rückschauenden Bilanz der „Wiedervereinigung“ wurde schließlich ebenso deutlich: Während die „Einheit“ von Ost- und Westdeutschen aller Altersgruppen positiv bis sehr positiv als „Gewinn“ betrachtet wird, erfahren etwa das Ost-West-Verhältnis oder die Wirtschaftsentwicklung eine zurückhaltendere, aber überwiegend positive Bewertung. Den negativen Pol im hier untersuchten Spektrum bildet schließlich die Treuhandanstalt, die als Organisation vor allem von den Betroffenen der ostdeutschen „Erlebnisgeneration“ noch immer als *die* Hauptverantwortliche für die gesellschaftlichen Umstellungskrisen der Transformationszeit wie Arbeitslosigkeit, Massenentlassungen, Betriebsschließungen oder Degradierungen wahrgenommen wird. Jüngere oder westdeutsche Befragte hielten sich demgegenüber mit derart scharfen Bewertungen etwas zurück, offenbarten aber dennoch eine deutliche Skepsis oder aber Unsicherheit im Rückblick auf diese Organisation.

Gerade im Kontrast zeigen sowohl die qualitativen Experten-Interviews mit früheren Treuhand-Mitarbeitern als auch die quantitativen Befragungen auf, dass sich auch langfristig verschiedene Erinnerungsgemeinschaften formiert haben, die im retrospektiven Rückblick über die Umbruchszeit ihre jeweils eigenen „Wahrheiten“ pflegen, die man als regelrechte erinnerungskulturelle „Echokammern“ beschreiben könnte: Ehemalige westdeutsche Führungskräfte, aber auch ostdeutsche Treuhand-Mitarbeiter/innen arbeiten sich nach wie vor biographisch intensiv an den äußerst kritischen äußeren Bewertungen der eigenen Organisation ab. Dagegen verorten noch bis in die Gegenwart hinein beträchtliche Teile insbesondere der älteren ostdeutschen Bevölkerung die negativen Phänomene der Umbruchszeit nach dem Ende der DDR insbesondere bei der

Treuhandanstalt. Erinnerungskulturell ist diese damit über die letzten Jahrzehnte hinweg, das zeigen die eingefangenen explorativen Befunde eindrucksvoll, zu einem negativ konnotierten, vor allem in Ostdeutschland bekannten „Erinnerungsort“ für die „Vereinigungskrise“ geworden, der jedoch im Westen und unter Jüngeren weitgehend in Vergessenheit geraten ist – und der bislang in dieser Ausprägung kaum Entsprechung oder Reflexion in öffentlichen, politischen oder wissenschaftlichen Auseinandersetzungen findet.

Schluss

1. Die Treuhandanstalt im Rauchnebel der jüngsten Zeitgeschichte

Von der US-amerikanischen Historikerin Barbara Tuchman stammt das bekannte Bonmot von der Zeitgeschichte als einer „Geschichte, die noch qualmt“. Im vorliegenden Falle sehen wir jedoch nicht nur einige Rauchfahnen aufsteigen, sondern blicken in dicke Rauchwolken, die noch schwer über dem Ort einer kurzen, aber dafür umso heftigeren Auseinandersetzung hängen. Die Spuren dieser einschneidenden und erbitterten Konflikte um den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft haben sich tief ins Gedächtnis der damals aktiv *Beteiligten* (aus West und Ost) gegraben; auch die von den hitzigen Konflikten unmittelbar und mittelbar *Betroffenen* haben die von ihnen nach dem abrupten Ende der DDR erlebten Transformations- und Übergangskrisen keineswegs einfach allmählich vergessen oder verdrängt – ganz im Gegenteil. In der erinnerungskulturellen Landschaft Deutschlands existieren, wenn man so will, einige weitgehend durch scharfe Politisierungen und Polarisierungen kontaminierte und daher im nationalen wie öffentlichen Rückblick schwer zugängliche Landstriche. Das sind keine „blühenden“ sondern vielmehr vernebelte Landschaften in der gegenwärtigen Erinnerungskultur. Diese Areale erscheinen zerklüftet, abgelegen und gefährlich zugleich; sie sind übersät mit den verstreuten ideologischen Versatzstücken und weitgehend ungeräumten politischen Kampfmitteln früherer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um das Ende der DDR und ihrer Planwirtschaft. Die Treuhandanstalt, so hat diese Studie gezeigt, ist eine solche schwer zugängliche Zone im erinnerungskulturellen Konflikt- und Spannungsfeld zwischen Ost und West sowie zwischen vergangener DDR und einer nicht mehr ganz so neuen „Berliner Republik“. Sie ist *ein*, aus ostdeutscher Sicht vielleicht sogar *der* negativ besetzte *Erinnerungsort* der hochdynamischen und konfliktintensiven „Vereinigungsgesellschaft“ der Jahre unmittelbar nach 1990.

Dieser komplexen erinnerungskulturellen Gemengelage an konfligierenden Deutungen und widerstreitenden Wahrnehmungen in unterschiedlichen Zirkeln, Gruppen und Milieus ist mit einer einzigen Methode schwerlich beizukommen. Im Rahmen dieser Studie gelangten verschiedene Instrumente aus den Werkzeugkästen der Geschichts- wie auch der Sozialwissenschaften zum Einsatz. Es ging uns darum, mithilfe verschiedener Zugriffe ein bislang weitgehend unbeackertes Feld zu erschließen, welches die Sozialwissenschaften nicht mehr, die gegenwärtigen Geschichtswissenschaften demgegenüber noch nicht zur

Gänze im Blick haben. Die verschiedenen Annäherungen an die Treuhand über eine überblicksartige *Diskursanalyse*, qualitative *Experteninterviews* sowie quantitative *Umfrageerhebungen* sollten auf diese Weise verschiedene Sichtachsen auf die Treuhandanstalt im Besonderen sowie die Transformations- und Umbruchszeit im Allgemeinen im erinnerungskulturellen Haushalt des Jahres 2017 freilegen. Die wesentlichen Befunde dieser explorativen Probebohrungen sollen im Rahmen dieses Schlussteils zu drei zentralen *Ergebnissen* gebündelt werden. Anschließend werden drei wesentliche *Empfehlungen* für den weiteren öffentlichen, wissenschaftlichen wie auch gesellschaftlichen Umgang mit der im Kontext dieser Studie herausgearbeiteten erinnerungskulturellen Konstellation formuliert.

2. Ergebnisse: diskursive Erstarrungen, prekäre Biographien und unverarbeitete Umbruchserfahrungen

Was die vorliegende Studie ausdrücklich *nicht* leisten konnte und auch nicht leisten wollte, ist eine generelle politische, ökonomische oder juristische *Bewertung* der Arbeit der Treuhandanstalt oder ihrer langfristigen Resultate. Hierfür standen weder die erforderliche Zeit noch die entsprechenden Mittel und die notwendigen Ressourcen zur Verfügung. Man wird mit einiger Sicherheit annehmen können, dass eine solche Bewertung – so man sie denn vornehmen möchte – kaum pauschale oder gar eindeutige Ergebnisse hervorbringen dürfte. Die Organisation, ihre kurzfristige Entstehung und explosive Entwicklung, ihr stark gemischtes Personal, ihre sehr unterschiedlichen Aufgabenfelder sowie ihre intensiven Auseinandersetzungen mit ihren diversen Umfeldern erscheinen als komplexe und vielschichtige Forschungsgegenstände, die aus verschiedenen Perspektiven empirisch erkundet und sehr differenziert bewertet werden müssen. Eine intensive Auseinandersetzung mit dieser sehr kurzlebigen Übergangsorganisation zwischen Plan und Markt bietet sehr viel aber keine einfachen oder pauschalen Antworten im Modus von „Erfolg“ oder „Misserfolg“ – auch wenn ein entsprechendes Urteils- und Orientierungsbedürfnis bei Beteiligten und Betroffenen nur allzu verständlich ist.

Unter dem von uns gewählten Schlagwort einer „Inventur“ haben wir demgegenüber im Rahmen dieser Untersuchungen versucht, die gegenwärtig feststellbaren, rückschauenden Wahrnehmungs- und Deutungsmuster zu

Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau möglichst exakt einzufangen und differenziert zu beschreiben. Die jeweils in den unterschiedlichen Gruppen gepflegten Wahrheiten folgen ihren jeweils eigenen Logiken: Ein früherer Treuhand-Manager mag tiefe Undankbarkeit, eine von der Organisation entlassene Ostdeutsche größte Ungerechtigkeit empfinden. Diese individuellen Wahrnehmungen zu bewerten oder gar zu korrigieren, erschien uns weder möglich noch nötig. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden diese Stimmungsbilder und die hiermit verbundenen Logiken auf mehreren Ebenen erfasst: In einer übergeordneten Sphäre beziehungsweise *Makro-Ebene* öffentlicher Diskurse und gesellschaftlicher Debatten; auf einer *mittleren Ebene* institutionell vormals aktiver Experten und beteiligter Zeitzeugen sowie schließlich auf einer *Mikro-Ebene* individueller Wahrnehmungen und Deutungen. Anhand dieser drei Sichtachsen sollen im Folgenden nochmals die Kernbefunde dieser Studie ausgeführt und verdeutlicht werden.

Erstens. In einem *primären* Zugriff wurden die Debatten um die Treuhandanstalt mithilfe einer **Diskursanalyse** zunächst aus einer Makroperspektive heraus in den Blick genommen. Die Analyse der konkurrierenden Akteursgruppen, der wesentlichen Konjunkturen sowie der zentralen Konflikt- und Themenfelder zeigte dabei im Gesamtbild eine bis in die Gegenwart hinein stark ausgeprägte Politisierung, Polarisierung und Fragmentierung des von uns untersuchten Gegenstandes. In einem klassischen Sinne *politisiert* wurde die Treuhandanstalt bereits sehr frühzeitig und *kurzfristig* in den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über die forcierten Massenprivatisierungen in der ostdeutschen Betriebslandschaft, die vor allem ab dem Frühjahr 1991 umfassend einsetzten. Die im Gefolge einer schon bald umfänglich diagnostizierten „Vereinigungskrise“ aufbrechenden Deutungskämpfe zwischen konservativ-liberalen Regierungsparteien auf der einen sowie sozialdemokratischen, grünen und sozialistischen Oppositionskreisen auf der anderen Seite befeuerten schließlich *mittelfristig* eine ausgeprägte *Polarisierung* der hiesigen Diskurslandschaft, in der differenzierende Positionen im (Parteien-)Streit zwischen „Rechts“ und „Links“ kaum noch vertreten waren. Eine konsensorientierte, vermittelnde oder gar ausgleichende Position aus einer politischen Mittellage, wie sie uns gegenwärtig vielfach vertraut erscheint, ließ sich in den vorliegenden Debatten kaum nachweisen. Die Treuhandanstalt und ihre Geschichte konnten schon sehr bald nur noch als strahlende *Heldensage*, spektakuläre *Skandalgeschichte* oder aber

als empörender *Enteignungsbericht* erzählt werden. *Langfristig* führten die diskursiven Mechanismen von Politisierung und Polarisierung zu einer erstaunlichen *Fragmentierung* des hier untersuchten Feldes: Während das Thema bis in die Gegenwart in Ostdeutschland in einer Perspektive „von unten“ durchaus präsent und hochgradig emotional besetzt blieb, fiel es in Westdeutschland weitgehend dem Vergessen anheim. In der öffentlichen Sphäre der Bundesrepublik fand die Organisation schon bald nur noch verhaltenen Widerhall; hier waren es vor allem immer wieder wiederholte und variierte Skandalgeschichten, die im Rhythmus von Jubiläen das Thema aufgriffen, welches die verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen wieder aus dem Blick verloren oder aber noch gar nicht in den Blick genommen hatten. Insgesamt lässt sich von im Zeitverlauf regelrecht **erstarten Konfliktlinien** im hier untersuchten öffentlichen Diskurs im (Rück-)Blick „von oben“ sprechen.

Zweitens. Die individuellen Retrospektiven verschiedener Akteursbeziehungsweise Expertengruppen über **qualitativ ausgerichtete Experteninterviews** sollten die auf die Treuhandanstalt bezogenen „Erinnerungsgemeinschaften“ und deren jeweilige (rückschauend erzählte) Wahrnehmungshorizonte herausarbeiten. Gerade bei früheren Akteuren und Zeitzeugen hat die als ausgesprochen intensiv erlebte Treuhand-Zeit langfristige biographische „Spuren“ hinterlassen, und zwar bei den beteiligten Ost- und Westdeutschen gleichermaßen. Diese Experten stehen somit gerade auch langfristig vor der biographischen Herausforderung, ihr eigenes, als ausgesprochen intensiv erlebtes Engagement rückwirkend mit Sinn zu füllen und gegen fortgesetzte Kritik sowie latente Vorbehalte zu verteidigen. Während es dem westdeutschen Führungspersonal vergebens nach einer breiteren Anerkennung ihres exzeptionellen, patriotisch oder professionell motivierten Engagements im „wilden Osten“ verlangt, erscheinen ehemalige ostdeutsche Treuhand-Mitarbeiter/innen demgegenüber regelrecht „eingeklemmt“ zwischen selbstverteidigenden Binnen- und meist überaus kritischen Außenperspektiven auf die umkämpfte Organisation. Die mit der Treuhandanstalt interagierenden Experten aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Justiz hingegen artikulieren deutlich konstellationsabhängige Wahrnehmungsweisen, neigen aber nicht unbedingt zu pauschalen Auf- oder Abwertungen. Letztlich durchziehen also **komplizierte biographische Anpassungsstrategien** die individuellen Rückblicke auf der hier exemplarisch untersuchten Expertenebene. Die weitgehende De-Thematisierung im Westen, die turnusmäßige, aber stets nur sehr punktuelle

Skandalisierung in der öffentlichen Sphäre sowie die untergründigen, gleichwohl in Ostdeutschland markant verbreiteten, stark negativ geprägten Emotionalisierungen lassen letztlich auch die kleine, aber sehr aufmerksame „Erinnerungsgemeinschaft“ des einstigen Treuhand-Personals nur schwer zur Ruhe kommen.

Drittens. Die angesprochenen (teil-)gesellschaftlichen Grundströmungen im Blick auf die Treuhandanstalt als erinnerungskulturellem Bezugspunkt wurden schließlich mithilfe **quantitativer Umfragerhebungen** erstmals eingehender auf einer gesellschaftlichen Mikro-Ebene untersucht. Auf einer breiten, obgleich nicht im statistischen Sinne repräsentativen Datenbasis konnten hierbei sowohl *ausgeprägte generationelle Differenzen* als auch *fortbestehende Ost-West-bezogene Gegensätze* herausgearbeitet werden. Während jüngere Befragte aus Ost und West mit dem Thema kaum noch etwas anzufangen wussten, erinnerten sich ältere Westdeutsche zwar an die Treuhandanstalt, gaben sich aber bei deren Bewertung meist zurückhaltend, in jedem Falle keineswegs triumphalistisch. Letztlich erwies sich von allen 500 Befragten insbesondere die Gruppe der älteren Ostdeutschen aus der „Erlebnisgeneration“ der Über-40-Jährigen als zentrale Trägergruppe dezidiert kritischer Rückblicke auf die Treuhand- und Transformationszeit. Während die „Wiedervereinigung“ insgesamt durchweg als Erfolg betrachtet wird, offenbart die häufig sehr negative Rückschau auf die bevorzugt mit der „Abwicklung“ und dem „Ausverkauf“ der zuvor „volkseigenen“ Industrie verknüpfte Treuhandanstalt eine bemerkenswert **ambivalente Distanz zur liberalen Marktwirtschaft**, die dabei durchaus paradoxe Züge trägt: Einerseits werden die Vorzüge und Freiheiten der neuen Wirtschafts- und Konsumordnung durchweg angenommen und begrüßt. Auf der anderen Seite jedoch werden deren negative Begleiterscheinungen (Arbeitslosigkeit, Armut, soziale Ungleichheit) noch immer vor allem mit der Treuhandanstalt und ihrem damaligen Wirken verbunden. Der bisweilen hochemotionale Rückblick verweist damit letztlich auf **latent unverarbeitete Umbruchserfahrungen** insbesondere in der Gruppe älterer Ostdeutscher, welche als solche in den öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Arenen der heutigen Bundesrepublik im Grunde nur wenig repräsentiert sind. Zudem deuten die von uns eingefangenen Beobachtungen darauf hin, dass es offenbar nicht zu einer ausgeprägten transgenerationellen „Weitergabe“ der hier beschriebenen Muster *innerhalb* der ostdeutschen (Teil-)Gesellschaft kommt: Zwar sind die jüngeren Ostdeutschen, vermutlich über innerfamiliäre Erzählungen, ein Stück weit vertrauter mit der Treuhandanstalt als

ihre Altersgenossen aus Westdeutschland – dies jedoch nicht in erheblichem Maße.

Die Treuhandanstalt spielt damit, so ließen sich diese drei herausgestellten Kernbefunde bündeln, ihre zeitgenössisch bereits umfassend attestierte und beschriebene „Sündenbock“-Rolle auch in der erinnerungskulturellen Sphäre des nunmehr seit bald drei Jahrzehnten vereinten Deutschlands weiter. Jedoch ist sie vom kurzfristigen vereinigungspolitischen „Blitzableiter“ mittel- und langfristig zu einer **erinnerungskulturellen „Bad Bank“** geworden, in die viele einstmals direkt oder indirekt betroffene Ostdeutsche ihre weitgehend unverarbeiteten Umbruchserfahrungen mental „auslagern“ konnten, um die Vorzüge der neuen Zeit ungestört anerkennen und genießen zu können. Ob ein auf diese Weise hochgradig kontaminierter „Erinnerungsort“ in Ostdeutschland tatsächlich „funktional“ ist, wie insbesondere von Sozialwissenschaftlern in den 1990er Jahren vermutet wurde, erscheint mittlerweile durchaus diskutabel. Kurzfristig scheint die Treuhandanstalt durchaus das politische System der neuen „Berliner Republik“ maßgeblich stabilisiert und auf diese Weise entlastet zu haben. Langfristig jedoch deuten sich allerdings auch erinnerungskulturelle Risikopotenziale an, die die Frage erlauben, inwiefern die hier eingekapselten Frustrations- und Ernüchterungserfahrungen im Sinne eines negativen „Gründungsmythos“ wirklich dauerhaft unter der Oberfläche bleiben – oder ob gerade diese kaum aufgearbeiteten oder reflektierten Externalisierungsstrategien nicht sogar auch ausgesprochen bedenkliche Rückwirkungen auf die politische Kultur haben könnten.

Denn die Bilder, die sich gerade viele ältere Ostdeutsche auch noch im Jahr 2017 vom Wirtschaftsombau in den frühen 1990er-Jahren machen, erscheinen von vielfältigen Ernüchterungen, Abstiegen und Abbrüchen dominiert zu sein. Diese individuell so empfundene *Ohnmacht* gegenüber den Zeitläufen findet ihr Gegenstück in einer fremden *Allmacht*: Wenn man so will, bündeln sich gerade in den hier untersuchten Rückblicken auf die Treuhandanstalt und ihre Aktivitäten individuelle Überwältigungserfahrungen vieler älterer Ostdeutscher gegenüber einer stets als fern, kalt, anonym und arrogant erlebten „Obrigkeit“. Im erinnerungskulturellen Rückblick insbesondere dieser Gruppe setzte das „Treuhand-Regime“ der frühen 1990er-Jahre auf diese Weise die zuvor von der SED-Führung und ihren „Staatsorganen“ praktizierte, unanfechtbare Macht- und Herrschaftspolitik fort. Unter radikal umgekehrten Vorzeichen habe diese nun zwar nicht mehr nach der „Vervollkommnung“ des realen Sozialismus, sondern

nach der Vollendung eines raschen Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft gestrebt – die Mechanismen der Fremdbestimmung und des Ausgeliefertseins scheinen in dieser Lesart erhalten geblieben zu sein. Im erinnerungskulturellen Haushalt älterer Ostdeutscher scheint gerade der negative Rückblick auf die vermeintlich allmächtige Treuhandanstalt auch dazu zu dienen, die jeweiligen Vorstellungen davon, wie „die Macht“ tatsächlich funktioniert, über den Wechsel der politischen Systeme hinweg zu transportieren.

Die unter älteren Ostdeutschen im Rahmen dieser Studie systematisch herausgearbeitete Treuhand-Kritik ist dabei nicht unmittelbar mit den ebenfalls untersuchten politischen Diskursen im öffentlichen Raum verschaltet. Sie lässt sich nicht einfach auf ein politisches Rechts-Links-Schema bringen. Im Laufe der 1990er-Jahre scheint die herausgestellte Polarisierung im politischen System letztlich durch stark identitär aufgeladene Ost-West-Konflikte in der ostdeutschen (Teil-)Gesellschaft überschrieben und somit regelrecht neformatiert worden zu sein. In der Folge lassen sich gerade in den gegenwärtigen erinnerungskulturellen (Rück-)Blicken auf Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau merkliche Distanzierungen zahlreicher einstmals direkt oder indirekt betroffener Ostdeutscher gegenüber der politischen beziehungsweise wirtschaftlichen Ordnung nachweisen, die allerdings noch eingehender zu untersuchen wären.¹⁷⁶ Es scheinen hierbei nicht in erster Linie parteipolitische Konfliktlinien aus der Diskursebene ausschlaggebend, sondern vielmehr ein zumindest partielles Systemmisstrauen, das von vorsichtig geäußerter Skepsis bis hin zu scharfer, offener Grundsatzkritik oszillieren kann.

¹⁷⁶ Diese Frage erhält nach den jüngsten Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien gerade in Ostdeutschland natürlich neuerliches Gewicht. Die Forschungslage hierzu ist jedoch relativ uneinheitlich, vgl. dazu exemplarisch im Überblick: Alexander Thumfart: Politische Kultur in Ostdeutschland, in: APuZ 39/40 (2001), S. 6-14; Michael Edinger; Andreas Hallermann: Politische Kultur in Ostdeutschland. Die Unterstützung des politischen Systems am Beispiel Thüringens, Frankfurt/Main u.a. 2004; Werner J. Patzelt: Politische Kultur und Innere Einheit. Eine Bilanz der Wiedervereinigung, in: Borchard, Michael (Hg.): Politische Kultur in den Neuen Ländern. Zum Stand der Inneren Einheit – eine Zwischenbilanz, Berlin 2007, S. 7-42; Felix Arnold; Ronny Freier; Martin Kroh: Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung?, in: DIW Wochenbericht 37 (2015), S. 803-814.

In jüngerer Zeit wurde, mit guten Argumenten, für eine stärkere „Regionalisierung“ der Betrachtungsweisen plädiert, die eine Analyse von „Ostdeutschland“ als Ganzem eher problematisch erscheinen lässt, vgl. dazu Tom Mannewitz: Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden 2015.

Letztlich zeigt sich dabei auch der alte, stark geschichtspolitisch aufgeladene Streit über mögliche „Ursachen“ ostdeutscher „Demokratiedefizite“ in einem etwas anderen Licht: Es sind weder ausschließlich die langfristigen Entfremdungseffekte einer autoritär-totalitären „DDR-Sozialisation“ oder noch die kurz- und mittelfristigen Ernüchterungseffekte einer „neoliberalen“ Transformationspolitik *an sich*, welche die in Ostdeutschland zumindest teilweise bestehende Skepsis gegenüber der politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik erklären können. Es scheint vor allem das in den jeweiligen Wahrnehmungen und Deutungen tief eingeschriebene Zusammenwirken verschiedener *sozioökonomischer* wie *soziokultureller* Umbruchs- und Überwältigungserfahrungen zu sein, welches nun *erinnerungskulturell* als gewissermaßen zusammengehörige, logische Abfolge gedacht wird. Eine überspitzte Beschreibungsformel dieser oftmals aus einer dezidiert ostdeutschen Opferperspektive heraus formulierten Erinnerungskonstellation könnte demnach lauten: Zunächst sei man über 40 Jahre vom SED-Regime und seinen kommunistischen Funktionären im sowjetisch dominierten „Ostblock“ unterdrückt und ausgenutzt worden, um unmittelbar nach den revolutionären Umbrüchen binnen vier Jahren von der Treuhandanstalt und ihren West-Managern zugunsten der westlichen Konzerne beziehungsweise des Kapitalismus „ausverkauft“ (das „Volksvermögen“) und „abgewickelt“ (die Betriebe und Arbeitsplätze) worden zu sein. Inwiefern derlei in bestimmten gesellschaftlichen Sphären eingekapselte Wahrnehmungen und kulturellen Deutungsmuster einer fortgesetzten „Fremdbestimmung“ von „oben“ beziehungsweise einer umfassenden „Überwältigung“ von „außen“ letztlich wirklich auch langfristig „entlastend“ für eine politische Kultur einer (Teil-Gesellschaft) im freiheitlich-liberalen Sinne wirken können, muss an dieser Stelle jedoch mit einem Fragezeichen versehen werden.

3. Empfehlungen: Differenzierung, Pluralisierung und Historisierung

Ausgehend von der im Rahmen dieser Studie beschriebenen erinnerungskulturellen Konfiguration zielen die nachfolgend von uns unterbreiteten Vorschläge in erster Linie auf eine umfassende Versachlichung der Auseinandersetzung um die Treuhandanstalt im Besonderen sowie der Transformationszeit im Allgemeinen. Es gilt also, auf verschiedenen Ebenen Zugänge zu diesem Thema jenseits der zeitgenössischen Politisierungen, Polarisierungen und Fragmentierungen sowie den hiermit verbundenen erinnerungskulturellen Paradoxien und Ambivalenzen zu finden.

Erstens. Es scheint uns unbedingt erstrebenswert, die weiteren Auseinandersetzungen um die Treuhandanstalt und deren materielle wie ideelle „Vermächtnisse“ deutlich differenzierter zu führen, wobei wir uns freilich darüber im Klaren sind, dass eine Art wissenschaftlich gestiftete Harmonisierung oder vollständige Entpolitisierung der versprengten Diskurse kaum erreichbar oder letztlich auch sinnvoll erscheinen.¹⁷⁷ Dennoch könnte eine **Differenzierung** der Diskussionen dabei helfen, die noch immer ausgeprägte Polarisierung, Politisierung oder Fragmentierung der auf die Umbruchszeit bezogenen Diskussionen nicht einfach historiographisch fortzuschreiben, sondern diese selbst zum Gegenstand weiterer Forschungen zu machen. Es sollte unseres Erachtens also nicht darum gehen, in einer Art erinnerungskulturellem Wettstreit letztgültig zu entscheiden, ob die Treuhandanstalt denn nun am Ende doch als heroischer „Erfolg“ der „Einheit“, als spektakulärer „Skandal“ oder als neoliberales „Überfallkommando“ zu betrachten ist. Wie gesehen, pflegen unterschiedliche Gruppen und Milieus bis in die Gegenwart hinein ihre eigenen, jeweils stark identitätsbezogenen „Wahrheiten“ zu Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau: Ehemaligen westdeutschen Führungskräften erscheint diese Phase als verkannter Höhepunkt ihres beruflichen Schaffens beziehungsweise patriotischen Engagements, für zahlreiche Ostdeutsche ist sie hingegen das Symbol westlicher Dominanz, eines ungebremsten Kapitalismus sowie der Arroganz der Macht. Über die gezielte Hinwendung zu konkreten Gegenständen und die eingehende Untersuchung häufig komplexer Fallkonstellationen könnte

¹⁷⁷ Dazu systematisch weiterführend: Niklas Luhmann: Risiko und Gefahr, in: Krohn Wolfgang; Krücken, Georg (Hgg.): Riskante Technologien: Reflexionen und Regulation, Frankfurt am Main 1993, S. 138-185. Luhmann bezog sich hierbei auf die Konflikte zwischen Befürwortern und Gegnern der Kernenergie in der Bundesrepublik der 1980er-Jahre. Grundsätzliche Folgerungen scheinen aber auch für die hier untersuchte Konfliktkonstellation überaus bedenkenswert.

dabei gerade auch die hiesige Zeitgeschichtsforschung zur differenzierenden Versachlichung der Debatten einen eigenen, wichtigen Beitrag in Form alternativer wissenschaftlicher Diskussions- und Deutungsangebote leisten.

Zweitens. Hiermit eng verbunden wäre eine unbedingt nötige **Pluralisierung** des hier untersuchten Debattenfeldes. Es sollte künftig nicht bevorzugt darum gehen, durch geschichtspolitisch motivierte Maßnahmen oder Kampagnen gegenläufige oder einander widersprechende Perspektiven aus einer auktorialen Perspektive zu „berichtigen“. In den Sphären von (nationaler) Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft, aber insbesondere auch im schulischen Raum sollte sowohl genügend Raum für eine angemessene Repräsentation bislang weitgehend marginalisierter ostdeutscher Erinnerungen als auch für die ambivalenten Erfahrungen ehemals beteiligter, zumeist westdeutscher Gestalter sein. Gegenwärtig, das wird vor allem mit Blick auf die verschiedenen Untersuchungsfelder deutlich, findet so gut wie *kein* kommunikativer Austausch zwischen den regelrecht erstarrten Lagern und Gruppierungen statt; man spricht übereinander, aber in aller Regel nicht miteinander. Alle Beteiligten pflegen und verteidigen in regelrechten kommunikativen „Echokammern“ ihre jeweils eigenen „Wahrheiten“, wobei hiermit letztlich weniger die Absicht verbunden ist, die jeweiligen Kontrahenten und Gegenspieler von der Richtigkeit der eigenen Position zu überzeugen, sondern vor allem die identitäre Selbstbestätigung im Vordergrund steht. Doch gerade ein eingehender Blick auf die krisenhaften Übergangs- und Umbruchszeiten nach dem abrupten Ende des Sozialismus sollte vielmehr für die erheblichen Ambivalenzen, Kontingenzen und Alternativen historischer Umbruchsprozesse sensibilisieren, deren langfristige Verarbeitung und Diskussion nur im pluralen und konstruktiven Austausch über verschiedene, auch stark voneinander abweichende Perspektiven liegen kann.

Drittens. Pluralisierung und Differenzierung erscheinen dabei als Voraussetzungen einer nun bevorstehenden **Historisierung** der Transformationszeit der frühen 1990er-Jahre in Deutschland und Europa. An diesem Punkt ist gerade auch die Politik gefragt, entsprechend offene transparente Strukturen und förderpolitische Optionen für alle interessierten Forscherinnen und Forscher zu eröffnen. Staatliche Förderpolitik sollte dabei nicht, wie in den letzten Jahren vermehrt, treibender Impuls sein, sondern stärker wieder dezentrale Forschungen und ergebnisoffene Debatten ermöglichen. Gerade mit Blick auf einen derart mit scharfen Deutungen und erstarrten Konfliktlinien überfrachteten Gegenstand wie die Treuhandanstalt müssen deren

umfassende archivalische Hinterlassenschaften durch das hierfür zuständige Bundesarchiv nachhaltig gesichert, erschlossen und einer möglichst breiten Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht werden: Negativer Mythenbildung ist durch eine Abschottung dieser Materialien sicher gerade nicht beizukommen. Eine umfassende „Aufarbeitung“ der Transformationsepoche, wenn man diesen schwierigen Begriff hierfür überhaupt weiter nutzen möchte, sollte dabei in einem breiten wie pluralen Diskussionsprozess verschiedener Öffentlichkeiten, Disziplinen und Institutionen in Ost und West erfolgen. Abermals sei hier, auch mit Blick auf die herausgestellten generationellen Differenzen, auf das schulische Bildungssystem verwiesen, in dem gerade die allerjüngste Zeitgeschichte, die doch die unmittelbare Vorgeschichte unserer Gegenwart ist, meist viel zu wenig Raum einnimmt.

Insgesamt plädieren wir also gerade nicht für eine simple „Entpolitisierung“ der zerklüfteten Debattenlandschaft, sondern möchten zurückhaltender für deren perspektivische Öffnung durch neue Versachlichungs- und Diskussionsangebote aus der (geschichts-)wissenschaftlichen Sphäre werben. Die in diesem Zusammenhang vielstimmig zu diskutierenden Geschichten der „Vereinigungsgesellschaft“ sollten dabei gerade nicht als rein ostdeutsche Regional- oder bloße „Nachgeschichte“ der DDR verstanden werden. Diese sollten vielmehr als wesentlicher, wenngleich nicht erschöpfender Teil der jüngsten deutschen und europäischen Zeitgeschichte betrachtet werden. Es erscheinen dabei gerade auch systematische Seitenblicke auf entsprechende Entwicklungen in Westdeutschland sowie in West- oder Osteuropa nötig. Auch wenn die erinnerungskulturelle Nachgeschichte der Treuhandanstalt und des von ihr verantworteten Wirtschaftsumbaus im Rahmen dieser Studie als die Genese und Befestigung eines negativen „Erinnerungsortes“ beschrieben wurde: Deren facettenreiche Geschichte bietet letztlich einiges mehr. Die frühen 1990er-Jahre erwiesen sich nicht nur als krisengeschüttelte Etappe der postsozialistischen „Transformation“; deren Entwicklungslinien sind gleichermaßen stark gekreuzt, verstärkt und dynamisiert durch andere grundlegende transnationale und technologische Prozesse, die man wenig später mit den Formeln „Globalisierung“ und „Digitalisierung“ zu fassen suchte. Zumindest ein Teil der sich im Gefolge dieser einander verstärkenden, säkularen Wandlungsprozesse ansammelnden Irritationen und aufstauenden Frustrationen wird bis in die Gegenwart gerade unter älteren Ostdeutschen symbolisch auf die Treuhandanstalt und dem von ihr verantworteten Wirtschaftsumbau bezogen. Diese werden auf diese Weise für

biographische Verlusterfahrungen und erlittene Enttäuschungen mit der neuen Wirtschaftsordnung mitverantwortlich gemacht.

Wie man die Geschichte(n) der Treuhandanstalt in Zukunft erzählen wird, vermag die vorliegende Studie letztlich kaum seriös zu prognostizieren. Dennoch erscheint eine differenzierte „Inventur“ dieses erinnerungskulturellen Bezugspunktes in hohem Maße produktiv, um auf diese Weise einen zeithistorischen Beitrag zu gegenwärtigen Problemkonstellationen liefern zu können. Eine entsprechend differenzierte, pluralisierte wie offene Diskussion über die Treuhandanstalt, die Transformationszeit und deren langfristige Folgen in Ost und West erscheint uns letztlich als überaus lohnenswertes Unterfangen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Ahbe, Thomas u.a. (Hgg.): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990, Leipzig 2009.

Ahbe, Thomas: ‚Ostalgie‘ als Laienpraxis in Ostdeutschland. Ursachen, psychische und politische Dimensionen., in: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR in Deutschland, Berlin 2001, S. 781-802.

Ahrens, Ralf; Marcus Böick; Marcel vom Lehn (Hgg.): Zeithistorische Forschungen 3 (2015), Themenheft „Vermarktlichung“.

Albach, Horst; Peter Witt (Hgg.): Transformationsprozesse in ehemals Volkseigenen Betrieben, Stuttgart 1993.

Andresen, Knud u.a. (Hgg.): Es gilt das gesprochene Wort. Oral History und Zeitgeschichte heute, Göttingen 2015.

Apelt, Andreas u.a. (Hgg.): Der Weg zur Deutschen Einheit. Mythen und Legenden, Berlin 2010.

Apelt, Andreas (Hg.): Aufbrüche und Umbrüche. 20 Jahre deutsche Einheit – Zeitzeugen ziehen Bilanz, Halle (Saale) 2010.

Arnold, Felix; Ronny Freier; Martin Kroh: Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung?, in: DIW Wochenbericht 37 (2015), S. 803-814.

Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, 2. Aufl., München 2014.

Assmann, Aleida: Geschichte im Gedächtnis: Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung, 2. Aufl., München 2014.

Baale, Olaf: Abbau Ost. Lügen, Vorurteile und sozialistische Schulden, München 2008.

Bahrmann, Hannes; Christoph Links (Hgg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit - eine Zwischenbilanz, Berlin 2005.

Behling, Klaus: Die Treuhand. Wie eine Behörde ein ganzes Land abschaffte, Berlin 2015.

Berger, Stefan; Joana Seiffert (Hgg.): Erinnerungsorte: Chancen, Grenzen und Perspektiven eines Erfolgskonzeptes in den Kulturwissenschaften, Essen 2014.

Berth, Hendrik; Elmar Brähler; Peter Förster; Yvonne Stöbel-Richter: Einheitslust und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Eine sozialwissenschaftliche Langzeitstudie von 1987–2006, Gießen 2007.

- Best, Heinrich; Everhard Holtmann (Hgg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt/Main 2012.
- Best, Heinrich; Lars Vogel: Politische Eliten im vereinten Deutschland, in: Astrid Lorenz (Hg.), Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften, Opladen u.a. 2011, S. 120–152.
- Beyme, Klaus von; Wolfgang Merkel (Hgg.): Demokratie in Ost und West, Frankfurt/Main 1999.
- Boers, Klaus u.a. (Hgg.): Wirtschaftskriminalität und die Privatisierung der DDR-Betriebe, Baden-Baden 2010.
- Bogner, Alexander; Wolfgang Menz (Hgg.): Experteninterviews. Theorie, Methoden, Anwendungsfelder, Wiesbaden 2009.
- Böick, Marcus: Konflikte, Kooperation und Alltagspraxis. Beziehungsgeschichten von Treuhandanstalt und Gewerkschaften, in: Brunner, Detlev u.a. (Hgg.): Einheit und Transformation. Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess, ersch. Berlin 2017.
- Böick, Marcus: Eine Behörde als simuliertes Unternehmen. Die Treuhandanstalt in der Unschärferelation zwischen Transformationspolitik, Wirtschaftsumbau und Umbruchgesellschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Heft 1: Ostdeutsche Unternehmen im Transformationsprozess (1935-1995), ersch. 2017.
- Böick, Marcus: Altkader, Knowhow-Träger, Verräter? Das ostdeutsche Personal der Treuhandanstalt zwischen umstrittener Vergangenheit, umkämpfter Gegenwart und ungewisser Zukunft, in: Gerbergasse 18 (2017), S. 23-27.
- Böick, Marcus: Manager, Beamte und Kader in einer Arena des Übergangs. Eine Ideen-, Organisations- und Erfahrungsgeschichte der Treuhandanstalt und ihres Personals, 1990-1994, Diss. Bochum 2015.
- Böick, Marcus: „Aufstand im Osten“? Sozialer und betrieblicher Protest gegen die Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau in den frühen 1990er-Jahren, in: Bingen, Dieter u.a. (Hgg.): Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989, Wiesbaden 2011, S. 167-185.
- Böick, Marcus; Angela Siebold: Die Jüngste als Sorgenkind? Plädoyer für eine jüngste Zeitgeschichte als Varianz- und Kontextgeschichte von Übergängen, in: Deutschland Archiv 1 (2011), S. 105-113.
- Böick, Marcus: Im "Säurebad der Einheit". Die Treuhandanstalt in den medienöffentlichen Debatten der frühen 1990er-Jahre, in: Deutschland Archiv 3 (2010), S. 425-432.

Bösch, Frank (Hg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970-2000, Göttingen 2015.

Braun, Volker: Die hellen Haufen. Erzählung, Berlin 2011.

Breuel, Birgit; Michael Burda (Hgg.): Ohne historisches Vorbild. Die Treuhandanstalt 1990 bis 1994. Eine kritische Würdigung, Berlin 2005.

Breuel, Birgit (Hg.): Treuhand intern, Frankfurt/Main u.a. 1993.

Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (Hg.): „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen.“ Ein Rückblick auf 10 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003.

Christ, Peter; Ralf Neubauer: Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder, Berlin 1991.

Clarke, David; Ute Wölfel (Hgg.): Remembering the German Democratic Republic. Divided memory in a United Germany, Basingstoke u.a. 2011.

Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.

Czada, Roland: Das Erbe der Treuhandanstalt, in: Depenheuer, Otto; Paqué, Karl-Heinz (Hgg.): Einheit - Eigentum - Effizienz. Bilanz der Treuhandanstalt, Berlin/Heidelberg 2012, S. 125–146.

Czada, Roland; Gerhard Lehbruch (Hgg.): Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik, Frankfurt/Main 1998.

Czada, Roland: Die Treuhandanstalt im politischen System der Bundesrepublik, in: APuZ 43/44 (1994), S. 31–42.

Dahn, Daniela: Demokratischer Abbruch. Von Trümmern und Tabus, Reinbek b. Hamburg 2005.

Daniel, Ute: Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt/Main 2001.

Danyel, Jürgen: Alltag Einheit. Porträt einer Übergangsgesellschaft [Begleitpublikation zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam], Berlin 2015.

Danyel, Jürgen: Ein Fall fürs Museum?, in: APuZ 33/34 (2015), S. 26-35.

Depenheuer, Otto; Karl-Heinz Paqué (Hgg.): Einheit - Eigentum - Effizienz. Bilanz der Treuhandanstalt, Berlin/Heidelberg 2012.

Dietz, Bernhard; Christopher Neumaier: Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Zeitgeschichte. Werte und Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 60 (2012) 2, S. 293-304.

Doering-Manteuffel, Anselm; Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

Dümcke, Wolfgang; Fritz Vilmar (Hgg.): Kolonialisierung der DDR, 3. Aufl., Münster 1996.

Edinger, Michael; Andreas Hallermann: Politische Kultur in Ostdeutschland. Die Unterstützung des politischen Systems am Beispiel Thüringens, Frankfurt/Main u.a. 2004

Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin 2002.

Ernst, Christian; Schwarz, Peter Paul: Zeitzeugenschaft im Wandel. Entwicklungslinien eines (zeit-)geschichtskulturellen Paradigmas in Kontexten von ‚NS-Vergangenheitsbewältigung‘ und ‚DDR-Aufarbeitung‘, in: BIOS: Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History 50 (2012) 1, S. 25-49.

Esser, Hartmut (Hg.): Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Wiesbaden 2000.

Falkner, Thomas: Absturz in die Marktwirtschaft. Der schwere Weg durch die ostdeutsche Wirtschaftskrise, München 1994.

Faulenbach, Bernd; Franz-Josef Jelich (Hgg.): "Transformationen" der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989, Essen 2006.

Fink, Sebastian u.a.: Wem gehört der Osten? Die großen Deals der deutschen Einheit, Halle 2015.

Fischer, Ilse (Hg.): Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90, Bonn 2009.

Fischer, Wolfram u.a. (Hgg.): Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen. Forschungsberichte, Berlin 1993.

François, Étienne; Hagen Schulze (Hgg.): Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bände, München 2001.

Freese, Christopher: Die Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt. Strategien und Verfahren der Privatisierung in der Systemtransformation, Frankfurt/Main 1995.

- Frei, Norbert; Dietmar Süß (Hgg.): Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren, Göttingen 2012.
- Fritsch, Peter Michael: Verraten und Verramscht. Das erste Buch zur Treuhand, Berlin 1992.
- Gehrke, Bernd (Hg.): Ostwind. Tagung aus Anlass des 25. Jahrestags der 1. Konferenz deutscher und Berliner Betriebsräte und Personalräte, Berlin 2017.
- Gehrke, Bernd; Renate Hürtgen (Hgg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekanntete Seite der DDR-Revolution. Diskussion, Analysen, Dokumente, 2. korrigierte Aufl., Berlin 2001.
- Giesen, Bernhard; Claus Leggewie: Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin 1991.
- Glötz, Peter: Der Irrweg des Nationalstaats, Stuttgart 1990.
- Görtemaker, Manfred: Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung, Bonn 2009.
- Graf, Rüdiger; Kim Priemel: Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 59 (2011) 4, S. 479-495.
- Grass, Günter: Ein weites Feld, Göttingen 1995.
- Greiling, Heiko u.a.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, 4. Aufl., Frankfurt/Main 2015.
- Großbölting, Thomas; Christoph Lorke (Hgg.): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart 2017.
- Gross, Johannes: Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1995.
- Grosser, Dietmar u.a. (Hgg.): Treuhand in Thüringen. Wie Thüringen nach der Wende ausverkauft wurde, Essen 2013.
- Grosser, Dieter: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998.
- Habermas, Jürgen: Die nachholende Revolution, Berlin 1990.
- Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Berlin 1998.

Hartmann, Ralph: Die Liquidatoren. Der Reichskommissar und das wiedergewonnene Vaterland, 3. erg. u. aktual. Aufl., Berlin 2008.

Heidenreich, Martin (Hg.): Krisen, Kader, Kombinate. Kontinuität und Wandel in ostdeutschen Betrieben, Berlin 1992.

Henke, Klaus-Dietmar (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009.

Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.

Herles, Wolfgang: Wir sind kein Volk. Eine Polemik, München 2005.

Heß, Pamela: Geschichte als Politikum. Öffentliche und private Kontroversen um die Deutung der DDR-Vergangenheit, Baden-Baden 2014.

Günther Heydemann, Karl-Heinz Paqué (Hgg.): Planwirtschaft – Privatisierung – Marktwirtschaft: Wirtschaftsordnung und -entwicklung in der SBZ/DDR und den Neuen Bundesländern 1945–1994, Göttingen 2017.

Heydemann, Günther: 'Blühende Landschaften' oder entvölkerte Landkreise? die neuen Bundesländer zwischen Wachstums- und Schrumpfungprozessen, in: Totalitarismus und Demokratie, 6 (2009) 1, S. 87-100.

Heym, Stefan: Filz. Gedanken über das neueste Deutschland, Gütersloh 1992.

Hickel, Rudolf; Jan Prieue: Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung, Frankfurt/Main 1994.

Hochhuth, Rolf: Wessis in Weimar. Szenen aus einem besetzten Land, Berlin 1993.

Holm, Knut: Wie wir verhökert wurden. Fakten, Lügen, Geständnisse, Beweise, Urteile zum Thema Treuhand, Berlin 1994.

Huhn, Klaus: Raubzug Ost. Wie die Treuhand die DDR plünderte, Berlin 2009.

Hufnagel, Rainer; Simon, Titus (Hgg.): Problemfall deutsche Einheit. Interdisziplinäre Betrachtungen zu gesamtdeutschen Fragestellungen, Wiesbaden 2004.

Ihme-Tuchel, Beate: Wende, Implosion, Umbruch, Revolution oder "Refolution" in der DDR. Versuche zur Einordnung eines historischen Großereignisses 15 Jahre danach, in: Wagner, Helmut (Hg.): Europa und Deutschland - Deutschland und Europa, Münster 2005, S. 322-334.

Jäger, Wolfgang; Michael Walter: Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90, Stuttgart 1998.

- Jarausch, Konrad H.: Die unverhoffte Einheit. 1989-1990, Frankfurt/Main 1995.
- Jarausch, Konrad H. (Hg.): United Germany: Debating Processes and Prospects, New York 2013.
- Jens, Uwe; Wilhelm Krelle (Hgg.): Der Umbau. Von der Kommandowirtschaft zur öko-sozialen Marktwirtschaft, Baden-Baden 1991.
- Joas, Hans; Martin Kohli (Hgg.): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt/Main 1993.
- Jürgs, Michael: Die Treuhändler. Wie Helden und Halunken die DDR verkauften, 2. Aufl., München 1997.
- Kampe, Dieter: Wer uns kennenlernt, gewinnt uns lieb. Nachruf auf die Treuhand, 2. Aufl., Berlin 1994.
- Karliczek, Kari-Maria: Strukturelle Bedingungen von Wirtschaftskriminalität. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Privatisierungen ausgewählter Betriebe der ehemaligen DDR, Münster 2007.
- Keller, Reiner: Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms, 3. Aufl., Wiesbaden 2010.
- Kemmler, Marc: Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums, Frankfurt/Main 1994.
- Klamroth, Klaus: Eine Chronik aus dem 20.ten Jahrhundert. Tagesnotizen, Briefe, Erinnerungen ab 1933, Norderstedt 2010.
- Kleßmann, Christoph: „Deutschland einig Vaterland“? Politische und gesellschaftliche Verwerfungen im Prozess der deutschen Einigung, in: Zeithistorische Forschungen 8 (2009) 1, S. 85-104.
- Koch, Alexander; Martin Sabrow (Hgg.): Experiment Einheit. Zeithistorische Essays, Göttingen 2015.
- Koch, Alexander: Der Manager. Menschen aus der Wirtschaft, Frankfurt/Main 2007.
- Kocka, Jürgen: Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995.
- Köhler, Otto: Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte, München 1994.
- Kollmorgen, Raj u.a. (Hgg.): Diskurse der deutschen Einheit: Kritik und Alternativen, Wiesbaden 2011.

Kollmorgen, Raj: Diskurse der deutschen Einheit, in: APuZ 31-32 (2010), S. 6-13.

Kollmorgen, Raj: Wende - Umbruch – Beitritt. Die ostdeutsche Transformation und ihre Verortung im postsozialistischen Raum, in: Großbölting, Thomas u.a. (Hgg.): Das Ende des Kommunismus. Die Überwindung der Diktaturen in Europa und ihre Folgen, Essen 2010, S. 151-176.

Kollmorgen, Raj: Ostdeutschland: Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft, Wiesbaden 2005.

Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989, Stuttgart 1998.

Laabs, Dirk: Der deutsche Goldtausch. Die wahre Geschichte der Treuhand, München 2012.

Lafontaine, Oskar: Deutsche Wahrheiten. Die nationale und die soziale Frage, München 1992.

Lahusen, Christiane: Zukunft am Ende. Autobiographische Sinnstiftungen von DDR-Geisteswissenschaftlern nach 1989, Bielefeld 2014.

Landwehr, Achim: Historische Diskursanalyse, 3. Aufl., Frankfurt/Main 2008.

Leknisch, Karl: Lebenslügen, Berlin 2013.

Lenger, Friedrich; Ansgar Nünning (Hgg.): Medienereignisse der Moderne, Darmstadt 2008.

Liedtke, Rüdiger: Wir privatisieren uns zu Tode. Wie uns der Staat an die Wirtschaft verkauft, Frankfurt/Main 2007.

Liedtke, Rüdiger (Hg.): Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen, München 1993.

Ludewig, Johannes: Unternehmen Wiedervereinigung. Von Planern, Machern, Visionären, Hamburg 2015.

Luft, Christa: Treuhandreport. Werden, Wachsen und Vergehen einer deutschen Behörde, Berlin 1992.

Luhmann, Niklas: Risiko und Gefahr, in: Krohn, Wolfgang; Krücken, Georg (Hgg.): Riskante Technologien: Reflexionen und Regulation, Frankfurt/Main 1993, S. 138-185.

Lorenz, Astrid (Hrsg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften, Opladen u.a. 2011.

Maaßen, Hartmut; Wolfgang Seibel: *Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000*, Frankfurt/Main 2005.

Maaßen, Hartmut: *Transformation der Treuhandanstalt. Pfadabhängigkeiten und Grenzen einer kompetenten Führung*, Wiesbaden 2002.

Maaz, Hans-Joachim: *Das gestürzte Volk oder die unglückliche Einheit*, Berlin 1991.

Maier, Charles S.: *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt/Main 1999.

Mählert, Ulrich (Hg.): *Die DDR als Chance. Stand und Perspektiven zeithistorischer Forschung zur SED-Diktatur und zum geteilten Deutschland*, Berlin 2016.

Mannewitz, Tom: *Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung*, Baden-Baden 2015.

McFalls, Laurence: *Die kulturelle Vereinigung Deutschlands: Ostdeutsche politische und Alltagskultur vom real existierenden Sozialismus zur postmodernen kapitalistischen Konsumkultur*, in: *APuZ* 51 (2001) 11, S. 23-29.

Mergel, Thomas; Thomas Welskopp (Hgg.): *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte*, München 1997.

Meyen, Michael: *„Wir haben freier gelebt“. Die DDR im kollektiven Gedächtnis der Deutschen*, Bielefeld 2013.

Modrow, Hans: *Ich wollte ein neues Deutschland*, Berlin 1998.

Moser, Tilmann: *Vorsicht Berührung. Über Sexualisierung, Spaltung, NS-Erbe und Stasi-Angst*, Frankfurt/Main 1992.

Müller, Uwe: *Supergau Deutsche Einheit, vollst. überarb. u. erw. Taschenbuchausg.*, Reinbek bei Hamburg 2006.

Münkler, Herfried: *Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR*, in: *APuZ* 45 (1998), S. 16-29.

Münzberg, Günter Heribert: *Zu treuen Händen. Ein Insiderbericht*, Leipzig 2001.

Nelde, Hansjürgen: *Vom Ossi zum Wossi? Anekdoten und Begegnungen eines Pharma-Managers*, Berlin 2008.

Obertreis, Julia; Anke Stephan (Hgg.): *Erinnerungen nach der Wende. Oral History und (post-)sozialistische Gesellschaften*, Essen 2009.

Osang, Alexander: 89. Helden-Geschichten, Berlin 2002.

Patzelt, Werner J.: Politische Kultur und Innere Einheit. Eine Bilanz der Wiedervereinigung, in: Borchard, Michael (Hg.): Politische Kultur in den Neuen Ländern. Zum Stand der Inneren Einheit – eine Zwischenbilanz, Berlin 2007, S. 7-42.

Pfeiffer, Dietrich: Die Erbschaft. Marktwirtschaftliche Neugestaltung in den Betrieben der neuen Länder, Stuttgart u.a. 1992.

Plato, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer, 2. Aufl., Bonn 2003.

Plener, Ulla (Hg.): Die Treuhand – der Widerstand in Betrieben der DDR – die Gewerkschaften (1990 - 1994), Berlin 2011.

Rehberg, Karl-Siegbert: "Großexperiment" und Erfahrungsschock. Zu einer Forschungsinitiative über das Zusammenwachsen der Deutschen, in: Esser, Hartmut (Hg.): Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland, Wiesbaden 2001, S. 11–27.

Reißig, Rolf: Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung, Berlin 2000.

Ritter, Gerhard A.: Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Geschichte der deutschen Einigung, München 2009.

Ritter, Gerhard A.: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, 2., erw. Aufl., München 2007.

Rödter, Andreas: Geschichte der deutschen Wiedervereinigung, München 2011.

Rödter, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.

Roesler, Jörg: Die Treuhandpolitik. Verkauf und Abwicklung statt Sanierung und Umwandlung mit dem Ergebnis einer weitgehenden Deindustrialisierung des Ostens, in: Bahrmann, Hannes; Links, Christoph (Hgg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit - eine Zwischenbilanz, Berlin 2005, S. 93–106.

Roesler, Jörg: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch, 1970-2000, Bonn 2003.

Rohnstock, Katrin (Hg.): Mein letzter Arbeitstag. Abgewickelt nach 89/90. Ostdeutsche Lebensläufe, Berlin 2014.

- Rost, Dietmar: Innenansichten der Treuhandanstalt. Ergebnisse einer qualitativen Befragung von Führungskräften, Berlin 1994.
- Sabrow, Martin (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009.
- Sabrow, Martin u.a. (Hgg.): Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte, Bonn 2007.
- Sabrow, Martin: Die postheroische Gedächtnisgesellschaft. Bauformen des historischen Erzählens in der Gegenwart, in: François, Etienne (Hg.): Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich, , Göttingen 2013, S. 311-322.
- Sarasin, Philipp: Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse, Frankfurt/Main 2003.
- Sauer, Michael u.a. (Hgg.): Geschichtslernen in biographischer Perspektive: Nachhaltigkeit - Entwicklung – Generationendifferenz, Göttingen 2014.
- Schell, Manfred; Theodor Waigel (Hg.): Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion, München 1994.
- Schildt, Axel; Detlef Siegfried: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart, München 2009.
- Schluchter, Wolfgang; Peter Quint (Hgg.): Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach, Weilerswist 2001.
- Schneider, Michael: Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990.
- Schorlau, Wolfgang: Die blaue Liste, Köln 2009.
- Schröder, Richard: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Freiburg im Breisgau 2007.
- Schroeder, Klaus: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, München 2006.
- Schroeder, Klaus: Der Preis der Einheit. Eine Bilanz, München 2000.
- Schulze, Ingo: Simple Stories. Ein Roman aus der ostdeutschen Provinz, München 1998.
- Schuster, Franz: Thüringens Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Privatisierung – Sanierung - Aufbau. Eine Bilanz nach 25 Jahren, Köln 2015.

.Schwarz, Gislinde; Zenner, Christine (Hgg.): Wir wollen mehr als ein „Vaterland“. DDR-Frauen im Aufbruch, Hamburg 1990.

Schwarzer, Christopher: Inside Ost. Vom West-Berater zum Ost-Unternehmer, München 2014.

Seibel, Wolfgang: Wenn ein Staat zusammenbricht. Über die Frühgeschichte und Funktion der Treuhandanstalt, in: Frei, Norbert; Süß, Dietmar (Hgg.): Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren, Göttingen 2012, S. 184–207.

Seibel, Wolfgang: Die "Treuhand" als "Winkelried". Privatisierungsagentur und Stabilisierungsfaktor, in: Wehling, Hans-Georg (Hg.): Deutschland Ost – Deutschland West. Eine Bilanz, Opladen 2002, S. 199–221.

Seibel, Wolfgang: Strategische Fehler oder erfolgreiches Scheitern? Zur Entwicklungslogik der Treuhandanstalt 1990-1993, in: Politische Vierteljahresschrift 35 (1994), S. 3–39.

Siebert, Horst: Das Wagnis der Einheit. Eine wirtschaftspolitische Therapie, Stuttgart 1992.

Sinn, Gerlinde; Hans-Werner Sinn: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, 3., überarb. Aufl., München 1993.

Steiner, André: Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 441–455.

Steinert, Erika; Hermann Müller: Ein misslungener innerdeutscher Dialog: biografische Brüche ostdeutscher älterer Frauen in der Nachwendezeit, Herbolzheim 2007.

Stephan, Inge; Alexandra Tacke (Hgg.): NachBilder der Wende, Köln 2008.

Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006.

Suhr, Heinz: Der Treuhandskandal. Wie Ostdeutschland geschlachtet wurde, Frankfurt/Main 1991.

Süssmuth, Rita; Schubert, Helga (Hgg.): Bezahlen die Frauen die Wiedervereinigung?, München 1992

Techmeier, Ingo: Das Verhältnis von Kriminalität und Ökonomie. Eine empirische Studie am Beispiel der Privatisierung ehemaliger DDR-Betriebe, Wiesbaden 2012.

- Thaysen, Uwe: Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Wiesbaden 2000.
- Thaysen, Uwe: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, 2. Aufl., Wiesbaden 2012.
- Ther, Philipp: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.
- Thießen, Friedrich (Hg.): Die Wessis. Westdeutsche Führungskräfte beim Aufbau Ost, Köln 2009.
- Thumfart, Alexander: Die politische Integration Ostdeutschlands, Frankfurt/Main 2002.
- Thumfart, Alexander: Politische Kultur in Ostdeutschland, in: APuZ 39/40 (2001), S. 6-14.
- Treuhandanstalt (Hg.): Dokumentation 1990-1994. Medienarchiv, 10 CDs, Berlin 1994.
- Treuhandanstalt (Hg.): Dokumentation 1990-1994, 15 Bde., Berlin 1994.
- Verch, Katrin: Sicherung, Bewertung und Übernahme des Schriftgutes der Volkseigenen Betriebe der DDR ab 1990, in: Archiv und Wirtschaft 44 (2011) 4, S. 177-186.
- Vollnhals, Clemens (Hg.): Jahre des Umbruchs. Friedliche Revolution in der DDR und Transition in Ostmitteleuropa, Göttingen 2011.
- Weber, Christiana: Treuhandanstalt – eine Organisationskultur entsteht im Zeitraffer, Wiesbaden 1996.
- Weidenfeld, Werner: Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Stuttgart 1998.
- Weingarz, Stephan: Laboratorium Deutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozeß als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften, Münster 2003.
- Wick, Regina: Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012.
- Wiesenthal, Helmut (Hg.): Einheit als Interessenpolitik. Studien zur sektoralen Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt/Main u.a. 1995.
- Wiesenthal, Helmut: Erfolge und Misserfolge im Postsozialismus – Erträge und Lehre der vergleichenden Transformationsforschung, in: Blum, Ulrich (Hg.): 20 Jahre Deutsche Einheit. Von der Transformation zur europäischen Integration, Halle 2010, S. 417-432.

Willisch, Andreas (Hg.): Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen, Berlin 2012.

Wirsching, Andreas: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012.

Wohlrab-Sahr, Monika: Systemtransformation und Biographie: Kontinuierungen und Diskontinuierungen im Generationenverhältnis ostdeutscher Familien, in: Rehberg, Karl-Siegbert (Hg.): Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004, Teil 2, Frankfurt/New York, S. 1058-1072.

Wochenzeitung Die Wirtschaft (Hg.): Privatisierte. Was aus ihnen wird. Reportagen aus den neuen Ländern, Berlin 1994.

Wochenzeitung Die Wirtschaft (Hg.): Kombinate. Was aus ihnen geworden ist. Reportagen aus den neuen Ländern, Berlin 1993.

Zoll, Rainer (Hg.): Ostdeutsche Biographien. Lebenswelt im Umbruch, Frankfurt/Main 1999.

Abbildungsverzeichnis

1. Nennung von „Treuhand“ / „Treuhandanstalt“ in deutschen Publikationstiteln, 1988-2008	35
2. Profil der Befragten nach Herkunft, Geschlecht und Alter	84
3. Typenverteilung nach Herkunft und Alter im Vergleich	85
4. Ergebnisse der „Kenntnisfrage“ nach Alter und Herkunft	87
5. Wortfeldübersicht zu Assoziationen zum Begriff „Treuhandanstalt“	89
6. Grafische Darstellung der Begriffshäufigkeiten	91
7. Bewertung der Treuhandanstalt nach Alter und Herkunft	93
8. Bewertung der Wirtschaftsentwicklung nach Alter und Herkunft	94
9. Bewertung der Wiedervereinigung allgemein n. Alter und Herkunft	96
10. Bewertung der Wiedervereinigung persönlich n. Alter und Herkunft	97
11. Bewertung des Ost-West-Verhältnisses n. Alter und Herkunft	99
12. Bewertungen im regionalen Vergleich	101
13. Bewertungen im Geschlechtervergleich	102
14. Gesamtvergleich aller Bewertungsmuster nach Alter und Herkunft	105